Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 784. Morgen-Ausgabe. Siebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Freitag, den 8. November 1889.**

Deutschland.

♂ **Breslau,** 7. Novbr. [Aus dem ungarischen Reichstage.] Die erneute Feststellung der Civilliste für den König hat im ungarischen Reichstage Anlaß zu einer erregten und nach mancher Richtung beachtenswerthen Debatte gegeben. Die von der Regierung eingebrachte Vorlage verlangte nichts Anderes als die Verlängerung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen für weitere zehn Jahre. Diese Gelegenheit ließ aber die äußerste Linke, welche, beiläufig bemerkt, hochadlige Herren zu ihren Mitgliedern zählt, nicht vorübergehen, ohne mit einem energischen Vorstoß zu Gunsten ihrer nationalen Ansprüche hervorzutreten. Die Bestreitung der Kosten für die Hofhaltung nimmt innerhalb der den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten eine besondere Stellung ein; sie wird in gewissem Sinne nicht als zu ihnen gehörig betrachtet. Während die gemeinsamen Ausgaben, die Budgets der gemeinsamen Ministerien des Auswärtigen, des Kriegs und der Finanzen, jährlich von den Delegationen beschlossen werden und dabei auf Ungarn eine seiner geringeren wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechende Quote entfällt, ist nach Artikel 12, § 7 des Ausgleichsgesetzes vom Jahre 1867 ein anderes Verfahren eingeschlagen worden; dort heißt es: „Mit der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit Ungarns und dem hohen fürstlichen Ansehen des Königs von Ungarn stimmt es viel besser überein, daß die Kosten für den Hofhalt des Königs von Ungarn durch den ungarischen Reichstag auf Vorlage des verantwortlichen ungarischen Ministeriums separat votirt werden". Demgemäß ist die Sache bisher geregelt worden. Der Redner der äußersten Linken, Gabriel v. Ugron, behauptete nun, daß dieser Paragraph eine ganz andere Interpretation, als bisher geschehen, erfordere: es gehe daraus hervor, daß für den König ein speciell ungarischer Hofstaat zu schaffen sei. Und er erklärte im Namen seiner Partei, daß sie zwar bereit sei, die Kosten für einen ungarischen Hofhalt zu bewilligen, daß sie aber, da ein solcher nicht existire, die Vorlage ablehnen müsse. Er führte für seine Forderung, neben der aus dem Gesetz hergeleiteten Begründung, vornehmlich noch ein anderweitiges Moment ins Feld. Die Nation, sagte er, hat ein Recht darauf, daß ihre Wünsche und Meinungen in der Nähe des Monarchen zur Geltung gebracht werden, daß sie in der Umgebung des Monarchen ihre Vertretung finden, daß so alle Mißverständnisse zwischen dem Herrscher und dem Volke beseitigt werden. Der jetzige Träger der Krone besitzt durch seine Weisheit allgemeines Vertrauen. Aber die Gesetzgebung muß auch die Sorge für künftige Generationen ins Auge fassen. Deshalb ist es für die ungarische Nation, um stets der Gesinnung des Herrschers sicher zu sein, wünschenswerth, daß der Herrscher in einer Umgebung lebe, welche ihre Auffassungen und Bestrebungen kenne und würdige, und bis zu einem gewissen Grade unterstütze. „Die Hofwürdenträger", fährt er fort, „werden ohne Gegenzeichnung der Minister ernannt. Wer ist also für diese Ernennungen verantwortlich? Wie kann eine constitutionelle Nation zugeben, daß der Thron ihres Königs nicht von Männern ihrer Gesinnung und Empfindung, sondern von Männern umgeben werde, die Niemandem verantwortlich sind? Das Parlament kann überzeugt sein, daß die Thätigkeit der ungarischen Regierungsmänner sehr oft eine viel einfachere und leichtere wäre, .. wenn Ungarn den Thron umstünden." Er will dadurch Garantien schaffen gegen mächtige „Nebenströmungen", gegen nicht von den verantwortlichen Rathgebern der Krone ausgehende Einflüsse, die etwa den Monarchen vom lebendigen Zusammenhang mit dem Volke fernhalten. Der Ministerpräsident Tisza war mit den Anschauungen Ugrons offenbar sehr unzufrieden; er erwiderte mit einer Schärfe, welche seine Erregung bewies. Zunächst legte er dar, daß die im Ausgleichsgesetze enthaltenen Bestimmungen keineswegs die Ugronsche Auffassung zulassen, daß vielmehr die Regierungsvorlage denselben vollkommen entspricht. Dann führte er die Forderung Ugrons und ihre fernere Begründung folgendermaßen ad absurdam: „Es wäre in der That eine sonderbare constitutionelle Auffassung zu wünschen, daß gleichzeitig mit den verfassungsmäßigen gesetzlichen Räthen der Krone auch die am Hofe befindlichen Würdenträger auf dieselbe Einfluß üben mögen. Der Herr Abgeordnete versuchte damit darzuthun, daß es nothwendig sei, daß der ungarische König eine besondere Hofhaltung besitze, denn daß Se. k. und k. Apostolische Majestät blos eine ungarische Hofhaltung besitze, fordert auch er nicht; er wünscht, daß es auch eine ungarische Hofhaltung gebe, daß den König ungarische Hofwürdenträger umgeben sollen, wenn er hier im Lande weilt. Es müßte also dann zwei Hofhaltungen geben. Wenn nun diese Hofhaltungs-Personen jenen Einfluß besitzen können, wenn er Jeden, der sich am Wiener Hofe befindet, so sehr für unseren Feind hält, woran er Unrecht thut, was wird dann die Folge sein? Daß selbst in dem Falle, wenn es Se. Majestät gelingen würde, seine Zeit so einzutheilen, daß er ein halbes Jahr in Ungarn, das andere halbe Jahr in Oesterreich weilen könne — wenn wir voraussehen würden, daß er sich in politischen Angelegenheiten von den Hofwürdenträgern beeinflussen läßt — ein halbes Jahr lang der Einfluß des einen Hofhaltes und das zweite halbe Jahr der des zweiten Hofhaltes sich geltend machen wird." Ugron müsse eigentlich noch weiter gehen und fordern, daß der Thronfolger durchaus im Kreise der ungarischen Hofhaltung erzogen werde! Tisza schloß mit einem heftigen Ausfall gegen die, welche die Loyalität nur im Munde führen, ohne danach zu handeln. Diese Bemerkung rief wieder eine Entgegnung Ugrons hervor, der erklärte, daß die Loyalität nicht darin bestehe, gegen den König servil zu sein, sondern darin, ihm mit männlichem Freimuth aufrichtig zu dienen, und daß die Nation nichts sehnlicher wünsche, als die Hindernisse, die zwischen dem Herrscher und ihrem Herzen stehen, hinwegzuräumen: diese Hindernisse aber seien der Hof in seiner gegenwärtigen Organisation und — der Ministerpräsident. So spitzte sich die Debatte zu einem Angriff gegen Tisza zu, welcher überhaupt der eigentliche Zweck des ganzen Verhaltens der äußersten Linken gewesen sein mag, der aber völlig abgeprallt ist, da der Reichstag die Regierungsvorlage mit überwältigender Majorität annahm. — Ein Artikel des der Regierung nahestehenden „Pester Lloyd" legt schlagend dar, daß jener Paragraph des Ausgleichsgesetzes schon dadurch, daß er immer in der Einzahl von einer Hofhaltung und von der Möglichkeit einer gemeinsamen Feststellung der Kosten spricht, die Ugron'sche Interpretation verbietet.

[Vom Aufenthalt des Kaisers in Konstantinopel] berichtet die „Nordd. Allg. Ztg.": Der Kaiser hat sich unmittelbar nach dem stattgehabten Truppen-Vorbeimarsch sehr lobend über dieses militärische Schauspiel — welches übrigens nicht, wie sonst üblich, in Marschcolonnen, sondern in Zügen mit 20 Schritt Abstand stattfand — dem Sultan gegenüber ausgesprochen, und Letzterer war hierüber so erfreut, daß er sofort den Kriegsminister Said-Pascha zu sich rief und diesem von der Zufriedenheit des Kaisers Mittheilung machte, dann aber den General Kamphöfener-Pascha, einen geborenen Schleswig-Holsteiner, zu sich beschied und demselben, längere Zeit dessen Hand festhaltend, mit herzlichen Dankesworten erklärte, daß dieser General allein das Verdienst habe, den Kaiser zufriedengestellt zu haben, da er seit Monaten die zur Verwendung gekommenen Truppen für dieses Exercitium eingeübt habe. Als der Sultan auch dem Deutschen Kaiser gegenüber eine ähnliche Bemerkung machte, erwiderte derselbe: „Ein deutscher Offizier thut überall seine Schuldigkeit."

[Dem Bundesrath] wurde ein Gutachten der Landes-Medicinalbehörden in militärischen Angelegenheiten vorgelegt. Es hat damit folgende Bewandtniß:

Aus Anlaß einer Liquidation über Gebühren, Reisekosten und Tagegelder für Mitglieder der für Hessen mit der Autorität der preußischen Provinzial-Medicinalcollegien bestellten Medicinal-Commission sind Ermittelungen darüber angestellt worden, ob in den übrigen Bundesstaaten Medicinalbehörden nach Analogie der preußischen Provinzial-Medicinalcollegien beziehungsweise der preußischen wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen bestehen, ferner darüber, ob und inwieweit den Reichsfonds dadurch Kosten erwachsen, daß in militärgerichtlichen Angelegenheiten Gutachten der betreffenden Medicinalcollegien oder gleichartiger Behörden eingeholt werden. Das Ergebniß dieser Ermittelungen, welche in Preußen, Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, in Baden und Hessen erhoben worden sind, ist dem Bundesrath mitgetheilt und hinzugefügt worden, daß sich daraus ergiebt, wie in der fraglichen Angelegenheit bei den einzelnen Contingenten eine erhebliche Ungleichheit besteht. Während demnach in Preußen und Württemberg die Gutachten der entsprechenden, aus Landesmitteln unterhaltenen Medicinalinstanzen gebührenfrei erstattet und nur für etwaige Geschäfte außerhalb des Sitzes der Behörde Fuhrkosten und Tagegelder liquidirt werden, gelangen im Königreich Sachsen, in Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Hessen auch Gebühren für die Ausstellung von Gutachten zum Ansatz. Die hierin liegende Prägravation Preußens und Würtembergs steht aber nicht im Einklange mit der verfassungsmäßigen Pflicht zur gleichmäßigen Tragung der Militärlast. Es kann daher nur befürwortet werden, daß im gesammten Gebiete des Deutschen Reichs in fraglicher Hinsicht ein einheitliches Verfahren herbeigeführt und nach gleichen Grundsätzen gehandhabt werde. — Bei dem Bundesrath wird hiernach beantragt, zu beschließen, daß den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden oder zu bestellenden Medicinalcollegien oder deren Mitgliedern für Gutachten in militärgerichtlichen Angelegenheiten ein Anspruch auf Vergütung aus Reichsfonds nicht zusteht, daß aus letzteren vielmehr nur für die mit solchen Gutachten verknüpften Geschäfte außerhalb des Sitzes der Behörde Fuhrkosten und Tagegelder zu gewähren sind.

[Ueber die Personalverhältnisse der Juristen in Preußen] bringt die „Voss. Ztg." eine längere Zusammenstellung, der wir im Nachfolgenden einige Daten entnehmen. Die Zahl der Richterstellen bei den preußischen Land- und Amtsgerichten beträgt 3450; sie ist im Berichtsjahre um 53 vermehrt worden. Die Veränderungen im Personalbestande der Richter erster Instanz waren sehr zahlreich. Bei den Landgerichten sind 90 (in den Vorjahren 75 und 70) Stellen frei geworden. Amtsrichterstellen sind im Ganzen 335 (1887/88 222, 1886/87 250, 1885/86 258) frei geworden, wovon allerdings der größte Theil mit 246 auf Versetzungen entfällt. Unter den an die Landgerichte versetzten Richtern befanden sich nicht so viel junge wie in den Vorjahren. Wir zählen 36 (im Vorjahre 20) Landrichter mit Assessorenanciennetät aus 1879, 27 (23) mit einer solchen aus 1880, 14 (8) aus 1881, 13 (11) aus 1882, 5 (3) aus 1883 und 4 (2) aus 1884. Zusammen sind also aus den letzten 11 Jahrgängen 99 Landrichter vorhanden, während im Vorjahre unter Berücksichtigung des Jahrganges 1878 deren 104 gezählt wurden. Die Beförderungsverhältnisse der Richter erster Instanz in höhere Stellen haben auch im Berichtsjahre keine sonderlichen Fortschritte gemacht. Trotz der Schaffung von 8 Oberlandesgerichtsraths- bezw. Directorenstellen sind nur 33 (in den zwei Vorjahren 27, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 31) Richter befördert; dieselben hatten meist eine erheblichere Richteranciennetät als in den Vorjahren. Einer von ihnen war Assessor aus 1846; derselbe hat eigenthümlicher Weise ein um 27 Jahre vordatirtes Patent als Landgerichts-Director erhalten, so daß er gleich mit einer Anciennetät vom 2. November 1861 der älteste Landgerichts-Director der Monarchie geworden ist. Die übrigen hatten folgende Assessorenanciennetät: 1 aus 1860, 2 aus 1861, 3 aus 1864, 1 aus 1865, 2 aus 1866, 1 aus 1867, 1 1868, 4 1869, 8 1870, 6 1871 und 3 1872. Die jüngsten Richter, die befördert sind, waren also 16—17 Jahre Assessoren, standen mithin jedenfalls der Mitte der 40er Jahre nahe. — Die Anciennetäts- und Besoldungs-Verhältnisse der Richter erster Instanz sind im Berichtsjahr etwas besser gewesen als in dem Vorjahr, einmal in Folge eines ziemlich starken Abgangs älterer Richter, sodann auch in Folge der bedeutenden Stellenvermehrung. Die „Voss. Z." bringt eine Zusammenstellung der Richter nach Jahresklassen, wobei allerdings die Bezirke Kassel, Celle und Frankfurt a. M. bezüglich der älteren Jahrgänge etwas unsicher sind. Es sind vorhanden je 1 Richter mit Assessoren-Anciennetät aus 1837, 1838 und 1839. Diese drei Senioren der preußischen Richter sind noch dieselben wie im vorigen Jahre. Ferner sind vorhanden 1 (1888 2) aus 1840, 1 (3) aus 1841, 4 (5) aus 1842, 4 (7) aus 1843, 6 (6) aus 1844, 14 (16) aus 1845, 8 (12) aus 1846, 16 (17) aus 1847, 11 (12) aus 1848, 19 (23) aus 1849, 9 (10) aus 1850, 20 (24) aus 1851, 24 (30) aus 1852, 25 (30) aus 1853, 22 (26) aus 1854, 29 (34) aus 1855 und 35 (38) aus 1856. Die dann folgenden Jahrgänge, welche eine an die Jetztzeit erinnernde Assessorenfluth hatten, zeichnen sich noch jetzt durch hohe Richterzahlen aus: 1857 hat 52 (57), 1858 60 (66), 1859 72 (76), 1860 72 (75), 1861 75 (80) und 1862 79 (86) Richter; dann sinkt die Zahl wieder und beträgt für 1863 70 (71), 1864 63 (69), 1865 49 (52), 1866 66 (71), 1867 50 (54), 1868 55 (56), 1869 53 (58) und 1870 60 (70). Dann folgt eine bedeutende Steigerung: 1871 91 (98), 1872 101 (108), 1873 123 (128), 1874 123 (123); die Jahre 1875 und 1876 zeigen deutlich den damaligen Richtermangel mit 104 (105) und 109 (110). Nunmehr beginnt abermals eine Steigerung, die nur noch einmal 1880 durch den in Folge der Justizreorganisation eingetretenen Abgang zur Rechtsanwaltschaft unterbrochen wird. Das Jahr 1877 hat 151 (153), 1878 190 (188), 1879 192 (191), 1880 156 (158), 1881 200 (205), 1882 223 (206) Richter. Die folgenden Jahre können noch nicht voll zählen, da aus ihnen noch eine beträchtliche Zahl von Assessoren, die auf Anstellung warten, vorhanden ist. 1883 hat 180 (162), 1884 153 (91), 1885 103 (37), 1886 17 (5) und 1887 1 (1) Richter.

Bei der Staatsanwaltschaft waren die Personalveränderungen im Berichtsjahre ziemlich beträchtlich. Von den 13 Oberstaatsanwaltsstellen ist allerdings keine frei geworden; die am Schlusse des Vorjahres unbesetzte in Marienwerder hat der Erste Staatsanwalt Mertens aus Stettin erhalten. Erste Staatsanwaltsstellen waren im Ganzen 15 frei, 8 allerdings in Folge von Versetzung, wie denn überhaupt seit Jahren die Versetzungen bei den Ersten Staatsanwälten eine große Rolle spielen. Beförderungen von Staatsanwälten zu Ersten Staatsanwälten haben 7 stattgefunden; die Beförderten sind sämmtlich Assessoren aus den Jahren 1869 bis 1873; 1 Staatsanwalt ist Landgerichtsrath geworden, 1 Amtsrichter, 1 ist auf Nachsuchen entlassen, 11 sind versetzt. Zu Staatsanwälten befördert sind im Ganzen 24 Assessoren; die jüngsten von ihnen hatten eine Anciennetät vom Mai 1885.

[In Architektenkreisen] hofft man, daß der Bericht, welchen das Preisgericht über den Wettbewerb zu dem National-Denkmal Kaiser Wilhelms I. doch unzweifelhaft erstattet hat, recht bald veröffentlicht werden wird. Im Anschluß an eine Reihe kritischer Artikel untersucht die „Bauzeitung" auch die Frage, ob und inwieweit sich die formalen Vorschriften für den Wettbewerb bewährt haben? Sie schreibt in dieser Beziehung: Bekanntlich sollten bezüglich der von Theilnehmern verlangten Leistungen, insbesondere der von diesen zu liefernden Modelle ursprünglich noch größere Anforderungen gestellt werden, als das Programm schließlich enthielt, und es ist nur dem Eintreten eines Reichstagsmitgliedes und der Fachpresse zu danken, daß gewisse Erleichterungen eintraten. Das Ergebniß des Wettbewerbes hat jedoch gezeigt, daß die letzteren zu gering waren. Für den in Aussicht gestellten Zweck hätten Modelle in 1 : 20 der natürlichen Größe, sowie architektonische Entwürfe im Maßstabe von 1 : 200 mit Lageplänen in 1 : 500 durchaus dieselben Dienste geleistet, während den Bewerbern die Hälfte der mechanischen Arbeit und damit die Hälfte des Kostenaufwandes erspart geblieben wäre. Der letztere wird, ohne daß auf eine Entschädigung für die künstlerische Erfindung gerücksichtigt wird, für die Gesammtheit der 150 Theilnehmer mit 600 000 bis 700 000 Mark zu veranschlagen sein. Ein Opfer auf dem Altare des Vaterlandes und der Kunst, das für künftige Fälle den zu Vorschlägen über die bez. Bestimmungen berufenen Sachverständigen dringend die Pflicht nahe legt, für die Einschränkung der den Bewerbern aufzuerlegenden Leistungen auf das Mindestmaß des Unentbehrlichen zu sorgen!

[Die Vorbereitungen zu dem internationalen medicinischen Congreß,] welcher bekanntlich im August 1890 in Berlin tagen wird, werden jetzt sehr eifrig betrieben. Gemäß der auf der Heidelberger Delegirten-Versammlung beschlossenen Organisation haben sich die einzelnen Sectionen constituirt, die zur Verhandlung zu stellenden Themata ausgewählt und sind nun bereits so weit, ihre Tagesordnungen festzusetzen. Es werden ferner große Anstrengungen gemacht werden, um den vielen fremdländischen Gästen, die zum Congresse erwartet werden, den Aufenthalt in Berlin auch in gesellschaftlicher Beziehung so angenehm wie möglich zu machen. Seitens der Berliner Aerzteschaft wird insbesondere eine gemeinsame Betheiligung an den Pflichten der Gastfreundschaft geplant, und der Centralausschuß der ärztlichen Bezirksvereine hat einen besonderen Ausschuß erwählt, um im Einverständniß mit dem Organisationscomité eine geeignete Betheiligung der Berliner Aerzte an dem Congresse herbeizuführen.

[Eine Aenderung der ärztlichen Taxe] wird von der Aerztekammer Berlin-Brandenburg angestrebt, welche sich in ihrer bevorstehenden Sitzung mit dem Gegenstande beschäftigen wird. Professor Guttstadt ist dazu ausersehen, den Commissionsbericht zu erstatten. Die „Taxcommission" hat folgende Beschlüsse gefaßt: „1) Die Taxe vom 21. Juni 1815 ist aufzuheben. 2) Es sind für streitige Fälle mit öffentlichen Kassen oder mit nicht wohlhabenden Zahlungspflichtigen im Mangel einer Vereinbarung Honorarsätze als Norm für das Gebiet einer jeden Aerztekammer vom Ministerium nach Anhörung der Aerztekammern bekannt zu machen. 3) Die Honorarsätze gelten als Mindestforderung. 4) Die Honorarsätze für Besuche bei ansteckenden Krankheiten werden nicht erhöht. 5) Für diejenigen Zahlungspflichtigen, welche als nicht wohlhabend angesehen werden sollen, sind die Lebensverhältnisse ihres Wohnortes neben ihren Einnahmen zu berücksichtigen. 6) Die Aerztekammer setzt ein Schiedsgericht für streitige Honorarforderungen ein, und zwar zwischen Aerzten einerseits und Behörden, öffentlichen Kassen, Vereinen und Privatpersonen andererseits." Zugleich ist ein Entwurf einer ministeriellen Bekanntmachung aufgestellt worden, welche die ärztlichen Gebühren für Berlin und die Provinz Brandenburg betrifft. Die Honorarsätze sollen Platz greifen, wenn nichts Anderes vereinbart ist. Höhere Sätze zu beanspruchen, soll den Aerzten freistehen. Unterschieden wird in Bezug auf die Größe der Forderungen zwischen Berlin, Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern, so daß drei Zahlengruppen sich bilden. Gefordert wird: für einen Besuch am Wohnort des Arztes und des Kranken, insofern er der erste und einzige ist, 3 Mark (für Berlin), 2 Mark (für Gemeinden über 10 000 Einwohner) und 1,50 Mark (für Gemeinden unter 10 000 Einwohner). Für jeden folgenden Besuch 2, bezw. 1 und 0,75 Mark. Für einen Besuch, der zur bestimmten Zeit verlangt wird, 4, bezw. 3 und 2 Mark. Sind mehrere, zu einer Familie gehörende, in demselben Hause wohnende Personen gleichzeitig zu behandeln, so tritt für die zweite und jede folgende derselben die Hälfte der vorstehende Sätzen ein. Dasselbe gilt für Pensionsanstalten, sowie für Gefangene. Ferner wird gefordert: für die Berathung mehrerer Aerzte über die Behandlung eines Kranken je 10, bezw. 5 und 3 Mark. Für eine Rathsertheilung in der Wohnung des Arztes 1,50 bezw. 1 und 0,75 Mark. Für Bemühungen während der Nacht, als welche die Stunden von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens angesehen werden, tritt das Dreifache der angegebenen Sätze ein. Für Ausstellung eines Befundscheines ohne nähere gutachtliche Ausführung werden 2 Mark verlangt, für einen schriftlichen Krankheitsbericht oder für einen ärztlichen Brief im Interesse des Kranken 3 Mark, für ein mit wissenschaftlichen Gründen unterstütztes Gutachten 10 Mark. Weiter werden gefordert: Für die jedesmalige Anwendung der Elektricität 2 Mark, für das Ausziehen eines Zahnes 1,50 Mark, bezw. 1 Mark, für eine Privatimpfung einschließlich des Impfscheins 2 Mark, bezw. 1,50 und 1 Mark, für die Leitung einer natürlichen Geburt 15, bezw. 10 und 8 Mark, für eine sich verzögernde oder mit Kunsthilfe zu Ende geführte Entbindung 30, bezw. 20 und 15 Mark. Bei Operationen, zu denen ein zweiter Arzt hinzugezogen worden ist, für die Assistenz des Letzteren ein Drittel des Satzes, der dem Operateur zukommt. Für Bemühungen zur Wiederbelebung eines Scheintodten 10 Mark, für Besichtigung der Leiche einschließlich des Todtenscheines 3 Mark, für eine Leichenöffnung 20, bezw. 15 und 10 Mark. Außer den angegebenen Beträgen kann der Arzt, wenn der Weg von seiner Wohnung bis zu der des Kranken mehr als zwei Kilometer beträgt, im Falle der Nichtgestellung eines Beförderungsmittels Erstattung der aufgewendeten Reisekosten und für die Zeitversäumniß den für die Medicinalbeamten festgesetzten Betrag liquidiren.

[Das Fernsprechwesen] wurde, wie bereits kurz erwähnt, am Mittwoch in der Budget-Commission besprochen. Es wird darüber berichtet: Abg. Baumbach regte an, die Fernsprechgebühren zu ermäßigen. Staatssecretär v. Stephan meinte, daß der deutsche Tarif ohnehin schon der billigste sei. In Frankreich koste der Fernsprechanschluß 400 Francs. Eine Ermäßigung sei zur Zeit nicht möglich, weil auf diesem Gebiet möglicher Weise große technische Umwandlungen bevorständen, deren Ergebniß abzuwarten sei. Abg. Hammacher sprach sich darauf für Nichtberücksichtigung der betreffenden Petitionen von Handelskammern aus, Staatssecretär v. Stephan hob noch hervor, daß die Fernsprecheinrichtungen durchschnittlich einen Reingewinn von 10—12 pCt. abwerfen. Nur Hamburg habe einen Ausfall an Telegrammgebühren aufzuweisen, der größer sei als die Einnahmen aus der Fernsprechverbindung. Abg. von Strombeck regte eine Gebührenfreiheit für Wohlthätigkeitsanstalten an, wogegen sich Staatssecretär v. Stephan mit Entschiedenheit aussprach. Abg. Dr. Hermes erwähnte die häufigen Verzögerungen, die in Berlin stattfänden bis zur Herstellung eines Anschlusses. Staatssecretär von Stephan gab diese Uebelstände zu und schob sie auf die Verhältnisse der Hauptstadt. Bald werde ein Draht abgerissen, bald finde sonst eine Störung statt, beispielsweise, wenn ein Schornsteinfeger seinen Rock über die Drähte lege.

[In der Klagesache Vorstand des Vereins „Freie Bühne" gegen Dr. G. Kastan] auf Herausgabe der (ihm vom Vorstand entzogenen) Mitgliedskarte ist der erste Termin bereits auf den 15ten November festgesetzt. Dr. Kastan wird durch den Rechtsanwalt Dr. R.

Wolff vertreten werden. Wie berichtet wird, will derselbe dem Vorstande das Recht zu dem Vorgehen gegen Dr. K. bestreiten. Das Gericht soll durch Kenntnißnahme von dem Inhalt des Hauptmann'schen Stückes in die Lage gebracht werden, sich selbst zu überzeugen, daß der von ihm gebrauchte Ausdruck des Unwillens der Sprache im Stücke gegenüber berechtigt war.

[Der Titel Hoflieferant.] Die Frage, ob in der Bezeichnung als „Hoflieferant“ die Annahme eines Titels im Sinne des § 360, 8 des R.-Str.-G. liege, ist gestern von der Strafkammer VIa des Berliner Landgerichts I im Gegensatz zum Schöffengericht und zum Oberlandesgericht zu Naumburg bejaht worden. Der Pianofortefabrikant E., der bis vor drei Jahren in Magdeburg seinen Wohnsitz hatte, ist unterm ersten Januar d. J. zum Hoflieferanten des Königs von Rumänien ernannt worden. Die nachgesuchte Erlaubniß, sich diese Bezeichnung hier beilegen zu dürfen, wurde ihm vom königlichen Hausministerium mittels Bescheides vom 30. April verweigert. Nichts desto weniger bewirkte Herr E., daß er im Berliner Adreßbuch für 1889 mit dieser Bezeichnung geführt wird. Hierbei stützte er sich auf zwei Urtheile des Landgerichts zu Magdeburg und des Oberlandesgerichts zu Naumburg, durch welche er wegen unbefugter Beilegung eines Titels freigesprochen wurde, weil die Bezeichnung als Hoflieferant nicht mit der Beilegung eines „Titels“ im Sinne des Strafgesetzbuchs gleichbedeutend sei. Ein Titel könne nur von der staatlichen Autorität, die Bezeichnung als Hoflieferant aber in Anerkennung gewerblicher Leistungen von verschiedenen hochgestellten Privatpersonen verliehen werden. Dieser Anschauung folgte auch das Berliner Schöffengericht und hatte den E. deshalb freigesprochen. Auf die von dem Amtsanwalt eingelegte Berufung verurtheilte die Strafkammer den Angeklagten indessen zu 50 M. oder 5 Tage Haft, indem sie davon ausging, daß der Begriff des Titels nicht auf amtliche Bezeichnungen zu beschränken sei. Auch jede zur ehrenden Anerkennung dienende Bezeichnung, die nach Art. 50 der Verfassung nur dem Staatsoberhaupt zusteht, sei ein Titel. Die von auswärtigen Fürsten verliehenen Auszeichnungen bedürfen der Genehmigung des Landesherrn, der hier durch sein Hausministerium vertreten wird.

Mainz, 5. Nov. [Ein seltsamer Plan zur Volksbeglückung] ist hier aufgetaucht und scheint ganz ernsthaft betrieben zu werden. Sein Schöpfer ist, wie der „Voss. Ztg.“ geschrieben wird, ein Schriftsetzer Ph. Fink. Es handelt sich dabei um Gründung eines „Arbeiter-Ordens“. Fink hat bereits in einer Broschüre, die er an alle Höfe, Ministerien, hohe Persönlichkeiten und andere Leute versandte, seine „Idee“ entwickelt und ist dafür mehrseitig durch Dankschreiben erfreut worden. Bemerkenswerth ist vor Allem, daß die Regierung und die derselben nahestehende Presse den Fink'schen Plan fördert. Gestern Abend fand hier im „Kötherhof“ eine Versammlung statt von Arbeitgebern, Arbeitern, Beamten, der u. A. Provinzial-Director Küchler, Regierungsrath v. Grancy und Polizeirath Travers beiwohnten; Director Küchler gab seiner persönlichen Sympathie für die „Sache“ Ausdruck. Der Kreisorden soll grundsätzlich alle Einwohner beiderlei Geschlechts eines Kreises vom 14. Lebensjahre ab umfassen. Derselbe zerfällt in drei Grade, und zwar einen Arbeitgeber-, einen Beamten- und einen Arbeitergrad. Der Kreisorden zerfällt in eine männliche und eine weibliche Abtheilung. Die Vereinigung will ausschließlich dem Wohle des Arbeitergrades gewidmet sein. Eine alljährlich tagende Kreisvertretung setzt auf Vorschlag der Fachcommissionen die verschiedenen Minimaltaglöhne, sowie die Maximalarbeitszeit fest. Die Oberaufsicht über die Kreisorden steht dem Staate zu. Ein Reichsgesetz soll sämmtliche männliche und weibliche Glieder des Reichs inclusive der Kinder unter 14 Jahren zum Eintritt in die Kreisorden verpflichten. Weiter soll ein allgemeines Gründungscomité, bestehend aus Angehörigen aller Bundesstaaten und aller socialen Stufen, gebildet werden. Dieses Comité betraut einige ihrer wissenschaftlichen Mitglieder mit der Abfassung eines Aufrufs an die deutsche Nation, worin die Bildung von Kreisorden und die Einleitung einer socialen Reichsspende (!) angeregt und die Zwecke der Arbeiterorden und der Reichsspende im Allgemeinen dargelegt werden. Dieser Aufruf wird von allen Mitgliedern obigen Comités unterzeichnet und in allen Kreis- und Amtsblättern veröffentlicht. Soweit die angeblich parteilosen „Arbeiterorden“. Ein Comité von 25 Herren, welches sich aus der Versammlung heraus bildete, soll die Förderung des Vereins „thatkräftig in die Hand“ nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

[Erzherzog Johann.] Das militärische Wiener Wochenblatt „Reichswehr“ beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit dem Rücktritt des Erzherzogs Johann und bringt verschiedene Züge zur Beurtheilung dieser eigenartigen Persönlichkeit bei. Schon in seiner Jugend zeigten sich nach diesem Blatte die beiden hervorstechendsten Eigenschaften des Prinzen, der helle Verstand von erstaunlicher Fassungskraft und eine scharfe Beobachtungsgabe, die stets ein ätzendes Urtheil im Gefolge hat. Diese beiden Eigenschaften führten dazu, daß er als junger Offizier in Lemberg so heftig mit den Satzungen jeglicher militärischen Disciplin in Widerspruch gerieth, daß der commandirende General Graf Neipperg zu den entschiedensten Mitteln greifen mußte. Eine geistreich geschriebene, aber weit über das Ziel schießende Flugschrift über die Mißstände in der Artillerie trug dem Major Erzherzog Johann die strafweise Versetzung zur Infanterie ein, aber weder sie noch sein späterer Vortrag „Drill oder Erziehung“, in welchem gleichfalls der außerordentliche Geist, aber auch die Auflehnung gegen jede Disciplin besorgnißerregend zu Tage trat, hinderten das militärische Fortkommen des Prinzen. Im Gegentheil, als den Erzherzog die Vorrückung zum Corpscommandanten traf, da lehnte der Erzherzog ab, da, wie er sagte, er sich für diesen Posten nicht für befähigt halte. Dieses Vorgehen ähnelte einem früheren. Nach dem bosnischen Feldzuge sollte dem Erzherzog für seine glänzende Waffenthat bei Jaice der höchste militärische Orden, der Marien-Theresien-Orden, verliehen werden, und man legte ihm nahe, wie es die Statuten des Ordens vorschreiben, um denselben einzukommen. Auch das lehnte der Prinz ab. Erzherzog Johann, heißt es, habe seinen ablehnenden Entschluß in einem Schreiben begründet, welches ein Meisterstück geistvollster Bescheidenheit und strengster Selbstkritik gewesen und als eins der denkwürdigsten Schriftstücke im Archiv des Grauen Hauses aufbewahrt werden möge. Aber Eins lasse diese geistreiche Ablehnung vermissen: die soldatische Würdigung der ihm zugedachten hohen Auszeichnung. Das genannte Blatt schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: Wenn man sonach die ursächliche Begründung des tiefbedauerlichen Entschlusses des Erzherzogs finden will, so wird man denselben nicht in äußeren Umständen, sondern in dem inneren Widerspruch suchen müssen, der zwischen einem stark impulsiven Geiste und den feststehenden Schranken eines Berufs der Entsagung liegt. Dieser Schilderung des Charakters ist noch hinzuzufügen, daß der Erzherzog auch ein entschiedener Gegner des Dreibundes war, von dem er behauptete, daß er Oesterreich zu enge einschnüre. Er hatte sich in Civil zu den diesjährigen Manövern in Böhmen begeben und dort mit den fremden Militärattachés Unterhaltungen angeknüpft, in denen er seinen Ansichten sehr freimüthigen Ausdruck gegeben haben soll. Als der Kaiser dies erfuhr, rügte er das Verhalten des Erzherzogs sehr scharf und bedeutete ihm, er solle seine Meinungen in Zukunft für sich behalten. Darauf trat der Bruch ein.

Frankreich.

[Die Friedensliga.] Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Figaro“ folgenden Artikel: „Friedensworte in dem Munde eines der höchstgestellten Mitglieder der deutschen Militär-Aristokratie sind gewichtig und bedeutsam, sie setzen in Erstaunen und überraschen. Da sie aber die Erklärungen unterstützen, welche die Regierung bei jeder ihr sich bietenden Gelegenheit durch Vermittelung des Reichskanzlers oder des Souveräns abgiebt, so sind sie zu verzeichnen und ist ihnen der Werth eines Documents beizumessen, das unter den gegenwärtigen Umständen vielleicht bestimmt ist, historisch zu werden. An einer ganz vertraulichen Versammlung zu Köln, der beiwohnten Windthorst, den man in Deutschland die „kleine Excellenz“ nennt, Bochern (sic) und andere Führer der katholischen Partei des Reichstags und des preußischen Landtags, nahm auch ein auf der Durchreise begriffener Franzose Theil, den zu nennen besondere Gründe verbieten. Die Unterhaltung erstreckte sich natürlicherweise auch auf Frankreich, und Freiherr v. Loë, der commandirende General des 8. Armeecorps, während des Krieges Flügeladjutant Wilhelms I., der gewöhnlich mit vertraulichen Sendungen an die französische Regierung betraut ward, antwortete auf die an ihn gestellten Fragen Folgendes:

An der Friedensliga tragen Sie (die Franzosen) die Schuld, denn nur die Besorgniß vor Ihnen hat die Verträge nöthig gemacht. Der einzige Zweck der Liga ist, den Frieden um jeden Preis zu erhalten. Sie bindet ihre Mitglieder unbedingt und macht es ihnen unmöglich, den Krieg zu erklären. Selbst wenn Deutschland es wollte, es würde nicht können. Alle Verträge sind defensiv, keiner offensiv, und alle fassen den Fall ins Auge, daß eine Vertragsmacht von Frankreich angegriffen werden sollte; zwei von ihnen können in diese Lage kommen. Zunächst Deutschland. Wir Deutschen kennen von Frankreich nur Paris, denn Paris lenkt Frankreich und die Presse lenkt Paris. In der Presse und im Gefühl des Volkes wird die Idee der Revanche unterhalten, und deshalb sind wir der Ansicht, daß keine Regierung in Frankreich stark genug sein wird, sich einer volksthümlichen Bewegung zu widersetzen, die in einem Lande, in welchem das Wort Deutsch als Schimpfwort gilt, unwiderstehlich ist. Ein Land, dessen Regierung in solchem Maße den möglichen Irrthümern der öffentlichen Meinung Rechnung tragen muß, kann sich nicht einem berechtigten Verdacht entziehen, und bei Ihrer furchtbaren Militärorganisation, bei den kriegerischen Tugenden, die der Race eigenthümlich sind, wäre im Falle eines Zusammenstoßes ein erster Erfolg zu fürchten. Mit Rücksicht auf Italien, die zweite der Nationen, auf die ich hindeutete, war ein anderer Fall zu bedenken. Italien hat ein Interesse daran, Frankreich den Krieg zu erklären, denn es handelt sich um seine Eigenliebe und um die Vorherrschaft im Mittelmeer. Man mußte ihm deshalb Zügel anlegen. Sein Eintritt in den Dreibund giebt in dieser Beziehung Sicherheit, sowohl gegen Frankreich als gegen Italien. Es hat sich übrigens zuerst angeboten. Die strategischen Reisen Moltkes haben den Vertrag veranlaßt, der Oesterreich uns zuführte. Das ist der Ursprung des defensiven Dreibundes, der später zur Friedensliga wurde. Deutschland hat, obgleich es mit Gottes und seiner Verbündeten Hilfe des Sieges gewiß ist — laut muß es gesagt werden —, keinerlei Interesse am Kriege, seine Politik ist und wird sein eine Politik des Friedens. Aber ihm steht nicht die Entscheidung zu, der wahre Schiedsrichter über den europäischen Frieden ist Frankreich, auf ihm ruhen die Augen Europas. Wenn sein Reichthum sondergleichen, seine furchtbare militärische Macht dem Frieden dienen, braucht es nichts zu fürchten. Mehr als je gilt das Wort: „Wenn ein starkes und reiches Frankreich ruhig ist, ist auch Europa ruhig.“ Ein letztes Wort über Rußland. Dieses kennt die Verträge genau. Wir haben förmliche Versicherungen, daß es trotz der Wolken am Balkan nichts thun wird. Es weiß, daß wir den Krieg weder erklären können noch erklären wollen und daß nur Frankreich in dieser Beziehung handeln kann, wie es will. Wenn aber Rußland in Folge einer französischen Kriegserklärung einschreiten sollte, so können die Franzosen sicher sein, daß es gegen sie geschehen wird.“

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle mittheilen können, fällt die Voraussetzung, unter welcher der „Figaro“ diese Worte zu einem geschichtlichen Ereigniß stempeln will, in sich zusammen, denn Freiherr v. Loë, der commandirende General des 8. Corps, hat sie nicht gesprochen, überhaupt einer solchen Versammlung nicht beigewohnt.“

Belgien.

a. **Brüssel,** 5. Nov. [Der Spitzelproceß.] Die heute über 8 Tage beginnende parlamentarische Session wird als die letzte vor den Neuwahlen und bei der tiefen Parteiverbitterung im hohen Maße stürmisch sich gestalten. Immer neuer Zündstoff häuft sich auf. Als Vorspiel für diese Session beginnt heute in Mons vor dem Hennegau'schen Schwurgerichte der sensationelle Proceß gegen den Lockspitzel und früheren Druckereibesitzer Pourbaix und seinen Genossen, den Anarchisten Rouhette. Pourbaix ist bekanntlich angeschuldigt, durch Reden und von ihm selbst gedruckte Aufrufe die Arbeiter zu Vergehen und Verbrechen aufgehetzt, im Vereine mit Rouhette explosible Stoffe besessen und weiterbefördert, sowie zu Dynamitanschlägen aufgereizt zu haben. Zur Vorgeschichte sei erwähnt, daß Pourbaix von dem Minister Herrn Devolder zur Ueberwachung der Socialistenführer in den Staatsdienst übernommen und wegen seiner angeblich zutreffenden Berichte bezahlt worden war; selbst mit dem Minister-Präsidenten Herrn Beernaert stand Pourbaix in Verbindung, er war der Hauptagent der öffentlichen Sicherheitsbehörde. Zur Krönung seiner Thätigkeit erfand er das große Socialistencomplott. Obwohl die Verwaltung der öffentlichen Sicherheit der Regierung davon abrieth, dieses nicht vorhandene Complott zu verfolgen, ergriff das Ministerium bereitwillig die gute Gelegenheit, um einen Hauptschlag gegen die socialistisch-republikanische Arbeiterpartei auszuführen. Die 23 Socialistenführer wurden verhaftet und belangt, aber das Schwurgericht sprach sie sämmtlich frei. Die Regierung erlitt nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in den Kammern die schwerste moralische Niederlage. Der Leiter der öffentlichen Sicherheit, Herr Gauthier de Rasse, ein bewährter Beamter, gab sich zum Aerger der Regierung, der katholischen Partei und ihrer Presse nicht dazu her,

---

Der Neubau des Nordthurms der Magdalenenkirche.

Zur vollen Würdigung des Preisausschreibens, das in Angelegenheiten des Wiederaufbaues des Nordthurms der Magdalenenkirche in Breslau erlassen worden ist, wird es beitragen, wenn wir die Vorgeschichte des Wettbewerbs uns in aller Kürze ins Gedächtniß zurückrufen. Die Spitze des Nordthurms war in der Nacht vom 22. zum 23. März 1887 abgebrannt. Da in jener Zeit der Patronatsablösungsreceß noch nicht vollzogen war, so fiel der Stadtgemeinde Breslau die von keiner Seite bestrittene Pflicht zu, für die Wiederherstellung des Thurmes Sorge zu tragen. Am 5. Januar 1888 theilte Herr Oberbürgermeister Friedensburg in der Stadtverordnetenversammlung auf eine Anfrage mit, daß der städtischen Bauverwaltung bereits der Auftrag gegeben worden sei, einen Entwurf zum Wiederaufbau der zerstörten Spitze in ihrer ursprünglichen Form auszuarbeiten. Ungefähr sechs Wochen später, am 18. Februar, hielt Herr Stadtbaurath Plüddemann im hiesigen Architekten- und Ingenieur-Verein einen Vortrag über die Wiederherstellung des abgebrannten Thurmes, in welchem er den Gedanken vertrat, es sei von einem Wiederaufbau der zerstörten Spitze in der ursprünglichen Form, d. h. in der Form, welche die erhalten gebliebene Spitze des Südthurms aufweist, abzusehen und der Thurm durch eine im Geiste des mittelalterlichen Bauwerks, d. h. in gothischem Style, zu errichtende Spitze abzuschließen. Der Vortragende war in der Lage, dem Architektenverein das Modell einer von ihm entworfenen Spitze vorzuführen, welche in ziemlich genauer Anlehnung an die gothischen Thurmhelme entwickelt war, die ehemals die beiden Thürme der Magdalenenkirche bekrönt hatten, aber nach dem Einsturz der schlanken Spitze der Elisabetkirche (1529), wahrscheinlich aus Besorgniß, es könnte ihnen ein ähnliches Schicksal widerfahren, abgebrochen worden waren. Es waren sowohl künstlerische wie tektonische Gründe, welche von Herrn Stadtbaurath Plüddemann zu Gunsten einer gothischen Spitze ins Feld geführt wurden. Der von ihm entwickelte Plan, von dem er unter Beifügung einer Abbildung auch den Fachkreisen durch einen Aufsatz im „Centralblatt der Bauverwaltung“ Mittheilung machte, erregte eine lebhafte öffentliche Discussion. U. A. erklärte sich im „Centralblatt der Bauverwaltung“ der Inventarisator der Kunstdenkmäler Schlesiens, Herr Regierungsbaumeister Lutsch, unter Beibringung gewichtiger kunsthistorischer und ästhetischer Argumente mit großer Entschiedenheit gegen den Plüddemann'schen Entwurf im Besonderen, sowie gegen die Herstellung der Spitze in gothischem Style überhaupt. Mittlerweile betrieb Herr Stadtbaurath Plüddemann den Zusammentritt einer Sachverständigen-Commission zur Begutachtung seines Projects und der Frage der Wiederherstellung des abgebrannten Thurmes. Die Commission fällte ihr Urtheil in einer Zusammenkunft am 28. Oct. 1888. Daß es zu Gunsten einer gothischen Spitze ausfallen würde, daran war bei der Zusammensetzung der Commission, welcher bis auf ein Mitglied lauter ausgesprochene Gothiker, darunter das Haupt einer ziemlich exclusiven gothischen Schule, Herr Geh. Regierungs- und Baurath Professor Hase, angehörten, von vornherein nicht zu zweifeln. Mitglieder der Commission waren außerdem die Herren Geh. Regierungs- und Baurath Persius, Baurath Lüdecke, Museums-Director Dr. Janitsch und Stadtbaurath Plüddemann selbst. Gegen die vier Gothiker bildete der Museums-Director Dr. Janitsch eine Minorität, die nicht zur Geltung zu kommen vermochte. Herr Dr. Janitsch begnügte sich damit, sich dem Votum der Commission, das sich für eine Wiederherstellung des Thurmes im Sinne des mittelalterlichen Bauwerks, also in gothischem Style, erklärte, unter dem Vorbehalt anzuschließen, „daß sich die Wiederherstellung des alten Renaissance-Helmes nicht ermöglichen lasse.“ Das Gutachten der Commission decretirte im Uebrigen, daß „die Wiederherstellung des Thurm-Helmes genau in der Form, welche derselbe vor dem Brande gehabt hat, nicht befürwortet werden könne.“ Die Plüddemann'sche Spitze wurde von der Commission als eine befriedigende Lösung des Problems nicht anerkannt, es wurde vielmehr „dringend empfohlen“, unter den deutschen Architekten eine allgemeine Wettbewerbung auszuschreiben. Etwa fünf Monate später, am ersten März 1889, stellte der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Bewilligung von 3000 Mark zur Bestreitung der Kosten des vorgeschlagenen Wettbewerbes. Vorher war in Sachen des Thurmbaus der Gemeindekirchenrath der interessirten Magdalenengemeinde gehört worden, welcher in einem Exposé vom 15. Januar d. J. feststellte, daß die Gemeindekörperschaften mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität dahin einig geworden seien, zwei verschiedene Thurmspitzen seien durchaus nicht erwünscht, man wolle es jedoch auf den Versuch ankommen lassen, durch einen Wettbewerb geeignete Entwürfe für die Wiederherstellung der Nordspitze in dem einen oder dem andren Sinne zu gewinnen. Die Stadtverordnetenversammlung fällte ihre Entscheidung in der Sitzung vom 15. April. Der Bauausschuß hatte die Ablehnung des Magistratsantrags auf Ausschreibung einer Preisconcurrenz beantragt. Nach längerer Debatte entschied sich indeß die Versammlung, allerdings nur mit 35 gegen 34 Stimmen, für die Ausschreibung, jedoch nicht ohne einschneidende Aenderung der Magistratsvorlage. In dieser hieß es nämlich, die allgemeine Wettbewerbung sei auszuschreiben zur Erreichung von Skizzen zu einem Entwurf für den Wiederaufbau des Thurmes „im Sinne des Gutachtens der Sachverständigen-Commission vom 28. October vorigen Jahres“. Diesen Zusatz, welcher also von vornherein eine gothische Spitze forderte, beseitigte die Stadtverordneten-Versammlung, welche sich auf Grund der Ergebnisse der Debatte offenbar nicht darauf einlassen wollte, das Preisausschreiben auf die Forderung einer gothischen Spitze einzurichten.

Gegenüber diesem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ist es einigermaßen befremdlich, in den „besonderen Bedingungen“ des Preisausschreibens die Forderung fixirt zu sehen, daß die Wiederherstellung „im Sinne der mittelalterlichen Kirche“ erfolgen soll. Ob hierdurch das Preisausschreiben im Sinne des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung erlassen worden ist, scheint uns mindestens fraglich. Wäre zu dem Preisgericht, was nicht geschehen ist, ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung hinzugezogen worden, so hätte dieses wahrscheinlich Gelegenheit genommen, in der vorstehend angedeuteten Richtung den Beschluß der Versammlung zu vertreten.

Man wird bemerkt haben, daß das Preisgericht den Kern der Sachverständigen-Commission beibehalten hat: die Herren Persius, Lüdecke, Plüddemann. Der Geh. Regierungs- und Baurath Professor Hase ist durch den fürstbischöflichen Diöcesanbaurath Ebers ersetzt worden, der als hervorragender Gothiker geschätzt ist. Das dissentirende Mitglied der Sachverständigen-Commission, Director Dr. Janitsch, ist bei der Fällung des Urtheils des Preisgerichts nicht betheiligt gewesen.

Wir wissen nicht, ob der Magistrat den mit dem ersten Preise gekrönten Entwurf in veränderter oder unveränderter Form ausführen zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung eine bez. Vorlage zu unterbreiten gedenkt. Jedenfalls dürfte es von Werth sein, daß sich die Versammlung bei einer erneuten Erörterung der Magdalenenthurmfrage der hier skizzirten Geschichte des Preisausschreibens erinnert. Eine bindende Kraft wird der Entscheidung des Preisgerichts, soweit es sich um die Ausführung eines der preisgekrönten Entwürfe handelt, nicht zugebilligt werden. Für die städtischen Körperschaften kann das Ergebniß des Preisausschreibens nur die Rolle des „schätzbaren Materials“ spielen. Daß dieses schätzbare Material in künstlerischer Beziehung die Bedeutung hat, die Unmöglichkeit einer befriedigenden Lösung der gestellten Aufgabe dargethan zu haben, ist bereits in diesen Blättern ausgesprochen worden. Aus dem Wettkampf ist unzweifelhaft die stehengebliebene Südspitze als Siegerin hervorgegangen. Die Schönheit ihrer Umrißlinie ist von keiner der in den eingegangenen Entwürfen ihr an die Seite gesetzten Spitzen erreicht worden, so absurd sich auch die gothischen Stylformen mehrerer Entwürfe geberden, um der alten herrlichen Renaissancehaube ähnlich zu werden. Die hohe achtseitige Spitze des Mehl'schen Entwurfs, die nur an ihrer Basis durch Giebelbildungen und Eckthürmchen eine reichere Ausgestaltung erfährt, hält sich im Uebrigen so streng an die Forderung des Programms, das einen engen Anschluß an die Schlichtheit sowohl der Thurmschäfte, als des gesammten Bauwerks wünschte, daß sie in ihrer gradlinigen Steifheit neben der Südhaube nicht anders als ernüchternd wirkt. Welche Vorzüge sie vor der Plüddemann'schen Spitze haben soll, ist uns unklar. Die letztere hatte mit ihren oberhalb der Thurmflächen entwickelten, sich an die Spitze anlehnenden sog. jungen Thürmen wenigstens das Gute, ehedem einmal vorhanden Gewesenes wieder zu beleben und insofern den Schein pietätvoller Schätzung des Alten zu wahren. Die Eckthürmchen in dem Mehl'schen Entwurf sind reicher entwickelt als in dem Plüddemann'schen; aber wenn schon bei diesem die Thürmchen zu dicht über den Strebepfeilern saßen und zu schwer auf diese zurückzuwirken schienen, so sind die Mehl'schen Thürmchen den Strebepfeilern noch fester aufgesetzt und reichen sogar mit ihren Consolen zwischen die Strebepfeiler herein, wodurch diese vollends gedrückt erscheinen und dem Gedanken des Ausklingens nach oben große Gewalt anthun, was wir für einigermaßen ungothisch halten. Die relativ günstige Lösung der Aufgabe,

die Sachlage zu verdunkeln, sondern enthüllte vor dem Schwurgerichte die ganze amtliche Spitzelwirthschaft. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Land, und die Freisprechung der Socialisten fand allseitige Beistimmung. Heute, bei dem Beginne des neuen Processes, bietet die clericale Presse ein sonderbares Bild. Sie tritt nicht nur mehr oder minder für den biederen Pourbaix ein und verkündet, noch ehe der Proceß begonnen, daß das Ministerium mit Glanz aus demselben hervorgehen werde, sondern sie fällt mit einer wahren Berserkerwuth über Herrn **Gauthier de Rasse**, als den Anstifter alles Unheils, her und weiß im Voraus, daß Pourbaix über diesen Beamten und seine Verwaltung „vernichtende Enthüllungen" zum Besten geben werde. In der That hat Pourbaix während der Voruntersuchung sich seine Erklärung für die schwurgerichtlichen Verhandlungen vorbehalten und mit Theatercoups gedroht. Der Generalstaatsanwalt Herr Janssen vertritt die Anklage. Pourbaix hat den tüchtigen, streng clericalen Advocaten Herrn Englebienne als Vertheidiger. Ihm steht der Advocat Paul Janson, der Brüsseler Deputirte, als Vertreter der Civilpartei, um von Pourbaix Schadenersatz für den Socialistenführer Defuisseaux zu fordern, gegenüber. Man sieht daher mit berechtigter Spannung diesen Verhandlungen, die an Enthüllungen reich sein werden, entgegen. Jedenfalls bezeichnet dieser Proceß das Ende des belgischen Spitzelthums.

Spanien.

[**Was man in Spanien riskirt,**] wenn man dem katholischen Cultus nicht die geforderte Ehrfurcht erweist, davon legt folgendes, von der „Audiencia de Murcia" — dem Provinzialgerichtshof von Murcia — in diesen Tagen gefällte Urtheil beredtes Zeugniß ab. Während der letzten **Frohnleichnamsprocession** in Murcia blieb ein Herr Brusteinga bedeckten Hauptes stehen, als das Volk sich vor dem vorüberziehenden Allerheiligsten auf die Knie warf. Von einem Geistlichen aufgefordert, gleichfalls niederzuknieen und den Hut abzunehmen, weigerte er sich dessen; es entstand ein Auflauf, in welchem die Nächststehenden theils für, theils gegen den Geistlichen Partei nahmen, doch kam es weder zu Thätlichkeiten, noch mischten die bürgerlichen Behörden sich ein. Trotzdem wurde Herr Brusteinga wegen „Widersetzlichkeit gegen die geistliche Autorität" angeklagt und zu drei Jahren sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Bulgarien.

[**Ueber die Belästigung des Ceremonienmeisters des Prinzen Ferdinand von Bulgarien,**] Herrn von Bourboulon, durch die serbische Polizei wird der „Voss. Ztg." aus Sofia Näheres berichtet. Danach erschienen, als Herr von Bourboulon in Belgrad eintraf, serbische Polizeiorgane in seinem Coupé, um ihn zu befragen, in welchem Theile des Waggons Fürst Ferdinand sich befinde. Die Erklärung des Herrn von Bourboulon, daß der Fürst überhaupt nicht mit diesem Zuge fahre, fand keinen Glauben, und die Polizisten begannen den Waggon zu durchsuchen und gingen so weit, das Bett des Herrn von Bourboulon aufzuwühlen. Die Polizisten geberdeten sich, nachdem ihre Nachforschungen sich als fruchtlos erwiesen, sehr erregt und verdächtigten den Diener Bourboulons und das Zugpersonal des Orient-Expreßzuges, daß sie den Fürsten Ferdinand verborgen hätten.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 7. November.

Stadtverordneten-Versammlung.

Der Vorsitzende, Justizrath **Freund**, eröffnet die Verhandlungen um 4 Uhr 20 Minuten mit einigen Mittheilungen, aus denen folgende hervorzuheben sind:

Der Magistrat giebt der Versammlung Kenntniß von einer Verfügung, welche er für alle städtischen besoldeten Beamten erlassen hat. Dieselbe lautet: „Infolge eines Ansuchens der Stadtverordneten-Versammlung wird allen städtischen besoldeten Beamten von Neuem bekannt gemacht, daß sie Arbeiten für Privatpersonen oder Gesellschaften gewerbsmäßig oder gegen Entgeld nur nach vorgängig eingeholter Genehmigung des Oberbürgermeisters übernehmen dürfen und daß diese Genehmigung für jeden einzelnen Fall einzuholen ist."

Nach einer weiteren Mittheilung **des Magistrats ist die Aufnahme** einer Anleihe seitens der Stadt **Breslau im Betrage von 20 Millionen** Mark auf Grund einer Verfügung des **Bezirks-Ausschusses vom 25. September c.** genehmigt worden. Wegen der schnelleren Tilgung der Anleihe beim Reichs-Invalidenfonds hat der Magistrat der Verwaltung desselben davon Mittheilung gemacht, daß vom künftigen Jahre ab die Tilgungsraten um 5 pCt. des ursprünglichen Schuldcapitals erhöht und im Weitern auch noch durch die in Folge dieser größeren Amortisation ersparten Zinsen verstärkt werden würden.

Dem Vorstande der Stadtverordneten-Versammlung wird auf seinen Antrag vom 17. October cr. um Aufstellung eines Fernsprechapparates mit Mikrophon in den Bureaus der Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat mitgetheilt, daß er sich mit den Bedingungen für die Benutzung der Verbindungen zwischen den Fernsprecheinrichtungen selbstständiger Verkehrsmittelpunkte einverstanden erklärt hat.

Demnächst tritt die Versammlung in die **Tagesordnung ein.** Zur Erledigung gelangen u. a. folgende Vorlagen:

Anrechnung auswärtiger Dienstzeit bei Pensionirung. Wie wir in Nr. 741 dieser Zeitung mitgetheilt haben, beantragt Magistrat, daß bei etwaiger Pensionirung den an den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen fest angestellten Lehrern und Lehrerinnen die vor ihrem Eintritt in den diesseitigen Schuldienst an anderen öffentlichen Schulen verbrachte Dienstzeit angerechnet werde. — Ref. Stadtv. Dr. **Pannes** hält den Antrag des Magistrats für angemessen und berechtigt, da bereits einer größeren Anzahl von Lehrern auf die von ihnen gestellten Einzelgesuche von Seiten der Versammlung die Vergünstigung gewährt worden sei. Auch die dadurch erforderlich werdenden Kosten würden nicht beträchtlich sein, wie Redner aus einer von ihm angefertigten Tabelle nachweist. — Der Antrag wird hierauf ohne weitere Besprechung angenommen.

Antrag des Stadtv. Dr. Pannes und Genossen. Derselbe geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung mitzutheilen, welche Verhandlungen bisher mit der königl. Staatsregierung „über die Erhaltung des kathol. Schullehrer-Seminars für Breslau" stattgefunden haben. — Stadtv. Dr. **Pannes** erhält zunächst das Wort zur Begründung des Antrages und bemerkt, daß im verflossenen Herbste die Nachricht durch die öffentlichen Blätter gegangen sei, das hiesige katholische Lehrerseminar solle von hier verlegt werden. Die eingezugenen Erkundigungen hätten ergeben, daß die Nachricht insofern richtig sei, als sich die Unzulänglichkeit des Gebäudes herausgestellt, in dem hier das Seminar untergebracht ist. Da nun in maßgebenden Kreisen die Ansicht bisher geherrscht habe, Lehrerseminare seien in kleineren Städten besser untergebracht als in großen, so habe allerdings die Befürchtung nahe gelegen, daß die Verlegung in der That zur Ausführung gelange. Die Angelegenheit sei im Etats-Ausschusse einer eingehenden Berathung unterzogen worden und man sei zu der Ansicht gekommen, es müsse das Mögliche geschehen, um die Anstalt der Stadt Breslau zu erhalten. Der Herr Oberbürgermeister habe eine dahin gehende Zusage abgegeben, und dem Vernehmen nach habe auch der Herr Fürstbischof für die Erhaltung des Seminars in Breslau ein großes Interesse gezeigt. Bisher habe nun aber nichts darüber verlautet, welche Schritte seitens des Magistrats in der Angelegenheit gethan worden seien, während andererseits verlaute, daß die Erhaltung der Anstalt in Breslau von Seiten der Regierung an schwer zu erfüllende Bedingungen geknüpft werde. Dies habe die Antragsteller zu ihrem Antrage veranlaßt.

Stadtschulrath Dr. **Pfundtner** erklärt, durch den Herrn Oberbürgermeister mit der Beantwortung der gestellten Anfrage beauftragt zu sein. Magistrat sei auch seinerseits der Ansicht, daß die Verlegung des Seminars von Breslau eine schwere Schädigung communaler Interessen zur Folge haben müsse. Derselbe habe daher geglaubt, sich der Nothwendigkeit nicht entziehen zu dürfen, seinerseits für die Erhaltung des Seminars in Breslau einzutreten, und er habe sich daher nach vorangegangener Information mit einer Petition an den Herrn Cultusminister gewendet, die er, da sie den Standpunkt des Magistrats in der Frage klarlege, der Versammlung in ihrem Wortlaut mittheilen wolle. In dem ziemlich umfangreichen Schriftstücke weist Magistrat auf die große Zahl von Söhnen hiesiger Eltern aus unbemittelten Ständen, welche Zöglinge des Seminars sind, und auf die sehr erfolgreich wirkenden hiesigen Präparanden-Anstalten hin. Ferner würde es erschwert werden, sich dem Lehrerberufe zu widmen, da die Ausbildung auswärts die Kräfte der Eltern übersteigen würden; die Präparandenanstalten würden eingehen und die Folge müßte sein, daß der ohnehin schon große Lehrermangel noch gesteigert würde. Im Weiteren weist die Petition eingehend nach, wie groß die Vortheile der großen Stadt mit ihren zahlreichen Bildungsmitteln gerade fur die Ausbildung der Lehrer seien. Magistrat bittet den Herrn Minister, die dargelegten Gründe hochgeneigter Erwägung zu unterziehen nnd das Seminar der Stadt auch ferner erhalten zu wollen. Auf dieses Gesuch sei durch den Herrn Oberpräsidenten dem Magistrat die Mittheilung zugegangen, daß die ausgesprochenen Wünsche nur auf Berücksichtigung würden rechnen können, wenn dem Staate aus dem Verbleiben des Seminars keine besonderen Kosten erwachsen, d. h. wenn von der einen oder der anderen Seite gegen Ueberlassung des bisherigen Seminargrundstücks sammt Gebäuden ein geeigneter Ersatz geboten wird. Magistrat sei infolge dessen der Platzfrage näher getreten und habe vorerst geprüft, ob das jetzige Seminargrundstück für Schulzwecke geeignet sei. Es sei dies nicht der Fall. Auch der Vorstand des anliegenden St. Annenhospitals habe erklärt, daß für ihn ein Bedürfniß zur Erwerbung nicht vorliege. Ein geeignetes, im Besitze der Stadt befindliches Grundstück, wäre es auch außerhalb der Stadt gewesen, habe sich nicht finden lassen. Es seien dann Verhandlungen über ein dem Magistrat angebotenes Grundstück geführt und dem Oberpräsidenten dieses Grundstück angeboten, gleichzeitig aber erklärt worden, daß bei der Unmöglichkeit, das alte Seminargrundstück für städtische Zwecke zu erwerben, Magistrat seine Mitwirkung auf die Ermittelung jenes Platzes für den Neubau beschränken müsse. Gleichzeitig sei darauf hingedeutet worden, daß vielleicht der Herr Fürstbischof angefragt werden könnte, ob er die Kosten des Erwerbes des in Vorschlag gebrachten Bauplatzes tragen wolle. Unter dem 25. Juli 1889 sei dem Magistrat erwidert worden, daß nach einem Erlasse des Ministers sich die Verlegung des Seminars nicht werde vermeiden lassen, wenn nicht binnen einer kurzen Frist ein annehmbares Gebot nicht blos bezüglich eines Bauplatzes, sondern vielmehr des vollen Ersatzes für das alte Seminar, einschließlich der vorhandenen Gebäude in Höhe des Taxwerthes derselben von zusammen 260 500 M. gemacht werde. Dem Magistrat wurde gleichzeitig anheimgestellt, sich mit dem Fürstbischof in Verbindung zu setzen. Dies sei geschehen, und derselbe habe erwidert, daß er eine bestimmte Antwort zu geben außer Stande sei. Magistrat habe nunmehr geglaubt, dem Oberpräsidenten antworten zu sollen, daß er, falls noch Aussicht auf Belassung des Seminars in Breslau sei, bereit wäre, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung zum Erwerbe des bereits erwähnten Platzes und dessen kostenfreie Ueberlassung an den Staat zu beantragen. Ein Weiteres könne er nicht thun; es wären überhaupt nicht materielle Interessen gewesen, die ihn für die Erhaltung der Anstalt eintreten ließen, sondern die allgemeinen Bildungsinteressen. Damit schien die Angelegenheit beendet. Indessen sei, wie Redner noch zum Schluß bemerkt, neuerdings Aussicht vorhanden, daß die Verhandlungen weiter geführt werden. (**Beifall.**)

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Erbauung eines Volksschulhauses. Wie wir in Nr. 775 d. Ztg. mitgetheilt haben, beantragen die Ausschüsse III, IV und V die Genehmigung zur Erbauung eines Volksschulhauses auf dem Kanonenhofe mit der Maßgabe, daß unter Veränderung der Größenverhältnisse der projectirten Läden und unter Wegfall der Rectorwohnung die Herstellung von 7 Läden ermöglicht, der freigewordene Bauplatz zur Zeit nicht zum Verkauf gestellt, an der Neuen Gasse, wenn möglich, außer der projectirten Turnhalle die Wohnung für einen Schuldiener, ein Schulbad, das Schulmuseum und der Zeichensaal angelegt werden.

Der Ref. des Schulausschusses, Stadtv. Dr. **Pannes**, weist zunächst aus der Geschichte des Kanonenhofes nach, daß derselbe schon seit 60 Jahren zur Errichtung von Schulgebäuden, und zwar im Laufe der Zeit der verschiedenartigsten Schulgebäude, in Aussicht genommen gewesen sei. Ferner kommt Redner auf die allseitig anerkannten und schon so oft zur Sprache gebrachten Uebelstände in einigen alten Gebäuden in der inneren Stadt und weist auf die dringende Nothwendigkeit zum Neubau einer Anzahl von Klassen hin. Auch dem Einwurfe, daß der für die Schule in Aussicht genommene Schulhof zu groß angelegt sei, tritt der Referent damit entgegen, daß bei der großen Anzahl von Schulklassen und Kindern der Hof gerade nur ausreichend sein würde. Redner bittet, die Anträge der Ausschüsse anzunehmen. — Der Referent des Grundeigenthums-Ausschusses, Stadtv. **Markfeldt**, begründet den Antrag der Ausschüsse, nicht das vom Magistrat empfohlene, sondern das andere Project anzunehmen. Bei der Schulnoth sei es nöthig, im Innern der Stadt so viel neue Klassen als möglich zu schaffen, und aus diesem Grunde empfehle sich der zweite Vorschlag, der 6 Klassen mehr enthalte. Dann würde eine vollständige Ausnutzung der Erdgeschoßräume zu Läden sich mehr empfehlen, da erstens das Erdgeschoß zu Schulzwecken weniger geeignet sei und eine höhere Verzinsung in Anbetracht des hohen Kaufpreises geboten erscheine. Was den von den Ausschüssen gestellten Antrag betreffs des Nichtverkaufs des verbleibenden Grundstückes anlange, so giebt Referent seine persönliche Meinung dahin ab, daß er die Verwendung auch dieses Stückes für Schulbauten befürworten würde. Im Uebrigen empfiehlt auch der zweite Referent die Annahme der Ausschußanträge. — Als Referent des Bauausschusses beantragt Stadtv. **Urban** an Stelle des abwesenden Stadtv. Jitschin ebenfalls die Genehmigung der Ausschußanträge. — Stadtverordneter **Weinhold** kommt zunächst auf seine schon früher von ihm dargelegte ablehnende Haltung gegenüber der Errichtung eines Schulmuseums zurück, spricht sich im Weiteren gegen die Einführung der Schulbäder

---

wie sie bereits durch den Gothiker Plüddemann gegeben war, ist hiernach von dem preisgekrönten Entwurf nicht übertroffen worden, wenn er auch seinerseits wieder, nach der Ansicht des Preisgerichts, über die 54 andren eingereichten Entwürfe hervorragt. Ein zweites, ein drittes Preisausschreiben würde vermuthlich an dem Ergebniß nichts ändern. Eine schlanke, „schlichte" gothische Spitze neben der anderen, üppig entwickelten Renaissancehaube wird immer nur den Beruf haben können, den tiefgehenden Unterschied zwischen den beiderseitigen Stylformen in einer ästhetisch nicht befriedigenden Weise ersichtlich zu machen. Wer bis jetzt noch an die Möglichkeit einer Versöhnung dieser Gegensätze geglaubt haben sollte, wird diesen Glauben nach Besichtigung der im Zwingersaale ausgestellten Entwürfe aufgeben müssen.

Der mit dem zweiten Preise gekrönte Entwurf des Architekten Mehs ordnet im obersten Stockwerk des Nordthurmes zwei hohe Fenster an (bei dem Mehl'schen Entwurf sind drei Fenster vorgesehen); wie Mehl vermittelt Mehs den Uebergang durch Eckthürmchen, die leider gleichfalls so dicht auf den Strebepfeilern aufsitzen, daß sie mit ihren Consolen sich von oben zwischen dieselben hineindrängen. Oberhalb der beiden hohen spitzbogigen Fenster verläuft zwischen den Eckthürmchen eine mit Maßwerk verzierte schmale Galerie und über dieselbe hinaus erhebt sich über einer bis zur Dachkante der Thürmchen aufgeführten massiven Wand ein spitzer Giebel, den sich der Verfasser des Entwurfs mit einer Uhr versehen denkt. Hinter den vier Giebeln steigt die aus dem Achteck entwickelte schlanke Spitze auf, deren Streben durch ein mit kleinen Fenstern belebtes Zwischenstockwerk durchbrochen werden. Die Thurmhauben der beiden mit dem ersten und zweiten Preise gekrönten Entwürfe gehen in ihrer Höhenentwicklung weit über die Spitze des Südthurmes hinaus. Der Nordthurm würde, um die Mehl'sche Spitze erhöht, nach den darüber gemachten Angaben den Elisabeththurm noch um ca. 6 Meter überragen.

Eine glücklichere Lösung in der Anordnung der Eckthürmchen als die beiden eben besprochenen Entwürfe bringt unzweifelhaft der Entwurf des Architekten Großmann (III. Preis). Hier kragen die Thürmchen nicht über den Kern des Thurmunterbaues aus und brauchen sich demgemäß nicht auf die Strebepfeiler zu stützen; sie lösen sich von der Haube in der Silhouette nur durch ihre Spitzen los. Zwischen den Eckthürmchen ist ein von 5 spitzbogigen Fenstern durchbrochenes Stockwerk angeordnet, um welches der massive Körper des Nordthurms gegen den des Südthurms erhöht ist. Die Pyramide entwickelt sich zunächst aus dem Viereck, geht aber durch Abschrägung der Kanten rasch in das Achteck über. Noch im unteren Drittel belebt ein Kreis von kleinen Giebeln die Umrißlinie, wodurch die Spitze im Aufriß zugleich verbreitert und dem Umfang der Südspitze angenähert wird. Oberhalb des Giebelkranzes findet sich in der schlank aufstrebenden Spitze in gleicher Höhe mit der Laterne des Südthurms ein Durchblick, der alsdann durch eine Spitze gekrönt wird, die im Gegensatz zu der Mehl'schen und der Mehs'schen Thurmhaube über die von der Südspitze erreichte Höhe nicht hinausgeht. Wie wenig Verständniß in den Kreisen der Gothiker für die eigenartige Schönheit der Südspitze in besonderen Fällen gehegt werden kann, geht aus der Behandlung hervor, welche der dritte Preisträger dem Südthurm hat zu Theil werden lassen. Er hat an demselben die Abschrägung der Strebepfeiler, die sich jetzt beträchtlich weit unterhalb der Unterkante der Renaissancehaube vollzieht, durch eine steilere Anordnung der Abschrägungslinie bis zum untersten Gesims der Südhaube heraufgezogen, wodurch der graziöse Ansatz, durch den sich die Haube von dem Thurmkern mit ihrer reizvoll geschwungenen Silhouette abhebt, in höchst stylwidriger Weise verwischt und verwaschen wird. Ob das Preisrichter-Collegium, oder dessen Majorität, durch die Auszeichnung des Großmann'schen Entwurfs auch diese an dem Südthurm vorgenommene Aenderung hat gutheißen wollen? Von den drei preisgekrönten Bewerbern ist der in den Bedingungen des Wettbewerbs formulirten Forderung, daß bei der Ausbildung des nördlichen Helmes Rücksicht zu nehmen sei auf die Spitze des Südthurmes, Großmann unbedingt am meisten nachgekommen; nichtsdestoweniger hat auch sein Entwurf den stylistischen Zwiespalt zwischen der gothischen und der Renaissancespitze, zu dessen unmöglicher Ueberwindung die Theilnehmer des Wettbewerbs verurtheilt waren, nicht zu beseitigen vermocht.

Die übrigen Entwürfe haben wir bereits in aller Kürze nach ihrem Gesammteindruck gekennzeichnet. Wäre die Aufgabe die gewesen, die **beiden** Thürme der Magdalenenkirche mit neuen gothischen Spitzen zu bekrönen, so dürfte man verschiedenen der eingegangenen Entwürfe warme Anerkennung nicht versagen. Es ist so manche Arbeit geliefert worden, die ebenso originell angefaßt wie auch durchaus „im Geiste des mittelalterlichen Bauwerkes" durchgeführt ist, nur daß sie eben auf den Geist der Südspitze so gar keine Rücksicht nimmt. Andere Entwürfe haben auch der schlichten Sprache der gothischen Unterbauten des Thurmes wenig geachtet. Sie bedenken den simplen Thurmschaft mit einer Spitze, die mit dem ganzen malerischen Pomp französischer Hochgothik in Scene gesetzt ist. Das wimmelt von Pfeilern, Fialen und Krabben, von à jour gearbeitetem Maßwerk, von spielender Versetzung der Grundrisse, daß man meinen könnte, es handle sich um die Bekrönung der Thürme einer prachtvollen Kathedrale. Andere haben wieder in dem Bestreben, die vollen Ausbuchtungen der Südspitze in der Silhouette der Nordspitze nachzuahmen, zu einfachen oder doppelten Kuppelbildungen gegriffen und sind dabei auf die Formensprache des halb romanischen, halb gothischen Uebergangsstyls verfallen. Bei einigen Lösungen haben die Spitzen vollkommen den Charakter eines ausgebildeten Vierungsthurmes, anderer architektonischer Mißverständnisse nicht zu gedenken, zu denen sich die concurrirenden Architekten haben verleiten lassen.

Früher haben wir einmal in der Magdalenenthurm-Angelegenheit die Streitfrage dahin formulirt: Zwischen der **alten** Spitze und dem **Thurmunterbau** ist ein offenbarer stylistischer Zwiespalt vorhanden; wird die Nordspitze in der **alten** Weise wieder hergestellt, so wird dieser Zwiespalt zwischen Oben und Unten bei beiden Thürmen existiren, aber die beiden Thürme **in ihrer Gesammterscheinung und in ihrem Verhältniß zu einander werden übereinstimmen.** Wird die neue Spitze auf dem Nordthurm **gothisch**, so ist zwar der Nordthurm in sich vollendet, aber es besteht alsdann ein stylistischer **Zwiespalt zwischen dem Nord- und dem Südthurm** und obendrein wird der Zwiespalt zwischen der Spitze und dem Unterbau des Südthurmes conservirt. Wenn wir damals als den springenden Punkt der zu erwartenden Lösung der Frage die Entscheidung darüber bezeichnet haben: **welches der beiden stylistischen Uebel das kleinere sei**, so ist es uns jetzt, nach dem Ergebniß des Wettbewerbs, nicht mehr zweifelhaft, daß es nur **eine** befriedigende Lösung des Problems giebt: die Wiederherstellung der abgebrannten Spitze in ihrer alten Form. Zum Glück befindet sich unter den eingereichten Entwürfen einer, der die Aufgabe in diesem Sinn löst. Es ist der mit dem Motto: „Conservativ" versehene Entwurf. Natürlich hat er vor den Augen des Preisgerichts, das ja ausdrücklich eine gothische Spitze hat haben wollen, keine Gnade finden können, wie er ja auch vom Standpunkte des **Preisausschreibens** aus programmwidrig ausgefallen ist. Um so mehr Beifall wird der Entwurf bei allen finden, die sich von der unumgänglichen Nothwendigkeit der Errichtung einer gothischen Spitze nicht überzeugen lassen wollen. Wie anheimelnd und vertraut blickt uns hier wieder das alte Thurmpaar an, eins der Wahrzeichen der Stadt, die aufs Innigste mit unsren Vorstellungen von dem Städtebilde Breslaus verschmolzen sind! Man mag ja mit ästethischen und kunsthistorischen Argumenten so manches Gemüth für diese oder jene Anschauung zu gewinnen vermögen: aber der intime geistige Rapport, der sich, den Meisten unbewußt, aber darum nicht minder nachhaltig und eindringend, zwischen einer ganzen großen Bevölkerung und einem hervorragenden, ein großes Stück Stadtgeschichte repräsentirenden Bauwerk durch Generationen hindurch gebildet und befestigt hat, ist als moralischer Factor nicht einfach bei Seite zu schieben. Er macht sich in solchen entscheidenden Augenblicken, in denen der Volksseele zugemuthet wird, auf etwas ihr lieb Gewordenes dauernd zu verzichten, mit allem Nachdruck geltend. Ob der Entwurf, der das Kennwort „Conservativ" trägt, so auszuführen wäre, wie er jetzt ist, wollen wir gern dahingestellt sein lassen. Er hat neben anderen unausgeglichenen Einzelheiten den Fehler, durch die an die bestehende Haube angelehnten kleinen, mit Zwiebelspitze versehenen Thürmchen die Basis der Spitze in unstatthafter Weise zu beengen und an dieser Stelle die Silhouette zu verschleiern. Aber darüber läßt sich reden. Daß der Entwurf, wie die Mehrzahl der übrigen Projecte, den Rohbau der Thürme wieder herstellen will, davon wird man wohl nur zustimmend Notiz nehmen können.

Auf jeden Fall hat jeder Breslauer, der auch nur von fern den Anspruch darauf macht, unter die Freunde der Kunst gezählt zu werden, die Pflicht, die Ausstellung der Entwürfe zum Neubau des Nordthurmes der Magdalenenkirche zu besuchen, damit er durch eigene Wahrnehmungen zu der Ueberzeugung gelange, daß der Wettbewerb den Erfolg gehabt hat, eine Wiederherstellung der abgebrannten Spitze in der alten Form als das einzig Wünschenswerthe erscheinen zu lassen.

Karl Vollrath.

aus und bittet, den Antrag der Ausschüsse in Betreff der letzteren abzulehnen. — Stadtschulrath Dr. Pfundtner bemerkt, daß die Schulverwaltung auch fernerhin sich bei Forderungen für das Schulmuseum in bescheidenen Grenzen halten werde. Was die Schulbäder anlange, so habe sich die ablehnende Haltung des im Schulbericht des Schulinspectors Kriebel erwähnten Rectors nur gegen die Benutzung derselben während des Unterrichts gekehrt. Er selbst sei, obgleich früher ein Gegner derselben, durch den Augenschein und die Erfahrung zu einem Freunde derselben geworden. Er glaube, daß man sich auf einem guten Wege befinde, und würde es nicht für gut halten, jetzt schon wieder davon abzugehen. — Stadtv. Sckeyde bittet den Magistrat, das Restgrundstück nicht zu verkaufen, sondern für städtische Institute und zwar vielleicht das statistische Bureau und das Gesundheitsamt zu verwenden. — Hierauf wird die Besprechung geschlossen und in der Abstimmung zunächst der Antrag Weinhold mit 41 gegen 33 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag des Ausschusses angenommen.

Königl. Baugewerkschule. Auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe hat die hiesige Königl. Baugewerksschule bereits für das laufende Winterhalbjahr getheilt werden müssen, wodurch für das Etatsjahr 1889/90 eine Mehrausgabe von 3315 M. entsteht, wovon der Staat und die Stadtgemeinde je die Hälfte mit 1657,50 M. zu tragen haben. Magistrat beantragt die Bewilligung dieser Summe und deren Entnahme aus dem Haupt-Extraordinarium der Kämmerei für 1889/90. Die Versammlung beschließt demgemäß. — Mit der

Anstellung des Bezirks-Armen-Arztes Dr. Croce auf weitere sechs Jahre erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Dringlichkeits-Antrag. Magistrat beantragt, daß sich die Versammlung nachträglich damit einverstanden erkläre, daß dem Bauunternehmer Franz Hoffmann für die Abbruchsarbeiten des alten Pfarrhauses zu St. Adalbert auf der Katharinenstraße der Zuschlag für den Preis von 2160 M. ertheilt werde.

Nachdem die Dringlichkeit von der Versammlung anerkannt worden, genehmigt sie den Antrag, welchen der Referent Stadtv. Epstein befürwortet, wobei er bemerkt, daß es weder an dem Magistrat noch an der Versammlung gelegen hat, daß diese Angelegenheit so verzögert worden sei.

Communal-Einkommensteuer-Regulativ (s. Nr. 775 d. Ztg.). Der Referent Stadtv. Dr. Eras befürwortet die sofortige Annahme des Magistratsantrages, da derselbe mit Ausnahme eines Punktes lediglich redactionelle Aenderungen enthalte und auch der erwähnte eine Punkt etwas wesentlich Neues nicht enthalte. — Die Versammlung schließt sich dieser Auffassung ihres Referenten an und genehmigt den Antrag mit 71 gegen 3 Stimmen.

Wahl. Zum Vorsteher des 22. Stadtbezirks wird der Kaufmann Sperlich gewählt.

Remuneration. Magistrat hatte beantragt, daß den beiden auf dem städtischen Schlachthofe mit der veterinärpolizeilichen Controle beauftragten Thierärzten für die ihnen in den Monaten August und September c. übertragenen Mehrleistungen — Anwesenheit auf dem Schlachthofe an fünf Nachmittagen gegen zwei bisher — eine Remuneration von je 75 M. gewährt werde. Der Ausschuß VI empfiehlt:

1) den Antrag des Magistrats anzunehmen;
2) den Magistrat zu ersuchen,
   a. die erweiterte Controle bis zum 1. April 1890 fortzuführen, dabei aber zu erzielen, daß für das ausgesetzte Honorar auch am sechsten Tage die Controle Nachmittags ausgeübt werde;
   b. Ermittelungen anzustellen, inwieweit eine Verbesserung der gegenwärtig auf dem Schlachthofe ausgeübten Fleischschau zu erreichen sei.

Auf Antrag des Referenten Stadtv. Dr. Leitzmann werden die Anträge angenommen. — Im Anschluß bittet Stadtv. Hauske den Magistrat, nun endlich, nachdem, wie er gehört hat, eine Vereinbarung mit der kgl. Eisenbahndirection getroffen sei, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß die Angelegenheit des neuen Schlachthofes weiter gefördert und zu Ende geführt werde.

Den vom Magistrat beantragten Verkauf des Grundstücks Salzstraße 1 und Matthiasstraße 99 empfehlen die Ausschüsse IV und VI abzulehnen. — Die Referenten Stadtv. Schweitzer und Urban begründen den Ausschußantrag damit, daß der gebotene Preis in Rücksicht auf die Lage des Grundstücks zu niedrig sei und der Verkauf auch noch keine große Eile habe. Vor Juli nächsten Jahres würde das neue Feuerwehrdepot noch nicht zu beziehen sein. — Der Magistratsantrag wird hierauf abgelehnt.

Vom neuen Sparkassen- und Bibliotheks-Gebäude. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären,

a. daß der Firma J. L. Bacon in Berlin die Ausführung und Lieferung einer Central-Niederdruck-Dampfheizung in dem neuen Sparkassen- und Bibliotheksgebäude für ihr Angebot von 18790 M. nach Maßgabe der anliegenden allgemeinen und besonderen Bedingungen, sowie der s. p. r. beigefügten Zeichnungen übertragen werde;
b. daß die gegen den Kostenanschlag eintretende Mehrausgabe von rund 850 M. f. Z. aus den Ersparnissen der übrigen Titel des Kostenanschlages gedeckt werden darf.

Ref. Stadtv. Minssen empfiehlt die Annahme des Antrages. — Derselbe erfolgt.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

---

* **Vom Lobetheater.** „Der rechte Schlüssel", welcher in Berlin bereits die Feuerprobe bestanden, geht am Sonnabend zum ersten Male in Scene, bei welcher Gelegenheit Herr Rohland in der Rolle des Borstig wieder zum ersten Male die Bühne des Lobetheaters in einer Abendvorstellung betritt. Außerdem sind die ersten Mitglieder in dieser Vorstellung beschäftigt. Am Sonntag Nachmittag wird bei ermäßigten Preisen „Die Grille" zur Aufführung kommen. Auch im Residenztheater wird eine Nachmittags-Vorstellung stattfinden. Es geht der lustige Schwank „Ein toller Einfall" in Scene.

* **Von der Universität.** Sonnabend, den 9. November, wird im Musiksaale der Universität Mittags 12½ Uhr Felix Priebatsch aus Breslau seine Inaugural-Dissertation über „Die große Braunschweiger Stadtfehde 1492—1495 I. Theil" gegen die Opponenten Georg Zimmer, cand. hist., Hans Plehn, cand. hist., und Hermann Oesterreich, cand. hist., vertheidigen.

—d. **Immatriculation.** Am Freitag, den 8. d. M., werden im Musiksaale der Universität immatriculirt und zwar Nachmittags 2½ Uhr: In der evang.-theologischen Facultät 4, in der kath.-theologischen Facultät 2, in der juristischen Facultät 17 und in der medicinischen Facultät 3 Studirende; Nachm. 3½ Uhr: In der philosophischen Facultät 37 Studirende.

* **Das Prädicat „Professor"** ist dem Architekten Stüler, Lehrer an der Königl. Kunst- und Kunstgewerbeschule hierselbst, verliehen worden.

50jähriges Doctorjubiläum. Sanitätsrath Dr. Schweikert beging in aller Stille vor Kurzem in Karlsbad, wo er Heilung von einem gichtischen Leiden suchte, den Tag, an dem er vor 50 Jahren in Berlin die medicinische Doctorwürde erwarb. Nach seiner Genesung und Rückkehr nach Breslau wurden dem Jubilar vielfache Ovationen dargebracht; der Verein schlesischer homöopathischer Aerzte veranstaltete ihm vor einigen Tagen ein Festmahl, bei welchem ihm als Zeichen der Verehrung ein Pokal mit Widmung überreicht wurde.

* **Der Oberlandesgerichts-Präsident,** Wirkliche Geheime Ober-Justizrath von Kunowski, hat sich heute zur Schwurgerichtssitzung nach Ratibor begeben.

* **Der kaufmännische Verein Union** veranstaltet auch in diesem Jahre eine Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten einer Weihnachtsbescheerung für arme Kinder. Dieselbe findet am 16. d. M. im Concerthause statt und wirken außer dem gemischten Chor des Vereins auch der Männergesangverein Tafelrunde und die Deutsch'sche Quartett-Gesellschaft sowie hiesige Künstler mit.

* **Garnisonverlegungen.** Das Husaren-Regiment von Schill (1. Schlesisches Nr. 4), bisher in Ohlau und Strehlen garnisonirend, dessen Zutheilung zu den neu zu bildenden Armeecorps wir bereits gemeldet haben, wird Gumbinnen (1. und 2. Schwadron) und Stallupönen (3., 4. und 5. Schwadron) als Garnison erhalten, nach Ohlau, woselbst erst vor 4 Jahren neue Kasernen und Stallungen gebaut worden sind, soll eine Abtheilung des Feld-Artillerie-Regiments von Peucker (Schlesisches) Nr. 6 gelegt werden. Das 18. Infanterie-Regiment wird nach Osterode und Allenstein versetzt.

=ßß= **Deichschau.** In den letzten Tagen fand die Herbst-Deichschau von Schwoitsch bis Jannowitz statt, an welcher der Deichhauptmann Oberamtmann Schöbel, königl. Regierungs-Baurath Cromer, Deichinspector Stadtbauinspector Zabel, sowie der königl. Wasserbauinspector Hamel als Vertreter des königl. Oberpräsidiums und Regierungs-Assessor v. Haugwitz theilnahmen.

* **Der hiesige Special-Ausschank des Königlich Baierischen „Weihenstephan"-Bieres** (Tauentzienstr. 83, Ecke Tauentzienplatz) wird Sonnabend, den 9. d. Mts., eröffnet. Diese Brauerei ist neben dem Münchener Hofbräu die einzige staatliche Brauerei Baierns. Sie liegt bei dem Städtchen Freising, einem früheren fürstbischöflichen Herrensitze und selbstständigen Gliede des alten Deutschen Reiches. Schon Anno 1146 meldet die Chronik von einer „Bräustatt" des Benedictinerklosters auf dem Weihenstephaner Berge, deren „glänzendes, weiß schäumendes Getränk" weit und breit in den baierischen Landen gesucht wurde. Heute sind es nicht nur die baierischen Lande, welche den Weihenstephaner Trunk zu würdigen wissen, sondern das Bier hat den Weltmarkt erobert, und u. a. hat sich auch der Kaiser das Weihenstephan-Bräu zu seinem Tafelbier in Berlin erkoren. — Die Einrichtung des hiesigen Ausschanks ist, wie man uns mittheilt, ausschließlich aus Breslauer Werkstätten hervorgegangen. Die Bauarbeiten sind nach dem Plane und unter Leitung des Maurermeisters Simon ausgeführt. Hervorzuheben sind die geräumigen Kellereien. Die Kunsttischlerarbeiten haben die Firmen Gebr. Bauer, Martin Kimbel und B. Schlesinger u. Co. geliefert. Die im Rococostyle gehaltene Malerei führte Marschall u. Rumsch, die Schmiedearbeiten Gustav Trelenberg aus. Die Anlage der elektrischen Beleuchtung ist von der Allgem. Elektricitätsgesellschaft, die Wasserstaub-Ventilatoren, welche in der Stunde 1600 Kbm. Luft abführen, während die Dampfwasserheizung ein gleiches Quantum frischer und erwärmter Luft in die Räume hineinpreßt, von Gebr. Körting in Hannover hergestellt. Die Glaserarbeiten, insbesondere die freundliche Oberlichtdecke, die Spiegel und die Butzenscheiben sind von Ledermann u. Marks, die Glasmalerei von dem Atelier von Seiler, die Firmenschilder in geschliffenem Glase von Gustav Reinisch geliefert worden. Der Umbau und die Einrichtung haben über 6 Monate in Anspruch genommen.

* **In Sachen des Defraudanten Döring** ist, wie Berliner Blätter melden, der geschädigten Bankfirma Albert Schappach u. Cie. im Laufe des gestrigen Nachmittags ein weiteres Telegramm und zwar direct aus Hohenelbe zugegangen, durch welches die frohe Botschaft des ersten noch dahin erweitert wird, daß die bei dem festgenommenen Döring vorgefundenen Werthe sich auf rund 75 000 Mark beziffern, wodurch der Verlust der betroffenen Firma sich um fernere 9000 Mark vermindert und somit auf insgesammt 6000 Mark beschränkt. Ein Bevollmächtigter der Firma, Herr Schilling, welcher den Criminal-Commissar Schulz auf seinen Fahrten begleitete, hat vor der Behörde den Verhafteten in Hohenelbe sofort recognoscirt, so daß der Auslieferung desselben keine Schwierigkeiten entgegenstehen.

♉ **Glogau,** 6. November. [Bundes-Sängerfest. — Neue Telegraphenleitung.] Bei der gestrigen Gesangsübung des Glogauer Sänger-Vereins wurde das Programm für das im nächsten Jahre in Grünberg stattfindende Bundes-Sängerfest des Niederschlesischen Sängerbundes mitgetheilt. — Nach einer soeben eingegangenen Nachricht hat das Reichspostamt die Herstellung einer neuen Telegraphen-Verbindung zwischen Glogau und Berlin für das Rechnungsjahr 1890/91 genehmigt. Es sind aber auch jetzt schon Vorkehrungen getroffen worden, eine Beschleunigung in der Beförderung der Telegramme nach Berlin herbeizuführen.

⊜ **Hirschberg,** 5. Novbr. [Vorschußverein.] In der außerordentlichen Generalversammlung, welche der hiesige Vorschußverein unter Leitung des Vereinsdirectors Wittig gestern im „schwarzen Roß" abhielt, galten die Verhandlungen zunächst einigen vom Genossenschaftsrichter auf Grund des neuen Genossenschaftsgesetzes geforderten nochmaligen Abänderungen des Statutes. Die Versammlung trat den Abänderungsanträgen einstimmig bei und genehmigte ebenso die vorgelegten Entwürfe der Instructionen für den Vorstand und den Aufsichtsrath. Hierauf gelangte das Wesen der „beschränkten" und „unbeschränkten" Haftpflicht zur Besprechung und wurde vom Vorstandstische aus eingehend erläutert. Es wurde darauf hingewiesen, daß das neue Genossenschaftsgesetz zwar die unbeschränkte Haftpflicht mildere, indem es für den Fall eines Concurses der Genossenschaft in erster Linie das sogenannte Umlageverfahren vorschreibt, doch bleibe für so Manchen dieselbe immer noch ein Gegenstand der Befürchtung. Aus diesem Grunde seien auch, obschon die gutsituirten Verhältnisse des hiesigen Vorschußvereins hierzu keine Veranlassung gegeben, schon längst Stimmen laut geworden, welche den Uebergang des Vereins zur beschränkten Haftpflicht wünschen. Die Versammlung unterzog diesen Gegenstand einer längeren, die Verhältnisse auf Grund der Gesetzgebung vollständig klarlegenden Debatte, deren Resultat darin bestand, daß der Vorstand beauftragt wurde, in Verbindung mit dem Aufsichtsrathe die zur Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht nöthigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

r. **Schweidnitz,** 6. Novbr. [Vom Verein gegen Hausbettelei. — Goldene Hochzeit.] In der gestern Abend stattgefundenen General-Versammlung des Vereins gegen Hausbettelei wurde Justizrath Herold als Vorsitzender wiedergewählt. Nach dem Beschlusse der Versammlung sollen dem Magistrat übergeben werden: 300 Mark zur Vertheilung an hiesige Arme, je 50 Mark für die grauen Schwestern, für die Kaiserin Augusta-Waisenstiftung und für das Hedwigs- und Vincenzstift. An den Weihnachtsfeiertagen durchreisende Handwerksburschen sollen je doppelte Verpflegungskarten und ein Paar wollene Strümpfe erhalten. — In Leutmannsdorf feierte gestern das Schuhmacher Herrmann'sche Ehepaar die goldene Hochzeit.

§ **Striegau,** 6. Novbr. [Viehmarkt.] Der gestrige für den hiesigen Ort angesetzte Viehmarkt war aus Anlaß der im Kreise unter dem Rindvieh herrschenden Maul- und Klauenseuche nur mit Pferden beschickt und zwar: 3 Luxuspferde zu 700—850 M., 11 Reitpferde zu 650—800 Mark, 16 Wagenpferde zu 550—700 M., 211 Arbeitspferde zu 150—400 M. Die Kauflust war gering.

□ **Sprottau,** 5. Novbr. [Truppenverlegung. — Nonnenbusch.] In Sprottau stehen seit dem 1. April d. J. die erste und dritte Abtheilung des Feld-Art.-Reg. von Podbielski (Niederschlesisches) Nr. 5 in Garnison. Seit einiger Zeit geht das Gerücht, daß die eine der beiden Abtheilungen genannten Regiments Sprottau verlassen und in den Verband des neuen westpreußischen Armeecorps kommen wird. Dieses Gerücht tritt seit einigen Tagen bestimmter auf, es bezeichnet sogar die dritte Abtheilung als diejenige, welche von hier versetzt wird. Als neuen Garnisonsort dieser Abtheilung wird Graudenz genannt. — Der von der Commune Sprottau jüngst käuflich erworbene Nonnenbusch, dessen Holzbestand von fachmännischer Seite auf 14000 M. abgeschätzt worden ist, soll theilweise abgeholzt werden. Die entwaldeten Theile desselben werden wieder aufgeforstet, ebenso mehrere Flächen, welche bis jetzt nur für den Ackerbau benutzt wurden.

⊙ **Habelschwerdt,** 5. Nov. [Communales. — Bestätigung.] In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. beschlossen, dem am 1. Januar k. J. aus dem Magistrats-Collegium wegen seines hohen Alters scheidenden Stadtältesten und Ehrenbürger Kunschke in Anerkennung seiner langjährigen, unserer Stadt geleisteten Dienste, die ihm bisher gewährte jährliche Remuneration von 300 M. bis an sein Lebensende zu bewilligen. Die regelmäßigen Ergänzungswahlen der Stadtverordneten-Versammlungen finden den 13. d. Mts. statt. Es sind im Ganzen zehn Stadtverordnete zu wählen. — Die Wiederwahl des Kaufmanns Pelz und Rentiers Sterz, sowie die Neuwahl des Maurermeisters Wengler und Hotelbesitzers Hoffmann zu Rathsherren ist von der königlichen Regierung bestätigt worden.

⊙ **Konstadt,** 6. November. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der heute stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden wieder- resp. neugewählt III. Abth. Schuhmachermeister Kuhlau und Schmiedemeister Wilhelm Jentschura, II. Abth. Fleischermeister Gumnior und Dampfmühlenbesitzer Friedländer, I. Abth. Gutsbesitzer Ackermann und Kaufmann Titze. Außerdem wurde an Stelle des zum Rathmann gewählten bisherigen Stadtverordneten Schneider in der III. Abtheilung Kaufmann Maschler gewählt.

= **Falkenberg OS.,** 6. November. [Kreiswundarztstelle.] Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat dem praktischen Arzte Dr. med. Frank zu Tillowitz die commissarische Verwaltung der Kreiswundarztstelle des Kreises Falkenberg OS. übertragen.

=ch= **Oppeln,** 6. November. [Landwirthschaftliche Winterschule. — Landwirthschaftliches.] Die von dem landwirthschaftlichen Centralverein für Schlesien mit Beginn des Winterhalbjahres 1884/85 hierselbst begründete landwirthschaftliche Winterschule, welche damals mit 22 Schülern eröffnet wurde, erfreut sich von Jahr zu Jahr größerer Frequenz und hat am 2. d. Mts. ihren diesmaligen Wintercursus mit 51 Schülern begonnen, von denen 20 der oberen, 31 der unteren Klasse angehören. Von ihnen stammen aus den Kreisen Neustadt, Zabrze, Tarnowitz, Rosenberg und Namslau je 1, Rybnik und Kattowitz je 2, Oppeln 3, Ratibor, Beuthen und Kreuzburg je 4, Pleß 5, Cosel 8 und Groß-Strehlitz 14; 2 sind Söhne größerer Besitzer, 3 Beamtensöhne, während die übrigen Söhne von Bauergutsbesitzern sind. Die Anstalt, deren Lehrmittel fortgesetzt durch Neuanschaffungen erweitert werden, steht unter Leitung des Directors Wodarz; außer ihm unterrichten an derselben der Landwirthschaftslehrer Arndt, Departements-Thierarzt Schilling, Schlachthausdirector Haselbach und Hilfslehrer Hofrichter. — Die Landwirthschaft wird im hiesigen Kreise zufolge der ungenügenden Ernte mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Kartoffelernte ist zwar im Allgemeinen nach der Quantität befriedigend ausgefallen, dagegen nicht gut in der Qualität zu nennen; in tiefliegenden, nicht drainirten Böden ist ein starker Abgang durch Faulen eingetreten. Haben sich auch im Herbst die Futterverhältnisse günstig gestaltet, so daß der Mangel an Heu und Stroh einigermaßen verringert worden ist, so wird doch namentlich das letztere außerordentlich knapp und für Streuzwecke wenig disponibel bleiben, so daß die Düngerproduction nur mangelhaft sein wird. Die Herbstsaat ist, abgesehen von den schweren Böden, schnell und rechtzeitig eingebracht worden; auf den letzteren dagegen hat die lang anhaltende intensive Nässe das Saatgeschäft sehr beeinträchtigt, ja stellenweise sogar unmöglich gemacht. Dasselbe gilt von den Ackerarbeiten für das nächste Frühjahr; der schwere bindige Boden ist noch so naß, daß eine Bearbeitung gegenwärtig ausgeschlossen ist. Dieser Umstand hat auch in Verbindung mit dem großen Mangel an Arbeitskräften dazu beigetragen, daß die Kartoffel- und Rübenernte sich verzögert hat und auch bis jetzt noch nicht ganz beendet ist.

* **Vermischtes aus der Provinz.** In Herwigsdorf bei Freystadt nimmt die Diphtheritis in bedenklicher Weise zu, so daß man daran denkt, die Ortsschule auf bestimmte Zeit zu schließen. — Nach der „Oberschl. Grenzztg." geht das Gerücht, daß die gegenwärtigen Kohlenpreise vom 10. d. Mts. eine weitere Steigerung erfahren sollen.

* **Besitzveränderungen in der Provinz.** Gleiwitz: Hausgrundstück Ring 3. Verkäufer: verw. Frau Hamburger; Käufer: Kaufmann Löwenstein; Preis 55 500 M. — Ratibor: Hausgrundstück. Verkäufer: Kaufmann Grunwald; Käufer: Kaufmann Pinczower; Preis 54 000 M. — Niederbielau: das frühere Schröder'sche Gut; Verkäufer: Kaufmann Reimann in Hirschberg; Käufer: Schlossermeister Liebich in Langenbielau; Preis 58 500 M.

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.
Reichstag.

* **Berlin,** 7. November. Der Reichstag beendete heute bei leeren Bänken die erste Lesung des neuen Socialistengesetzes. Es kamen nur noch drei Redner zum Worte: der welfische Abgeordnete von der Decken, der nationalliberale Abgeordnete Kulemann, das Schreckenskind seiner Partei, und dann Bebel, dessen zweistündige Rede eine scharfe Kritik der Ausführung des bisherigen Socialistengesetzes war. Abgeordneter von der Decken erklärte sich gegen jede Ausnahmegesetzgebung und verlangte statt ihrer eine energische positive Socialpolitik, namentlich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes; wäre das Gesetz brauchbar gewesen, dann hätte es in den elf Jahren seine Schuldigkeit thun müssen; das habe es nicht gethan, also dürfe man es nicht dauernd machen, sondern müsse es abschaffen. Der nationalliberale Abgeordnete Kulemann benutzte fleißig seine eigene, kürzlich erschienene Schrift, um das Haus mit allerlei Citaten aus früheren Zeiten zu überschütten und die Nothwendigkeit eines dauernden Ausnahmegesetzes zu beweisen; denn mit dem gemeinen Recht, welches nur repressiv wirke, könne man nicht auskommen; man müsse ein Präventivgesetz haben, aber nicht ein Polizei-, sondern ein Rechtsgesetz. Trotzdem Herr Kulemann sich auf diesen Rechtsstandpunkt stellte, wollte er doch nicht, wie sein Freund von Cuny, das Reichsgericht an die Stelle der Beschwerde-Commission setzen. Die Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes folgerte er aus den verderblichen Lehren der Socialdemokratie; die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter wollte er unangetastet lassen; ja, Herr Kulemann erkannte sogar die Lohnbewegung der Arbeiter als durchaus berechtigt an und meinte, daß man die Lohngestaltung im Sinne der Erhöhung des Arbeitsertrages principiell ganz umgestalten müsse. Diese Stellungnahme wird den Großindustriellen in den Reihen der Nationalliberalen nicht sehr angenehm sein. Abg. Bebel wies nach, wie das Socialistengesetz eine ganze Reihe von Existenzen vernichtet, aber bezüglich der Führer es dahin gebracht habe, daß diese, aus allen Geschäfts- und Familienbeziehungen vertrieben, sich ganz der Partei zur Verfügung gestellt hätten; die Ausgewiesenen hätten die socialistische Lehre überall verbreitet. Die willkürliche Ausführung des Gesetzes, welche auf der vieldeutigen Definition beruhe, habe die Arbeiter erbittert; wenn nun auch ein anderer Beschwerdeweg eingeführt werde, so habe das keine Bedeutung, denn bei dem Verbot und bei der Auflösung einer Versammlung habe eine nach mehreren Monaten erfolgende Remedur keine Wirkung. Der Verzicht auf einige Paragraphen des Gesetzes sei der Regierung nicht schwer gefallen; denn die betreffenden Bestimmungen seien nicht oft angewendet worden und bei einem dauernden Gesetz überhaupt unanwendbar. Die Ausweisung habe man nur aus Rache angewendet, wo man der betreffenden Person sonst nichts anhaben konnte. Die Vorlage wurde einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen. Morgen beginnt die Berathung des Bankgesetzes.

10. Sitzung vom 7. November.

Am Tische des Bundesrathes: von Bötticher, Herrfurth.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878, wird fortgesetzt.

Abg. von der Decken: Namens der deutsch-hannoverschen Partei habe ich zu erklären, daß wir dieser Vorlage durchaus antipathisch gegenüber stehen; nicht aus Sympathie mit der Socialdemokratie, denn keine Partei steht derselben wohl feindlicher gegenüber, als wir. Durch das Socialistengesetz sollte ein böser revolutionärer Geist bekämpft werden; aber das ist doch nur eine Seite des Gesetzes. Ich nehme an, daß man 1878 geglaubt hat, Staat und Gesellschaft seien in höchster Gefahr, daß man deshalb das Gesetz beantragt hat; aber ein dauerndes Ausnahmegesetz, wie es jetzt hier beantragt wird, ist ein logischer Widerspruch. Es ist gestern schon auf Rom verwiesen worden; als die Ausnahmemaßregeln dort die Regel wurden, war es mit der guten Zeit vorbei. Aber ich glaube, es ist kein Glück gewesen, daß 1878 das Socialistengesetz erlassen wurde, selbst wenn es damals nothwendig gewesen wäre. Jetzt ist die höchste Zeit, daß wir von diesem Gesetz zurückkommen, daß wir uns der positiven socialpolitischen Arbeit mehr zuwenden. Ich habe mich gefreut, daß gestern der Redner der Reichspartei die Regierung aufgefordert hat, den Arbeiterschutz auszudehnen; aber ich kann nicht begreifen, daß er erst das dauernde Socialistengesetz bewilligen, und nachher zur positiven Arbeit übergehen will. Daß die Regierung später dann auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes eingehen wird, dazu ist doch gar keine Hoffnung vorhanden. Der Erlaß des Ausnahmegesetzes ruft den Eindruck hervor, als wenn die Socialdemokraten nur verwerfliche, verbotene Ziele verfolgen; aber es giebt doch sehr viele berechtigte Forderungen der Arbeiter, die auch von anderen Parteien, als den Socialdemokraten, befürwortet werden. Die socialistische Agitation entspringt auch ganz selbstverständlich aus der veränderten Lage der gewerblichen Arbeiter. Viele von der Socialdemokratie verbreitete Lehren sind ja irrig und können auch leicht widerlegt werden; aber nehmen Sie die schlechte Lage der Arbeiter, so werden Sie die Entstehung solcher Ideen begreifen lernen. Ich hoffe, daß Sie nach nochmaliger Prüfung des Gesetzes zur Ablehnung desselben kommen. Nehmen Sie das Gesetz an, dann drücken Sie den Socialdemokraten die Krone des Martyriums auf die Stirn, dann stärken Sie die Partei, wie das Centrum durch den Culturkampf gestärkt worden ist. Wenn das Gesetz brauchbar wäre, dann hätte es in 11 Jahren seine Schuldigkeit thun müssen. Das ist aber nicht der Fall gewesen, also muß es jedenfalls abgeschafft werden. Ich möchte an alle staatserhaltenden

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

den Parteien dieses Hauses das Wort richten: Fürchten wir Gott, aber nicht das Gespenst der Socialdemokratie!

Abg. Kulemann (natlib.) wandte sich zunächst gegen die Ausführungen Munckels und suchte dessen Ausführungen über die unberechtigte Auflösung von Versammlungen zu widerlegen. Wenn nach den Motiven das Gesetz keine genügende Wirkung gehabt hat, dabei aber behauptet wird, daß es ohne das Gesetz noch schlimmer geworden wäre, so liegt darin kein Widerspruch; denn ein Gesetz kann doch wohl eine Wirkung gehabt haben, aber nicht die volle beabsichtigte Wirkung. Von freisinniger Seite ist behauptet worden, daß das Verbot der socialistischen Versammlungen die Widerlegung der socialistischen Irrlehren verhindere. Ich glaube doch, die Herren überschätzen ihren Einfluß auf das Publikum; mit ihrem abgelebten Manchesterstandpunkt machen sie auf die Menge keinen Eindruck mehr. Man hat sich auf das Wort des Reichskanzlers berufen: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst Niemand". Hat damit der Reichskanzler sagen wollen, wir brauchen deshalb gar keine Schutzmaßregeln? Er hat diesen Ausspruch doch gerade gethan, als er die Verstärkung unserer Vertheidigungsmittel empfahl. So geht es auch der Socialdemokratie gegenüber. Die Fortschrittspartei hat statt des Ausnahmegesetzes die Verschärfung des Strafgesetzbuches empfohlen; auch der Abgeordnete Reichensperger stellte einen Antrag, der von demselben Standpunkte ausging; 1884 hat Herr Windthorst mit Unterstützung des Centrums in einer Resolution beantragt, das Ausnahmegesetz abzuschaffen unter Ergänzung und Verschärfung des Strafgesetzbuchs. Jetzt will man von solchen Verschärfungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches nichts wissen, sondern verlangt einfach die Abschaffung des Ausnahmegesetzes: das ist ein offenbarer Widerspruch. Der Standpunkt der Repression, daß man erst strafend eintreten müsse, wenn etwas Strafbares geschehen sei, ist ja sehr bequem; aber die Aufgabe des Staates ist, durch Präventivmaßregeln Schlimmes zu verhüten. Man soll einer Partei von mehr als 800000 Personen gestatten, den Umsturz des Staates zu betreiben, und soll erst dann einschreiten dürfen, wenn der Umsturz zur Thatsache geworden ist? Also das gemeine Recht mit seinen Maßregeln reicht hierbei nicht aus. Hier sagen die Socialdemokraten immer: Wir sind auch Staatsbürger; weshalb verfolgt man uns denn? Aber haben wir hier nicht gehört, daß ein socialistischer Redner sich mit den Anarchisten identificirt? Ist nicht allen denen, welche das Socialistengesetz verlängern würden, 1888 mit der persönlichen Verantwortlichkeit für das Gesetz gedroht worden? Das heißt doch so viel, wenn wir erst die Guillotine haben, dann werdet ihr die ersten sein. (Lachen bei den Socialisten.) Es ist hier auch gesagt worden, wenn wir russische Zustände bekämen, würden auch Königsmorde erlaubt sein. Der Reichskanzler hat den Redner damals gleich festgenagelt. Wer soll denn darüber entscheiden, daß russische Zustände eingetreten sind? Wenn die socialdemokratische Partei erklärt: „Wir pfeifen auf eure Gesetze", dann kann sie nicht verlangen, daß sie unter den Schutz derselben Gesetze gestellt werden soll, wie jeder ruhige Bürger. In socialdemokratischen Kreisen nimmt man eine eigenthümliche Stellung zum Meineid ein; der „Socialdemokrat" läßt ihn zu, Socialdemokraten, welche im Interesse der Partei einen Meineid geleistet hatten und bestraft worden sind, sind in der Presse gefeiert worden und als Ehrenmänner bezeichnet. (Hört! Hört!) Die Definition, welche von den strafbaren Bestrebungen der Socialdemokratie im Gesetz gegeben wird, ist nicht ganz richtig, wenn sie sich nur beschränkt auf die auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen. Man muß die Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter scharf trennen von den Umsturzbestrebungen. Die Stärke der Socialdemokratie beruht ja darin, daß sie die Arbeiterinteressen vertritt; aber die Arbeiter sind schon zufrieden, wenn ihre Lage verbessert wird. Die Phantasien über die Gestaltung des Staates, welche ihnen vorgetragen werden, sind ihnen gleichgiltig. Wir werden auf dem Wege der socialistischen Entwickelung vielleicht noch weiter getrieben werden, als bis jetzt; vielleicht wird man in einigen Jahrzehnten einen großen Theil socialistischer Ideen ausgeführt haben; dann wird aber eine Reaction eintreten, wie immer in der Entwickelung der Weltgeschichte. Viele Bestrebungen der Socialdemokratie sind vollständig berechtigt. So bin ich z. B. der Meinung, daß die Löhne principiell eine andere Gestaltung erhalten. Der Arbeitsertrag muß erhöht werden. Ich halte es für eine Kurzsichtigkeit der Arbeitgeber, daß sie glauben, der Coalition der Arbeiter entgegentreten zu müssen. Eine Organisation der Arbeiter wird nicht der Socialdemokratie zu Gute kommen. Unter den Socialdemokraten bestehen zwei verschiedene Richtungen, die nur das Eine gemeinsam haben, daß sie glauben, auf Grund der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sei überhaupt nichts zu verbessern. Die extremen wollen deshalb überhaupt keine kleinen Verbesserungen herbeiführen, während die gemäßigten anerkennen, daß sie die Pflicht haben, kleine Verbesserungen der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Dieses Unterschiedes sollte man sich wohl bewußt sein. Das Socialistengesetz muß jetzt umgestaltet werden aus einem Polizeigesetz in ein Rechtsgesetz; wie es jetzt besteht, ist es unbrauchbar für eine richterliche Behörde; deshalb würde ich es für eine Degradirung halten, wenn man das Reichsgericht an die Stelle der Beschwerdecommission setzen würde. Ich hoffe, daß die Bestrebungen, dieses Gesetz zu einem Rechtsgesetz zu machen, nicht vergeblich sein werden. (Beifall.)

Abg. Bebel: Wenn die Rede des Abg. Kulemann etwa eine Candidatenrede für einen Justizministerposten sein sollte, dann kann ich ihn nur lebhaft bedauern; denn in mehr Widersprüche könnte sich ein Redner in derselben Zeit kaum verwickeln, als er gethan. Der erste und der zweite Theil der Rede stehen in diametralem Gegensatz; die zweite Hälfte hebt die erste auf. Ist die erste maßgebend für ihn, dann möchte ich fragen, was nach ihm die Socialdemokratie überhaupt noch für ein Recht haben sollte: weder ein Preßorgan, noch ein Verein, noch die Möglichkeit zu öffentlichen Kundgebungen wäre vorhanden. Im zweiten Theil entwickelte er wesentlich andere Gedanken, da suchte er einen Unterschied zwischen Socialdemokratie und Arbeiterklasse zu machen, wie ihn gestern auch der Minister Herrfurth zu formuliren versuchte, obwohl ich andererseits zugeben muß, daß im Vergleich mir der Minister als ein Muster von Liberalität erscheint. (Sehr richtig! links.) Da war doch noch Toleranz, da wurde ausdrücklich für wünschenswerth erklärt, daß die Socialdemokraten im Reichstage vertreten seien, womit den Socialdemokraten doch das Recht auf Wahlversammlungen, Wahlvereine, Geldsammlungen zu diesen Zwecken ausdrücklich zugestanden wird, Dinge, welche sich leider keineswegs allüberall in Deutschland so von selbst verstehen. Herr Kulemann hat dann weiter auch eine ganz wunderbare, mir durchaus unverständlich und unerfindlich gebliebene nationalökonomische Gedankenentwickelung gegeben, eine neue Theorie von Capital und Arbeit. Ich möchte einen hohen Preis darauf setzen, daß auch keiner der Collegen der eigenen Partei des Herrn im Stande ist, klarzulegen, was dieser eigentlich gewollt hat. Wenn er nun sagt, das Reich müsse sich schützen vor der Socialdemokratie, weil sie auf den Umsturz hinarbeitet, und wenn er als Maßstab dafür die 800000 Wähler darstellt, dann hat er doch vergessen, daß wir schon vor drei Jahren 763000 Wahlstimmen zählten und der Staat steht heute noch; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen es mindestens auf eine Million zu bringen, und das Reich wird auch noch nicht umfallen. Als Beweis für den umstürzlerischen Charakter der Socialdemokratie wird angeführt, daß sie auf dem Congreß in Wyden das Wort „gesetzlich" aus ihrem Programm gestrichen habe. Es wird dabei ganz vergessen, daß, wenn das erst 1880 geschehen, 1878 doch keine Veranlassung war, das Socialistengesetz zu erlassen. Die Streichung ist erfolgt, weil entgegen allen officiellen Versicherungen auf Grund des Gesetzes uns absolut Alles, Presse, Vereine, Versammlungen, unmöglich gemacht wurden und es ein Nonsens wäre, das Wort „gesetzlich" im Programm zu behalten, da doch Alles, was wir thun, als ungesetzlich betrachtet werde. Wir haben öffentlich zugegeben, daß, wenn die Handhabung des Gesetzes eine solche gewesen wäre, wie sie später eingetreten ist, wahrscheinlich kein Mensch auf den Gedanken gekommen wäre, das Wort „gesetzlich" zu streichen; nur die furchtbarste Erbitterung, die in Deutschland überall in unseren Kreisen über die Ausführung des Gesetzes Platz gegriffen, hat zu diesem Beschlusse geführt. Wenn man die gestrige Rede des Ministers und seine Concessionen mit der Handhabung des Gesetzes in den ersten vier Jahren vergleicht, so wird jeder zugeben müssen, daß das, was heute unter dem Gesetze möglich ist, weit entfernt ist von dem, was vor vier oder fünf Jahren möglich war. Damit ist zugleich erwiesen, daß das Gesetz einen ungeheuren Spielraum gewährt, und daß der Willkür der einzelnen Person überlassen ist, wie es gehandhabt wird. In die Definition der socialdemokratischen Bestrebungen, die das Gesetz giebt, kann man eben alles hinein- und herausdeuten. Schon bei der ersten Berathung des Gesetzes stritten die Redner über denselben Punkt. Gewirkt hat das Gesetz in elf Jahren allerdings; es sind etwa 13- bis 1400 Drucksachen verboten worden, davon ungefähr 120 periodisch erscheinende Zeitungen und 200 Broschüren und Bücher, zum Theil wissenschaftlichen Inhalts; der Rest der Verbote bezieht sich auf Flugblätter u. s. w. Dann sind 12 socialdemokratische Druckereien aufgehoben worden, wodurch nicht blos großer Vermögenswerth ruinirt, sondern auch eine ganze Anzahl von Existenzen brotlos geworden ist. Ebenso ist eine ungeheure Anzahl von Versammlungen verboten oder aufgelöst, sind Hunderte von Vereinen verboten worden. Die Zahl der Haussuchungen mag sich auf 10000 belaufen. Die persönliche Verfolgung ist im weiten Umfange ausgeübt worden, gegen mich namentlich in den letzten Jahren. Andererseits sind im Jahre 1881 311000 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden, im Jahre 1887 dagegen 763000; das bedeutet eine Vermehrung von 140 pCt. Ferner ist der Opfermuth unserer Parteigenossen in Folge des Gesetzes in einer Weise angeregt und angefeuert worden, daß unsere Partei hierfür von Ihnen als Beispiel für Ihre eigenen Mitglieder angeführt wird. Die Socialdemokratie ist eben eine Partei, die Ideale hat, und alle, die Ideale haben, sind dafür auch begeistert und opferbereit. „Das Volk", das Organ des Herrn Stöcker, hat erst vor Kurzem entwickelt, daß die conservative Partei der Ideale ganz baar sei, und ich begreife, daß dem entsprechend bei ihr die Opferwilligkeit nicht existirt. Der Minister Herrfurth tröstete sich gestern mit der Wirkung des Gesetzes, daß die Ausbreitung der Socialdemokratie wenigstens geographisch beschränkt geblieben und die ländliche Bevölkerung nicht ergriffen sei. Das ist Täuschung; schon bei den letzten Wahlen erwies sich auch die geographische Ausbreitung, und die nächsten Wahlen werden dem Minister in dieser Beziehung noch eine bedeutende Ueberraschung bereiten. Es ist ein Widerspruch, zuzugeben, daß die Socialdemokratie eine geistige Macht ist, die aus der Natur der heutigen Gesellschaftsverhältnisse erwachsen ist, und gleichwohl Maßregeln zu ihrer Unterdrückung zu treffen. Die Herren hätten an ihrer eigenen Entwicklung als bürgerliche Partei das allerdeutlichste Beispiel gehabt, was in dieser Beziehung geleistet werden kann. Man ist gegen sie auf Grund der Karlsbader Beschlüsse gerade so vorgegangen, wie gegen uns. Auch damals verpflichteten sich die verbündeten deutschen Regierungen u. a. gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Jugend den Regierungen feindselige oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabende Lehren verbreiteten, von den betreffenden Lehranstalten zu entfernen. Schriften, die nach dem Urtheil einer unserer Beschwerdecommission ähnlichen Commission als der Erhaltung des Friedens zuwiderlaufend erachtet würden, sollten unterdrückt werden. Das war 1820. Im Jahre 1863, als Fürst Bismarck zu Ihnen, insbesondere der Partei des Herrn v. Bennigsen, in der schwersten Opposition stand, als die berühmten Preßordonnanzen ergingen, wurden die Verwaltungsinstanzen angewiesen, Zeitungen zu unterdrücken, nicht blos, wenn ein Artikel zur strafrechtlichen Verfolgung Anlaß gegeben, sondern schon, wenn die Gesammthaltung die Tendenz erkennen läßt, die Ehrfurcht und Treue gegen den König zu untergraben, den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staates gegeneinander zu gefährden, die Einrichtungen des Staates, die öffentlichen Behörden durch Schmähungen dem Haß auszusetzen. Es bestand dabei schon damals der bekannte preußische Haß- und Verachtungsparagraph: zum Ungehorsam aufzureizen, die Sittlichkeit zu untergraben, die Lehren der Kirche herabzusetzen u. s. w. Diese Verordnungen, die zwar ungesetzlich, aber nach der Meinung der Staatsgewalt, des Fürsten Bismarck und des Königs, gesetzlich waren, und unter dem Beifall der rechten Seite erlassen wurden, sind genau gegen dieselben Bestrebungen gerichtet, die Sie hier im Socialistengesetz nunmehr auf unabsehbare Dauer bestrafen sollen. Sollte da nicht der ernsthafte Zweifel kommen, ob Sie auf dem rechten Wege sind? Sie wollen die Umsturzbestrebungen der Socialdemokratie verfolgen. Es wäre interessant, darüber vom Reichstage selbst eine Declaration zu erhalten, da die verbündeten Regierungen sie nicht haben finden können. Nun und nimmermehr würden sie sich darüber zu einigen vermögen; sie ist einfach nicht zu geben. Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist nach dem Abg. Nobbe ja schon eine Kritik der bestehenden indirecten Steuergesetzgebung, wie wir sie hier geübt haben, und doch werden wir in der Auffassung, daß die indirecten Steuern ganz vorzugsweise auf den Schultern der armen Klassen lasten, von Vertretern der bürgerlichen und sogar der conservativen Parteien unterstützt. Nach Ansicht des Abg. Hartmann ist sogar unser Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern umstürzlerisch und staatsgefährlich. Damit das Socialistengesetz rechtfertigen zu wollen, ist das Stärkste, was gedacht werden kann. Nach unserem Vorschlage sollte für je einen Bezirk von 400000 Einwohnern ein Arbeitsamt, dessen Vorsitzenden die Regierung ernennen sollte, errichtet und durch directe Wahlen zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern gebildet werden, und das ist doch die denkbar gerechteste Vertretung der beiden betheiligten Klassen. Vor 12 Jahren erklärte der Abg. v. Bethusy-Huc sogar die Forderung einer progressiven directen Einkommensteuer für eine communistische, die durch das Socialistengesetz getroffen werde. Was verstehen Sie denn unter diesen Begriffen? Was die Herren Kulemann, Hartmann und Nobbe als staatsgefährlich betrachten, erklärt der Minister für einen unantastbaren Lehrsatz, der verbreitet werden kann. Dasjenige, dem wir die Hauptbedeutung beilegen, soll uns erlaubt sein, und das, worauf wir geringes Gewicht legen, soll gesetzlich verboten werden! Wir sollen uns mit Unrecht anmaßen, die Arbeitermehrheit zu vertreten. Dann halte ich es für anmaßend, wenn sich die nationalliberale Partei als die Vertreterin des deutschen Bürgerthums ansieht. Daß sie das nicht ist, wird jedenfalls auch Herr Kulemann sehr bedauern. Jeder denkende Arbeiter muß nothwendig Socialdemokrat werden, wenn er sich die jetzige Staats- und Gesellschaftsordnung ansieht. Sie fürchten aber die politische Aufklärung des Arbeiters und wollen sie hintertreiben. Die Nationalliberalen vertreten das Großcapital, das Unternehmerthum, das Tausende von Arbeitern beschäftigt und bestrebt ist, diese zu scheeren und für sich immer neue Millionen anzuhäufen. Wer also diese Klasseninteressen vertritt, vertritt auch seine eigenen. Aber nicht immer haben die Nationalliberalen diese Auffassung von der Gefährlichkeit des Socialismus gehabt. In den Annalen des Erzgebirges von 1846 schreibt der bekannte Prof. Biedermann, noch heute ein Führer der Nationalliberalen in Sachsen, in einem Aufsatz über Socialismus und Communismus: „In nicht zu ferner Zeit werden der Socialismus und die letzten Consequenzen des Freiheitsgedankens, wie sie der Communismus aufstellt, verwirklicht werden." Ueberläuft Sie dabei nicht eine Gänsehaut? Vor zwölf Jahren sagte hier Graf Moltke, wir gingen nur auf Theilung aus — das sei ein Unsinn; denn in acht Tagen sei die alte Ungleichheit wieder da. Wenn der Communismus so leicht zu widerlegen wäre, würden wir uns schämen, dafür zu kämpfen. Und vor einigen Jahren schrieb Professor von Treitschke in einem Aufsatz über die Freiheit, der Staat müsse seinem Wirken Schranken setzen und gewisse persönliche Güter als hoch und unantastbar anerkennen; man solle nicht allzu leicht über die Grundrechte der Verfassung spotten, sie sei die magna charta der persönlichen Freiheit, worauf die Welt nicht mehr verzichten werde; das Recht des freien Denkens, das den Menschen erst zum Menschen mache, müsse gewahrt werden; das absprechende Urtheil über die sogenannten gefährlichen Klassen und den Luxus in den niederen Ständen zeuge von Lieblosigkeit und Herzlosigkeit; jeder freie und vornehme Mann sollte sich vielmehr freuen, daß sie auf den Anstand in der äußeren Erscheinung etwas halten. Ein ärgeres Verdammungsurtheil, als dies von einem Ihrer namhaftesten Schriftsteller, kann nicht ausgesprochen werden. Auch Herr von Gneist hat vor fünf bis sechs Jahren in einer Wahlversammlung in Kreuznach davor gewarnt, das Socialistengesetz versumpfen zu lassen; es müsse aus der Welt geschafft werden. Herr von Marschall hat s. Z. als Reichstagsabgeordneter gegenüber den Abschwächungsanträgen zum Gesetz gesagt: „Schaffen Sie ein kurz dauerndes, aber schneidiges Gesetz, damit wir es wieder möglichst bald aus der Welt kriegen." Er hat es bekommen und gehört heute zu denen, die es verewigen wollen. Auch Herr von Kardorff wollte damals das Ausnahmegesetz so bald wie möglich wieder abschaffen und an dessen Stelle gemeinrechtliche Bestimmungen setzen. Hat schließlich Jemand schärfer gegen das Socialistengesetz gesprochen, als 1878 Herr v. Bennigsen? Dieser sagte damals, die Auflösung des Reichstags sei nicht wegen des Socialistengesetzes erfolgt, sondern um seine Partei an die Wand zu drücken; eine solche Ausnahmegesetzgebung unterbreche den Gesundungsproceß und greife in das Leben der Nation in gefährlicher Weise ein. Gesetzgebung und Verwaltung, die Vertretung und Vertheidigung der Grundlagen der religiösen und bürgerlichen Rechtsordnung müßten erst vollständig bankerott sein, ehe man wage, zu solchen Maßregeln zu schreiten. Dann verwies der Abg. v. Bennigsen auch auf die Gefahren bei der Handhabung des Gesetzes durch die unteren Organe. Das ist Alles eingetroffen. Bei der Handhabung des Gesetzes herrscht die verschiedenste Praxis, kein festes Princip. Wenn man einen Preis von einer Million Mark aussetzt für den Nachweis, nach welchen Grundsätzen die verschiedenen Behörden im Deutschen Reich das Gesetz handhaben, würde dieser Preis nicht erworben werden können, da es eben kein festes Princip dabei giebt. In München wurde eine Versammlung verboten, zu welcher Viereck die Abonnenten seines verbotenen Wochenblattes eingeladen hatte, um mit ihnen über die Herausgabe eines neuen Tageblattes zu berathen. In Dresden wurde eine Versammlung verboten, in welcher die Tischlergesellen zu einer von den Tischlermeistern erlassenen Werkstattordnung Stellung nehmen wollten. In Weimar wurde eine Versammlung verboten, die einen Vortrag über Goethe ankündigte, in Plauen bei Dresden, weil ein Socialdemokrat im Bureau saß; eine andere, die Gründung eines Wahlvereins bezweckende, mit der Motivirung, daß vorläufig keine Wahlen bevorständen; wieder eine andere, in der ein Vortrag mit dem Thema „die Kinderernährung im schulpflichtigen Alter und Hans Sachs" angekündigt war. (Heiterkeit.) Widersprüche bei denselben Verwaltungsbehörden sind namentlich in Sachsen recht häufig vorgekommen. Dem Abg. Singer wurde verboten, eine Versammlung abzuhalten, weil er am internationalen Congreß theilgenommen habe, und doch war er gar nicht in Paris; mir, weil ich socialdemokratischer Agitator und oft bestraft sei. Mehrmals hat in Sachsen ein Amtshauptmann immer wieder eine Versammlung verboten, nachdem die Kreishauptmannschaft das Verbot aufgehoben hatte. Eine ähnliche Rebellion der Unterbehörden gegen die oberen ist noch nicht dagewesen. Hilft alles nichts, so bearbeitet man die Wirthe, ihre Säle nicht herzugeben, droht ihnen mit Entziehung der Concession und der Tanzgenehmigung oder mit der Polizeistunde. Eine Aenderung trat erst ein, als wir den Boycott in Anwendung brachten, wodurch die Wirthe einen größeren Schaden erwarteten. Ein derartiger Kampf mit den Behörden jedes größeren Ortes muß die Massen auf das Allerhärteste erbittern. (Lachen rechts.) Sie lachen über solche drastischen Beweise, aber das Lachen der Arbeiter ist ein ganz anderes, als das Ihrige, sie fühlen, was es heißt, Bürger zweiter Klasse zu sein, wie Herr v. Bennigsen es früher einmal nannte. Vereine verbietet man, weil Socialdemokraten unter den Mitgliedern sind, ebenso Fachvereine und Lohncommissionen. Für uns in Sachsen ist gar nichts durch die sogenannte Milderung, die den Beschwerdeweg an die Verwaltungsbehörde zuläßt, gewonnen. Nicht eine sächsische Behörde hat bisher zu Gunsten der Arbeiter entschieden; denn es ist dort geradezu Princip, einem Beamten gegenüber einem Socialdemokraten Unrecht zu geben. Man würde, meint man, die Autorität der Beamten dadurch untergraben. Zuweilen merken wir, daß man den Beamten gesagt hat, sie möchten es künftig geschickter machen. In Hunderten von Fällen erhebt man überhaupt keine Beschwerde, weil sie doch nichts nützt. Oft verweigern die Behörden, die Partei schriftlich zu bescheiden, um ihnen nicht die Gründe zu einer Beschwerdeschrift in die Hand zu geben. In einem Falle verlangte das Landrathsamt für seine Verfügung, daß die Versammlung mit Unrecht verboten sei, eine Gebühr von 10,50 M. Werden arme Arbeiter, die Recht suchen, diese Summe bereitwillig zahlen? In einer auf meine Veranlassung verfaßten Statistik ist constatirt, daß vom 1. Januar bis 1. September dieses Jahres in Deutschland 360 Versammlungen aufgelöst oder verboten worden sind. Man kann doch bei solchen Massenauflösungen nicht überall die Beschwerdeinstanz anrufen. In Berlin ist man verhältnißmäßig milde. Der Herr Minister als Mitglied der Reichscommission wird mir bestätigen, daß vieles, was in der Berliner Arbeiterpresse unbeanstandet erscheint, anderswo das Verbot zur Folge hat. Ich muß dem Herrn Minister das Compliment machen, daß man in Sachsen mit einer wahren Sehnsucht nach den Berliner Zuständen schaut; aber es ist Willkür, daß hier die Freiheit eine größere ist. Denn wenn auf den gegenwärtigen Minister ein anderer folgt, etwa wieder Herr v. Puttkamer oder sein Bruder, Herr von Puttkamer-Plaut (Heiterkeit), werden auch wieder andere Zustände kommen. Ein Gesetz, das solche Willkür zuläßt, demoralisirt die Massen. In Breslau ist ein socialdemokratischer Parteitag, der die Candidatenfrage für den nächsten Reichstag erörtern wollte, verboten worden. Auf telegraphische Beschwerde entschied der Minister des Innern, daß das Verbot aufzuheben sei und die Versammlung konnte rechtzeitig stattfinden. Der baierische Minister des Innern entschied anders auf eine Beschwerde wegen Verbietung einer Versammlung zu Nürnberg. Sie können sich denken, was die baierischen Socialdemokraten für Gesichter gemacht haben. Es kommt also allein auf die Individualität des betreffenden Beamten an. Wir, die wir uns um die Handhabung des Gesetzes doch wohl mehr bekümmert haben als andere, wissen auch, wie der Belagerungszustand gehandhabt ist. Es sind 500—600 Personen ausgewiesen worden, von denen ein großer Theil wieder mit Genehmigung der Polizeibehörde zurückgekehrt ist, ein anderer Theil im Auslande seine Existenz gefunden hat. Wen man hauptsächlich aber mit der Ausweisung treffen will, sind wir, die Abgeordneten, die Führer der Partei. Für uns ist es gleich, wo wir wohnen; wir können überall unsere Arbeit verrichten. Heute wird diese Arbeit von uns weit intensiver besorgt als früher. Mir speciell haben Sie mit der Ausweisung meine Existenz ruinirt. Ich mußte aus meinem Geschäft austreten, versuchte aber noch als Reisender für dasselbe zu wirken; ich wurde aber bald gewahr, daß ich, der ich nur immer mit polizeilicher Genehmigung zwei oder drei Tage an einem Orte weilen konnte, meinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, bin dann ganz ausgetreten und stehe ganz und gar in der socialdemokratischen Agitation, der ich meine ganze Kraft zuwende. Der Abg. Singer ist von Berlin ausgewiesen und auch aus seinem Geschäfte herausgedrängt; auch er steht heute mit seiner vollen Kraft in der Agitation. Der Abgeordnete Liebknecht, dem man seinen Schriftsteller-Beruf nicht verleiden konnte, ist von seiner Familie getrennt worden; sie wohnt in Leipzig, er auf einem Dorfe, Borsdorf bei Leipzig. Unsere Sache hat davon nur den größten Vortheil, da er seine ganze Zeit uns widmen kann. Herr Dietz ist aus Hamburg ausgewiesen, wo er fast nie in einer Versammlung geredet, auch um die socialdemokratische Agitation sich nicht gekümmert hat, weil er der ausgezeichnete Leiter einer großen Druckerei war, in der ein bis zum gewissen Grade von den Behörden geduldetes Blatt erschien. Von vielen Dutzenden von Ausgewiesenen wird man noch heute vergebens den Grund dafür suchen. Die Regierung erklärt, die Ausweisungen nicht entbehren zu können, weil das Zurückkommen der sämmtlichen Agitatoren die höchsten Gefahren heraufbeschwöre. In Berlin weist man seit drei Jahren principiell nicht mehr aus. Ein Commissar hat es verrathen, als er zu einem meiner Genossen sagte: „Ich finde zwar bei Ihnen sehr viele socialdemokratische Schriften, aber wir sind nicht mehr so dumm, Sie auszuweisen, denn in Berlin haben wir Sie unter den Fingern." Man will mit der Ausweisung immer nur wenige Personen treffen und deren Existenz vernichten; das ist der eigentliche Zweck. Daß das Gesetz auch auf die Gerichte corrumpirend gewirkt hat, gestand kürzlich selbst die „National-Zeitung" zu. In der Muser'schen Broschüre finden Sie eine ganze Reihe von Fällen, die dies beweisen. Ich bin weit entfernt davon, die ganze deutsche Justiz in einen Topf zu werfen; aber es giebt eine gewisse Zahl von Gerichten, bei denen der Anwalt uns sofort sagt: „Gnade Gott, da wird es schwer halten, die Verurtheilung zu vermeiden." In den Jahren 1880 und 1881 sind in Dresden ungefähr 90 Personen verhaftet worden, die zusammengenommen Jahre in Untersuchungshaft gewesen sind. Von diesen sind nur 29 verurtheilt worden. Der eine saß 18 Wochen in Untersuchungshaft, sein Geschäft, seine Existenz war ruinirt, und er ging in die Elbe. Ein anderer erhängte sich, kurz bevor er frei gelassen werden sollte. Ich selbst wurde im Jahre 1880 vom Dresdener Landgericht wegen der beabsichtigten Verbreitung einer Flugschrift angeklagt, welche aber schon vorher beschlagnahmt wurde. Meine Frau konnte dem Gerichtsboten nicht sagen, wo mich die Vorladung treffen könnte, da ich auf Reisen sei; ich schrieb ihr aber, sie solle dem Gerichtsboten sagen, daß mich die Vorladung in Nürnberg Anfang April treffen könnte. Dort bekam ich dieselbe auch. Ich bescheinigte dem Dresdener Gericht den Empfang und theilte ihm gleichzeitig mit, daß ich um Pfingsten, 27. Mai, in Dresden sein könne. Am 18. Mai war ich zu einer Gerichtsverhandlung in Leipzig und reiste am Nachmittag nach Dresden, was die dortige Polizei sehr gut erfuhr. Ich war zwei Tage dort, verreiste wieder und kehrte zum Pfingstfeste zurück. Am ersten Pfingstfeiertage, als ich auf der Brühl'schen Terrasse mit meiner Frau in dichtem Gedränge Mittags zwischen 12 und 1 Uhr spazieren gehe, tritt ein Polizeicommissar an mich heran, klopft mir auf die Schulter und sagt: „Herr Bebel, es thut mir leid, Sie sind verhaftet! Kommen Sie nur, ohne Aufsehen zu erregen, mit!" (Heiterkeit.) Weshalb wurde ich verhaftet? Nach § 112 der Strafproceßordnung, weil ich unterstandslos sei. Man wußte aber doch, daß meine Familie in Dresden wohnt, daß ich sächsischer Landtagsabgeordneter sei. Man wußte auch, daß ich inzwischen mehrere Male in Dresden gewesen war; trotzdem wartete man die Pfingstfeiertage ab, wo keine Gerichtssitzungen stattfanden, um mich desto länger von meiner Familie zu entfernen. Der Proceß endete mit meiner Verurtheilung zu zwei Monaten Gefängniß.

Der Richter, der mich verhaften und verurtheilen ließ, ist heute, wie ich glaube zur Belohnung, Landgerichtspräsident in Zwickau. In einem Falle konnte ein Angeklagter eine Caution stellen; er wurde freigelassen, legte die Revision ein und erwirkte ein freisprechendes Erkenntniß. Seine beiden Mitangeklagten aber waren während der ganzen Zeit in Haft gewesen, weil sie nicht das nöthige Geld hatten und weil ihnen die ganze Sache zu langwierig schien; sie hatten umsonst gesessen. Ständen uns juristisch gebildete Männer zur Seite, wir könnten Ihnen eine ganze Sammlung solcher haarsträubenden Dinge vorlegen. Acht Jahre lang hat das Reichsgericht entschieden, daß die Verbreitung einer verbotenen Druckschrift erst dann erfolge, wenn Jemand mehrere Exemplare an mehrere Personen zur Benutzung verabfolge; nun auf einmal entscheidet es: „Ja, wenn auch keine Verbreitung, so doch eine Anreizung und Beihilfe dazu liegt darin, wenn Jemand ein Exemplar von einer verbotenen Zeitschrift für sich abonnirt." Daß solche Rechtsprechung das Vertrauen zu dem höchsten Gerichtshofe nicht erhöhen kann, liegt auf der Hand Es wäre der schlimmste Streich, wenn Sie einen Reichsgerichtssenat mit den Entscheidungen der Reichsbeschwerdecommission betrauen wollten; es wäre ein Unglück für die Rechtsprechung in Deutschland. Die anständigsten charakterfesten Leute werden allmälig moralisch depravirt, wenn sie dieses Gesetz beständig handhaben müssen. Ich fühle es dem Minister nach, daß er am liebsten mit diesem ganzen Gesetz nichts zu schaffen haben mag. Mein College Liebknecht und Herr Munckel haben bereits darauf hingewiesen, daß das ganze Gesetz mit Nothwendigkeit die Lockspitzel erzeuge. Wir in Sachsen wußten früher von der Geheimpolizei garnichts; jetzt hat man sogar im Etat eine Summe für diesen Zweck ausgeworfen. Ich werde im nächsten sächsischen Landtage beweisen, daß ein von der Polizei bezahlter Spitzel der Anstifter einer Handlung war, die auch wir auf das Entschiedenste verurtheilen; es ist nämlich die sogenannte Friedenseiche in Rosenthal am Sedantage abgesägt worden. Der Minister weiß garnicht, was eigentlich in der politischen Polizei vorkommt; das eigentliche Haupt derselben, Director Krüger, ist nicht ihm, sondern dem Reichsamt des Aeußern unterstellt. Krüger reiste 8 Tage vor der vorjährigen Kaiserreise nach Süddeutschland, nach Rom, um überall die Polizei zu alarmiren und auf Attentate vorzubereiten. Die schweizer Polizei mußte ausdrücklich die ihr untergeschobene Nachricht dementiren, daß 10 Anarchisten nach Stuttgart abgereist seien, um auf den Kaiser ein Attentat zu machen. Es ist nicht das erste Mal, daß man gekrönten Häuptern durch solche Dinge Schrecken einflößt, um sie für politische Zwecke gefügig zu machen. Es war hier neulich von einer Dynamitkiste die Rede. Ich kann Ihnen nun eine interessante Correspondenz mittheilen, welche zwischen dem Agent provocateur Schröder und Krüger geführt worden ist. Vor zwei Jahren schrieb Schröder an den Polizeirath Krüger, daß der Schreiner Ettel von der revolutionären Propaganda ihm eine Kiste mit Dynamit zur Aufbewahrung bestimmt habe. Darauf scheint von Krüger keine Antwort gekommen zu sein. Darauf schrieb Schröder einige Zeit später, daß die im vorigen Briefe genannte Kiste von der revolutionären Propaganda zur Propaganda der That bestimmt sei und daß Jemand, der doch nicht mehr lange zu leben habe, nämlich ein Schwindsüchtiger, mit der Dynamitmasse noch einen Großen, nämlich den Kaiser Wilhelm oder den Kronprinzen mitnehmen solle. Wieder einige Tage später schrieb er abermals: „Die Kiste mit der braunen Waare ist nunmehr bei mir eingetroffen, und ich habe sie in meinem Garten vergraben; ihr Inhalt ist zur Verwendung in Deutschland bestimmt. Ich werde daher Nachricht geben, wenn die Kiste von meinem Hause abgeht, um Unglück zu verhüten." Im März 1886 meldet er, daß die Kiste mit der braunen Waare noch nicht wieder abgeholt und im Garten bei ihm vergraben sei. Das war, nebenbei gesagt, gelogen. Krüger wußte also, daß Schröder ¾ Jahr im Besitz einer Dynamitkiste war, die zu Attentaten in Deutschland bestimmt war; er kannte die Person, die diese Kiste gebracht hatte, er wußte, daß Schröder bekannte Anarchisten bei sich beherbergte und mit preußischem Gelde bewirthete; trotz dessen wurde diese Person nicht sofort der Polizei ausgeliefert. Die Richtigkeit der ganzen Nachricht hat sich aber bestätigt; denn Etter ist im vorigen Jahre in Stuttgart zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Aus dem Proceß Wichmann in Hamburg wissen wir, daß der dortige Polizeicommissar Engel Wichmann instruirt hat, nach Berlin zu melden, daß die Hamburger Polizei viel zu lax das Socialistengesetz handhabe, daß er unseren Parteigenossen Auer denunciren mußte, Geld unterschlagen zu haben u. s. w. In München trat im vorigen Jahre als Kronzeuge ein ganz niederträchtiger Lump, ein Kerl auf, der von der Polizei bezahlt wurde und der aus dem Gefängniß vorgeführt wurde, wo er wegen eines Verbrechens gegen ein Mädchen unter vierzehn Jahren saß. Mit diesen Staatsspitzeln wird die Ordnung aufrecht erhalten gegen 800000 Wähler. Kommen Sie denn wirklich mit dem gemeinen Recht nicht aus? Begreift denn die Regierung gar nicht, welch' ungeheueres Armuthszeugniß sie sich selbst mit ihren Motiven ausstellt, wenn sie sagt, daß die öfteren Debatten über die Verlängerung des Socialistengesetzes immer neuen Zündstoff in die Massen im Lande hineintragen. Nicht wir, nein, Sie selbst haben Furcht, weil Sie sich durch diese Verhandlungen bloßstellen und uns immer neue Waffen in die Hand geben. Ungeschickter ist noch niemals eine Regierungsvorlage begründet worden. Der Bundesrath will uns glauben machen, daß er Wunder wie großmüthig sei, wenn er auf die §§ 22 bis 25 des Socialistengesetzes verzichte. Von diesen Paragraphen ist überhaupt nur ein sehr geringer Gebrauch gemacht worden. Die Ausweisung auf unbestimmte Zeit nach irgend welcher kleinen strafbaren Handlung würde eine bei dauerndem Gesetz unhaltbare Härte sein. Die Bestimmung ist aber auch überflüssig; denn die landesgesetzlichen Bestimmungen, die noch aus der Reactionszeit herstammen, reichen für alle Fälle aus; es ist neuerdings auch Janiszewski auf Grund des preußischen Gesetzes aus Berlin ausgewiesen worden. Den Vereinen und Versammlungen kann man auf demselben Wege zu Leibe gehen. Man spreche uns also nicht von einer Milde der Regierung. Wie aber auch alle diese Mittel beschaffen sein mögen, geistige Mächte — und eine geistige Macht ist die Socialdemokratie, die auch der Minister als eine Culturentwickelung hat anerkennen müssen — können nicht mit äußeren Machtmitteln unterdrückt werden. Hat davon nicht die Reformationsfeier vor einigen Tagen Zeugniß gegeben? Fahren Sie nur so fort! Wenn irgend etwas dazu beitragen kann, unsere Zustände zu untergraben, die Socialdemokratie zu nöthigen, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten, dann sind Sie es! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Die Discussion wird geschlossen und die Vorlage einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4¾ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Bankgesetz.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin,** 7. Novbr. Die Begegnung des Kaisers Franz Josef mit dem Kaiser Wilhelm in Wien dürfte wahrscheinlich am 15. November stattfinden. Für den 14. November ist die Ankunft des Kaisers Wilhelm in Verona angesagt.

In die Commission zur Vorberathung des Socialistengesetzes werden die Deutsch-Conservativen entsenden: von Helldorff, von Kleist-Retzow, Hartmann, Hegel und Scheffer; die Nationalliberalen: Kulemann, von Cuny, Oechelhäuser, Fieser, Francke, Buhl, Enneccerus und v. Marquardsen: die Freisinnigen: Träger und Munckel; die dritte Stelle ist an die Socialdemokraten für Bebel abgetreten worden.

In der Budgetcommission des Reichstages wurde heute die Berathung des Postetats fortgesetzt. Die erste Rate für ein neues Postgebäude in Crefeld wurde heut nachträglich in Höhe von 143 080 M. bewilligt; für Frankfurt a. M. statt 535 500 nur 435 500 M. Für Elberfeld wurden die geforderten 204 450 M. genehmigt, ebenso die 1. Raten für Homburg, Glauchau, Straßburg i. E., Thorn. Wörmann regte die Legung eines Kabels nach Kamerun an. Staatssecretär v. Stephan erwiderte, daß bei dem lebhaften Interesse, welches das Auswärtige Amt an der Sache habe, die Anregung von der Postverwaltung werde im Auge behalten werden. Es folgt der Etat des Auswärtigen Amts. Die Einnahmen, 893 480 M., werden genehmigt. Die neu eingestellte Forderung für einen Generalconsul in Batavia, 40 000 M., bisher 9000 M., veranlaßt eine kurze Debatte. Der Geh. Rath Krauel weist darauf hin, daß die Errichtung eines consularischen Berufsamts für Niederländisch-Indien mit dem Amtssitze in Batavia in den deutschen Handelskreisen dringend befürwortet worden sei. Zur Neuerrichtung eines Consulates in Basel werden 16 000 M. gefordert. Abg. Dr. Baumbach befürwortet die Bewilligung im Hinblick auf die Affaire Wohlgemuth; die Wiederholung solcher Vorgänge müsse vermieden werden. Regierungsseitig wird erklärt, daß keinerlei Verstimmung gegen die Schweiz vorhanden sei, und daß Verhandlungen wegen des Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages mit der Schweiz bisher von keinem der beiden Betheiligten angeregt worden sei. Das Ordinarium wurde ohne Abstrich unverändert genehmigt. Im Extraordinarium wurden die ausgeworfenen 40 000 Mark als Subvention an die Zoologische Station des Prof. Dr. Dohrn in Neapel bewilligt; ebenso 15 000 M. als Beihilfe zur Förderung der auf die Aufschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen. 268 800 M. als Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben im südwestafrikanischen Schutzgebiet. Unterstaatssecretär Graf Berchem hebt bei dieser Gelegenheit hervor, daß es die schwere Aufgabe der Deutschen Handelsgesellschaft sei, dem noch immer in drückender Weise sich geltend machenden englischen Einfluß Concurrenz zu bieten, und trat der Behauptung entgegen, daß vorwiegend durch die deutschen Kaufleute Alkohol in Afrika importirt werde. Die Verhältnisse in den deutschen Colonien entwickeln sich in erfreulicher Weise. Was Südafrika betreffe, so würde hier von den Optimisten und den Pessimisten übertrieben. Wir seien einmal dort und müßten auch dort bleiben. An 60 Stellen bereits sei Gold gefunden worden, und auch die Diamantenfunde seien nicht zu unterschätzen. Ohne Risico gebe es natürlich nicht ab, und große Energie sei auf Seiten aller Betheiligten erforderlich. Es sei zu bedauern, daß bei uns verhältnißmäßig noch immer so wenig Capital in den überseeischen Unternehmungen angelegt werde. Zu Ostafrika übergehend, erklärt Graf Berchem, daß die stattgefundene Blokade ihren Zweck völlig erfüllt habe; der Sclavenhandel sei, wenn auch nicht völlig unterdrückt, so doch bedeutend eingeschränkt. Die frühere Seeblokade ermögliche nunmehr eine Landblokade. Der Zweck der Mission Wißmann's sei vollständig erfüllt und die Herstellung der deutschen Autorität erreicht. Die Nachforderungen für die Wißmann-Expedition würden gegen 2 Mill. Mark betragen. Damit schlossen die heutigen Verhandlungen.

Graf Herbert Bismarck wird, wie verlautet, voraussichtlich am 10. d. M. wieder in Berlin eintreffen.

Die „Post" veröffentlicht eine lange Berichtigung der Mittheilungen Gustav Freytags über den Johanniter-Orden.

Wie ein Bukarester Blatt meldet, ist der deutsche Militär-Attaché in Bukarest, Hauptmann Müller, vom Kaiser Wilhelm nach Konstantinopel berufen und in Audienz empfangen worden.

Die Nachricht des „Darmstädter Anzeigers", die Gräfin Hartenau, die Gemahlin des Battenbergers, sei bei der Entbindung gestorben, ist unwahr. Die Gräfin befindet sich in bester Gesundheit; ihre Niederkunft wird überhaupt erst gegen Ende des Monats December erwartet.

Die Gattin des früheren Landtags-Abgeordneten Dr. Stern in Frankfurt a. M. ist nach langjährigen schweren Leiden heute früh gestorben. Grete Stern war die Tochter von Guido Weiß.

Die Mitglieder des ständigen Ausschusses des deutschen Handelstages werden zum 19. d. M. zu einer Sitzung zusammenberufen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stehen u. a. die folgenden Fragen: Der Antrag der Hamburger Handelskammer, betreffend die Abänderung der Vorlage des Markenschutzgesetzes, die Erneuerung des Privilegiums der Reichsbank, die Verwendung der Ueberschüsse der preußischen Staatsbahnverwaltung, der Terminhandel im Kaffee- und Zuckergeschäft, Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe, die Erneuerung der im Jahre 1892 ablaufenden wichtigeren Handelsverträge, die Aufhebung der Gebühren für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen. Von größerem Interesse ist auch der Antrag des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die Frage der Verwendung der Ueberschüsse der preußischen Staatseisenbahnverwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung des Deutschen Handelstages zu setzen. Zur Begründung dieses Antrages wird u. a. bemerkt: Die Erwartung der Verkehrsinteressenten, daß die Ueberschüsse der Staatsbahnen vor allem in der Förderung der Verkehrsinteressen ihre Verwendung finden würden, sind bisher nur in sehr beschränktem Maße in Erfüllung gegangen. Die im Interesse der gesunden weiteren Entwickelung des deutschen Verkehrswesens so dringend gebotene Amortisation der Staatseisenbahnschuld hat sich bisher innerhalb bescheidener Grenzen bewegt. Zum ersten Mal im Staatshaushaltsetat 1889/90 findet sich aus den Ueberschüssen der Staatseisenbahnverwaltung ein Betrag zum Zwecke der thatsächlichen Tilgung der Eisenbahnschulden eingestellt, während die Amortisation in den früheren Jahren nur auf rechnerischem Wege erfolgte.

Die Ausstattung der neuen Armeecorps mit Feldartillerie wird von weiter gehenden Folgen für die Zusammensetzung der bisherigen Regimenter sein, als man bisher gemeinhin annimmt. So tritt die reitende Abtheilung des Feldartillerieregiments Nr. 8 zu dem in Metz neu zu bildenden Regiment Nr. 33 des 16. Armee-Corps über; dieselbe ist bereits dort in Garnison. Zum 15. Armee-Corps tritt die reitende Abtheilung des Feldartillerieregiments Nr. 7 (bisher in Osnabrück) als Theil des Feldartillerieregiments Nr. 31 in Hagenau. Das 17. Armee-Corps erhält die reitende Abtheilung des Feldartillerieregiments Nr. 2, bisher in Belgard, als Theil des neuen Regiments Graudenz (Nr. 36). Die reitende Abtheilung des Feldartillerieregiments Nr. 1 kommt nach Insterburg. Nach Königsberg in Preußen, wo dieselbe bisher gestanden, kommen Theile des Feldartillerieregiments Nr. 16 aus Danzig. Einzelne Feldartillerieregimenter werden künftig nur zwei Abtheilungen bilden, auch bleiben noch sechs Abtheilungen zu 2 Batterien bestehen, wie sich schon aus der Zahl der Batterien, die keine Zunahme erfährt, und aus der Zahl der künftigen Abtheilungen ergiebt. Wie ersichtlich, kann die bevorstehende Formation der Feldartillerie wieder nur eine vorübergehende sein.

Der Kaiser hat für die allgemeine deutsche Pferde-Ausstellung, welche im nächsten Jahre hier stattfindet, eine namhafte Unterstützung gewährt. Die Ausstellung wird, soweit sich schon jetzt ermessen läßt, großartig werden. 86 000 Mark werden als Preise zur Vertheilung gelangen.

Infolge der jüngsten Ereignisse im Innern Afrikas wird eine Erweiterung des Programms der Afrikaconferenz für wahrscheinlich bezeichnet.

Der parnellitische Abgeordnete Mollov erklärte im Verlauf einer gestern in Sheffield gehaltenen Rede, die irische Partei besäße jetzt documentarische Beweise von der Mitschuld der Regierung an der von den „Times" angezettelten Verschwörung gegen die irischen Volksvertreter. Die Partei wäre im Besitze des geheimen Tagebuches des Fälschers Pigott und anderen Beweismaterials, dessen Veröffentlichung das größte Aufsehen erregen würde.

Der Strike der Lichterschiffer in London breitet sich südlich der Themse aus. — Ein neuer Dockarbeiterstrike steht bevor. — Die Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und -Gesellen sind in Stillstand gerathen. Die Gesellen verlangen wöchentlich 66 Stunden, die Meister bewilligen 72. London wird vermuthlich am Montag ohne Brot sein.

Sehr erregt war der Verlauf einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung, die sich gestern zunächst mit der Lohnbewegung beschäftigte. Nach dem gegebenen Bericht haben etwa 30 Fabrikanten den Tarif theils voll, theils in einzelnen Punkten bewilligt, während die übrigen 300, unter diesen gerade die größten, jede Unterhandlung abgelehnt haben. Die Anwesenden beschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Forderungen (sie schließen einen Aufschlag von 15 pCt. in sich) einzutreten. Dann wurde der Boycott gegen Rösen und Wolf erörtert, dessen Aufrechterhaltung nach langer stürmischer Debatte beschlossen wurde.

* **Berlin,** 7. Novbr. Die Genehmigung zur Anlegung des päpstlichen Kreuzes pro ecclesia et pontifice erhielt die Gattin des Hauptmanns a. D. und Rechnungsraths Strzybny, Clara, geb. Kosch, in Ratibor.

† **Mainz,** 7. Novbr. Der Verein zur Erzielung volksthümlicher Wahlen wurde auf Grund des Socialistengesetzes verboten.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 7. Novbr. Dem Reichskanzler ging heute Nachmittag vom Kaiser das nachstehende Telegramm zu: Nach einem Aufenthalt, der einem Traume gleicht und welcher durch die freigebigste Gastfreundschaft des Großherrn zu einem paradiesischen gemacht wurde, passire Ich soeben bei schönem Wetter die Dardanellen.

Berlin, 7. Novbr. Die „Berl. Polit. Nachr." besprechen die Entwickelung der Lohnverhältnisse der Arbeiter und theilen mit, die preußische Bergverwaltung werde angesichts des Interesses, welches die Lohnbewegung gerade auf dem Gebiete des Bergbaues für das laufende Jahr beanspruche, eine Lohnstatistik für jedes Vierteljahr besonders bearbeiten und veröffentlichen. Die Veröffentlichung bezüglich der ersten beiden Vierteljahre des laufenden Jahres sei nahe bevorstehend.

München, 7. Novbr. Die Kammer setzte die Berathung des ersten Antrages des Centrums unter lebhafter Betheiligung der Abgeordneten Hauck, Rittler und Orterer fort, welche für, und von Lerchenfeld und Stauffenberg, welche gegen den Antrag sprachen. Fortsetzung morgen.

Stuttgart, 7. Novbr. Der „Staatsanzeiger" meldet: Die Umwandlung der Würtembergischen 4½ proc. Staats-Obligationen von 1878 werde nächstdem eingeleitet werden. Der Zinsfuß von 3½ Proc. ist in Aussicht genommen, wobei die Obligationen den Staatsgläubigern zum Pari-Cours überlassen würden. Eine Umwandlung der 4 proc. Obligationen wird dermalen nicht beabsichtigt.

Wien, 7. Novbr. Die Generalsynode des helvetischen Bekenntnisses hielt heute die feierliche Schlußsitzung ab. Nach der Wahl des Synodalausschusses gedachte Superintendent Szalatnay des seitens des Kaisers der Generalsynode bewiesenen Wohlwollens und brachte ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung enthusiastisch einstimmte.

Prag, 7. Novbr. Bei der Adreßdebatte motivirte Rieger den Antrag, über die Adresse zur Tagesordnung überzugehen. Julius Gregr wies die persönlichen Angriffe Riegers zurück; Eduard Gregr vertheidigte die Adresse. Prinz Schwarzenberg führte aus, das böhmische Staatsrecht könne nur innerhalb der Verfassung verwirklicht werden; er und seine Genossen vertrauen einzig und allein den Worten des Kaisers. Schwarzenberg protestirte auch gegen jede Zweitheilung des Landes; nur unter Festhaltung der staatsrechtlichen Formen sei die Herstellung des inneren Friedens des Landes möglich.

Troppau, 7. Novbr. Fürstbischof Kopp leistete im Landtage heute das Angelöbniß als Landtagsmitglied.

Paris, 7. Novbr. Eine Versammlung der hier anwesenden republikanischen Deputirten beschloß einstimmig, am 11. November eine Vollversammlung aller Deputirten der republikanischen Mehrheit zur Verständigung über die Bureauwahl abzuhalten. Ein Antrag Reinachs, die boulangistischen Deputirten von der Versammlung auszuschließen, wurde angenommen.

Rom, 7. November. Heute Vormittag fand in der Sixtinischen Kapelle in Anwesenheit des Papstes ein Trauergottesdienst für den König von Portugal statt. Die Cardinäle und der päpstliche Hofstaat wohnten demselben bei. Nocella hielt die Gedenkrede, in der er die Verdienste des Königs um die Religion rühmte. Am Schlusse der Feier ertheilte der Papst die Absolution.

Rom, 7. Novbr. Es heißt, das zwischen Rußland und dem Vatican im Principe getroffene, aber noch nicht unterzeichnete Abkommen beziehe sich nur auf die Wiederbesetzung der vacanten bischöflichen Sitze in Rußland. Alle übrigen noch schwebenden Fragen haben einen neuerlichen Aufschub erlitten.

Rom, 7. Nov. Der Proceß wegen des Attentats auf Crispi ist vor die Anklagekammer erwiesen. Die Anklage lautet auf versuchten Mord mit Vorbedacht, ohne meuchlerische Qualification.

Locale Nachrichten.

Breslau, 7. November.

=ββ= **Vom städtischen Arbeitshause.** Anfang October cr. waren im Arbeitshause untergebracht 372 Männer, 189 Frauen, zusammen 561 Inquilinen. Im Laufe des Monats October kamen hinzu 43 Männer, 16 Frauen, dagegen gingen ab 37 Männer, 14 Frauen, zusammen 51 Inquilinen. Ende des Monats October verblieben also in der Anstalt internirt 378 Männer, 191 Frauen, zusammen 569 Personen.

z. **Polizeiliche Nachrichten.** Gestohlen: Einer Handelsfrau aus Oels ein Sack Kartoffeln, einem Kaufmann von der Oswitzerstraße ein vernickelter Revolver, einem Gasthofsbesitzer von der Gr. Scheitnigerstraße eine Kinderbadewanne und ein Wagenspritzleder, einem Assecuranzbeamten von der Freiburgerstraße ein rother Plüschteppich. — Abhanden gekommen: Einer Krankenwärterin von der Freiburgerstraße ein Portemonnaie mit 8 M., einer Köchin von der Matthiasstraße eine goldene Damenremontoiruhr mit Kette, einem Haushälter von der Neuschenstraße ein Sack Mandeln (25 kg., Werth 50 M.). — Gefunden: Ein Portemonnaie mit Geldinhalt und Hornknöpfen, eine Cigarrentasche, ein Dutz. eiserne Mutterschrauben, ein Rohrstock mit eiserner Krücke, ein Damenhut, ein goldenes Petschaft mit braunem Stein, ein Sack Weizen. — In Untersuchungshaft genommen 28, in Strafhaft 4 Personen. — Unfall: Am 6. November, Nachmittags, fiel auf einem Neubau der Neudorfstraße dem Zimmergesellen Wilh. Hippert eine Bohle auf den linken Fuß; der Schwerverletzte wurde in das Wenzel-Hancke'sche Krankenhaus aufgenommen.

Litterarisches.

Schillers Gedichte. Neue illustrirte Ausgabe. Mit ca. 70 Illustrationen nach Originalzeichnungen deutscher Künstler, Lebensskizze und Anmerkungen. Zwölf Lieferungen. Stuttgart, Verlag von Paul Neff. Diese neue Ausgabe verbindet handliche Form mit reichstem bildlichem Schmuck und eleganter Ausstattung, sie zeichnet sich außerdem durch die Beigabe einer Lebensskizze und erklärender Anmerkungen aus. Bereits liegen 5 der 12 Lieferungen vor, und es ist wohl nicht zu zweifeln, daß die übrigen noch rechtzeitig für den Weihnachtstisch erscheinen.

Handels-Zeitung.

⊙ **Vom Oberschlesischen Eisen-, Zink- und Kohlenmarkt.** Auch in der abgelaufenen Berichtswoche hat der heimische Eisenmarkt seine günstige Stimmung in allen Zweigen durchweg bewahrt. Den ausserordentlich starken Bedarf an Roheisen vermögen die im Betriebe befindlichen Hochöfen nur mit grosser Mühe zu befriedigen. Die Verladungen an die Walzwerke umfassen daher täglich die gesammte frische Production an Puddlingsroheisen. Der Mangel an Giesserei-Roheisen hat in der letzten Woche schon zu einer wesentlichen Steigerung der Preise geführt, und verschiedene Abschlüsse sind aus Zwischenhänden zu 8 M. per 100 kg auf die Verbrauchsstätten übergegangen. In gleicher Weise ist Gussbrucheisen in Folge der Noth um Roheisen ein begehrter und zu höheren Preisen bezahlter Artikel geworden; grössere Posten sind bei 7,50—8 M. per 100 kg bezogen worden. Die Erzzufuhren gehen im lebhaftesten Tempo vor sich. — In der Walzwerksbranche hat man in Folge des anhaltenden regen Zu-

flusses von Aufträgen für neuere Ordres noch weitgehendere Lieferfristen gewähren müssen. Nicht nur, dass der Grosshandel im vollsten Vertrauen zu der Conjunctur weit über den augenblicklichen Bedarf hinaus grössere Abschlüsse anstrebt, ist auch der öffentliche, sowie der private Consum in stetem Steigen begriffen und stellt an die Eisen- und Blechwalzwerke kaum zu befriedigende Ansprüche. In gleicher Weise kommt den heimischen Walzwerken die haussirende Tendenz der ausländischen Märkte zu statten, und in letzterer Zeit sind für grösseer Posten, auch aus öffentlichen ausländischen Submissionen, sehr convenable Preise erzielt worden. Notirt wird für Walzeisen 17—18 M., für Bleche 22—23 M. per 100 kg frei Bestimmungsort im Inlande. — Die Draht- und Nägelwerke sind ausserordentlich beschäftigt, vornehmlich in Drähten, kleinen Stiften und Springfedern, und können unter 8 Wochen Lieferfrist die Effectuirung weiterer Ordres nicht zusagen. Die Aufträge gehen flott ein, während mit weiteren Verkäufen in Rücksicht auf die steigende Tendenz des Eisenmarktes seitens der Werke sehr zurückgehalten werden muss. Die Preise dürften für das Frühjahr eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren. Die Maschinenwerkstätten und Eisengiessereien sind nach wie vor stark beschäftigt. — Auf dem Zinkmarkte ging es in der letzten Woche recht lebendig zu. Während in früheren Jahren in den Wintermonaten stets eine gewisse Stagnation zu verzeichnen war, bis der Frühjahrsbedarf je nach seinem Umfange die Preise hob oder herabdrückte, sind die Consumenten in diesem Jahre schon jetzt bedacht, ihren Bedarf für das Frühjahr zu sichern, gewiss ein zuverlässiger Gradmesser für die herrschende Zuversicht in die Dauer der Festigkeit des Zinkmarktes. Die Folge davon sind die in der letzten Woche bethätigten bedeutenden Abschlüsse, welche fast das gesammte zum Verkauf stehende Quantum pro erstes Quartal 1890 bei 22—22,75 M. umfassen. Auch die Zinkblechpreise reguliren sich je nach dem Preise für Rohzink und lassen den Walzwerken einen angemessenen Gewinn. So ist der oberschlesischen Zinkhütten-Industrie für längere Zeit ein schöner Nutzen gesichert. — Auch auf dem Kohlenmarkte herrschte in der verflossenen Berichtswoche die angestrengteste Thätigkeit, und die vorliegenden Verladungs-Ordres können nur in eingeschränktem Maassstabe effectuirt werden. Der bereits gemeldete Uebergang des Tiele-Winckler'schen Kohlenvertrages auf die erste Berliner Kohlenfirma beweist recht schlagend, welches Vertrauen seitens der bestinformirten Kreise in die Fortdauer der Conjunctur gesetzt wird. Die Preise haben keinerlei Aenderung erfahren und dürften auch nur bei Eintritt starken Frostes für Grobkohlen etwas anziehen.

=ββ= **Städtische Bank in Breslau.** Nach dem Abschluss der städtischen Bank vom 31. October 1889 betrugen die Activa: An Bestand in deutschem Metallgelde 1 013 360,62 M., an Reichskassenscheinen 7895 M., an Noten anderer Banken 268 100 M., an Wechseln 4 854 074,54 M., an Lombardforderungen 3 369 900 M., an Effecten nach dem Buchwerthe 759 825 M., an Verwaltungskosten 26 957,58 M. und an sonstigen Activis 23 198,65 M. — Die Passiva betrugen: an Grundcapital 3 000 000 M., an Reservefonds 600 000 M., an Delcredere-Conto 21 148,51 M., an eigenen Noten im Umlauf 2 534 100 M., an Depositen-Capitalien 3 934 140 M., an Zinsen pro 1889 233 958,88 M., zusammen 10 323 347,39 M., an weiter begebenen im Inlande zu zahlenden Wechseln 346 972,96 Mark.

* **Der Rheinisch - Westfälische Roheisen - Verband** hat in seiner vorgestrigen Versammlung mit Rücksicht auf die ganz erhebliche Steigerung der Preise für Erze, Kohlen und Kokes beschlossen, dass die Verbandswerke ihre Verkaufspreise nicht unter 88 M. für Giesserei Nr. 1 und Hämatit, 78 M. für Giesserei Nr. 3, 88 M. für Bessemer, 75 M. für Thomas, 78 M. für Puddelroheisen Nr. 1 und 74 M. für Puddelroheisen Nr. 3 stellen sollen.

* **Zur Branntweinsteuer.** Die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen haben betreffs Abänderung der Zucker- und Branntweinsteuer - Vergütungsscheine und der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine an den Bundesrath einen Antrag gerichtet, beschliessen zu wollen, dass a. die Giltigkeitsdauer der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine auf ein Jahr, vom Beginn des auf die Ausfertigung derselben folgenden Monats an gerechnet, beschränkt; b. der Wortlaut der Steuervergütungsscheine für Zucker und Branntwein, sowie der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine (in einer durch beigelegte Muster bestimmt vorgeschriebenen Weise) abgeändert werde.

* **Madrider Loose.** Dem Madrider Amtsblatte entnimmt das „P. B. B.", dass die vom 1. Juli d. J. rückständige Ziehung nunmehr am 11. d. M. nachgeholt werden soll.

* **Die Bremer Bank** ruft jetzt ihre Banknoten zur Einlösung ein. Letztere erfolgt bei der eigenen Kasse in Bremen und bei der Deutschen Bank in Berlin, ab Ende 1889 nur noch bei der eigenen Bank.

* **Zahlungseinstellungen.** Die alte Modewaarenfirma C. Achilles & Co. in Hamburg (alleiniger Inhaber Conrad August Achilles) hat der „Frankf. Ztg." zufolge ihre Zahlungen eingestellt. Das Renommé der Firma war schon seit längerer Zeit kein besonders gutes, doch glaubte man, dass das Haus allmählich aus seinen Verlegenheiten sich befreien werde; dem plötzlichen Ansturm der Gläubiger vermochte es jedoch nicht zu widerstehen. — Aus Wien wird gemeldet, dass die Manufacturwaarenfirma Mayer Thumen in Rzeszow (Galizien) mit 250 000 Fl. Passiven ihre Zahlungen eingestellt habe.

Ausweise.

Paris, 7. Novbr. [Bankausweis.] Baarvorrath, Zunahme Gold 280 000, Zun. Silber 754 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 144 001 000, Gesammtvorschüsse Abn. 14 958 000, Notenumlauf Abn. 81 188 000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 24 880 000, Laufende Rechnungen der Privaten Abn. 21 174 000.

London, 7. Novbr. [Bankausweis.] Totalreserve 11 909 000 Pfd. Sterl., Notenumlauf 24 601 000 Pfd. Sterl., Baarvorrath 20 310 000 Pfd. Sterl., Portefeuille 19 956 000 Pfd. Sterl., Guthaben der Privaten 25 614 000 Pfd. Sterl., Guthaben des Staatsschatzes 4 138 000 Pfd. Sterl. Notenreserve 10 990 000 Pfd. Sterl.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 7. November. **Neueste Handelsnachrichten.** An heutiger Börse trat fortgesetzt lebhafte Nachfrage nach Geld hervor, so dass der Privatdiscont sich abermals um ⅛ pCt. auf 4¾ pCt. erhöhte. — Wie das „B. T." aus Warschau erfährt, wird die Verwaltung der Warschau-Wiener Bahn in der Generalversammlung die bekannte Theilung des Gewinnes zwischen der Bahn und der Regierung bereits für das laufende Jahr beantragen. Aus der Einladung zu der Generalversammlung war das nicht ohne weiteres ersichtlich. Mit Rücksicht auf den Antrag wegen „der Theilung des Gewinnes" wird eine Aenderung des § 38 des Statuts vorgeschlagen. Im Zusammenhange mit den sonstigen Vorgängen bei der Bahn steht offenbar auch die Nachricht, dass der Präses des Verwaltungsraths General Palyzin genöthigt ist, seine Demission zu nehmen. Als sein Nachfolger wird Graf Felix Czacki genannt. — Die convertirten Actien der Donnersmarckhütte wurden heut zum ersten Mal zum Course von 112 Procent gehandelt. — Aus Petersburg, 7. November, meldet die allgemeine Reichscorrespondenz: Demnächst findet die Emission von 100 Mill. Rubel 4procentiger Eisenbahnrente statt. — Aus London wird berichtet, dass der Grundpreis für markirtes Stabeisen um weitere 10 Schilling erhöht wurde.

Berlin, 7. Novbr. **Fondsbörse.** Vom Wiener Platze wurde heute früh feste Tendenz gemeldet, so dass es den Anschein gewinnt, als ob die ungünstigen Verhältnisse der dortigen Börse, wie solche noch gestern hervortraten, zu wirken aufgehört haben; gleichwohl eröffnete die hiesige Börse in überwiegend schwacher Haltung, namentlich für Banken und Montanwerthe, in denen grössere Engagements zur Realisation gelangten. Als Motiv wurde das Anziehen des Geldes und der Ausgang von Gold aus der Bank von England angeführt; ein Gegengewicht bot indess die Festigkeit des Rentenmarktes, speciell in Italienern, sowie die Hausse in Lombarden. Am Bankenmarkt beeinträchtigten starke Abgaben von Commanditantheilen und Creditactien die Coursentwickelung; nur Dresdener Bank konnten sich weiter erholen, während die übrigen Banken sich abschwächten; Credit 168,25—167,75—167,82, Nachbörse 167,40, Commandit 238,75—238,10—238,50—237,50, Nachb. 237,60. Montanwerthe schwächer; Bochumer 235,80—234,40, Nachbörse 234,25, Dortmunder 129,10—129,40—128,75—129,10—128,10, Nachbörse 127,60, Donnersmarckhütte 87,75—87,40—87,70, Nachbörse 87,40. Kohlenactien durchweg höher; Gelsenkirchener waren 0,50, Hibernia 1,00 und Harpener 2,00 besser. Inländische Bahnen still und schwächer, besonders Marienburger und Lübecker. Von österreichischen Bahnen Duxer (232,50—231,50—232—231,75) und Elbethal (95—94,75—95 bis 94,75) leicht anziehend. Fremde Bahnen meist abbröckelnd. Auswärtige Renten trotz der Geldverhältnisse fest; 1880er Russen 92,50 bis 92,40, Nachbörse 93, Russische Noten 211,75—211,50, Nachbörse 211,50, 4procent. Ungarn 86,80—86,60, Nachbörse 86,50. Im weiteren Verlauf erhielt sich die Schwäche der Tendenz, die gegen Schluss noch mehr in Erscheinung trat. Am Cassamarkt lagen deutsche Eisenbahnwerthe, ebenso wie die fremden schwächer. Das Geschäft in Cassabanken entbehrte der Anregung; die Notirungen waren wenig verändert. Berg- und Hüttenwerke vorwiegend fest; höher waren: Harzer, Marienhütte-Kotzenau, König Wilhelm, Thale, Wissener Bergwerk, Harkort Stamm-Prior., Märkisch-Westfälisches Bergwerk und Louise Tiefbau; Oberschlesische Eisenbahnbedarf 114 bez. und Geld. Von anderen Industriepapieren erhoben sich Schles. Cement (+ 6,00), Giesel (+ 4,00), Wilhelmshütte (+ 1,50). Archimedes 146 Brief. Inländische Anlagewerthe konnten in Folge knappen Geldstandes den gestrigen Stand nicht voll behaupten, kleine Coursrückgänge bildeten die Regel. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten leblos, nur 3proc. Lombardische Prioritäten wurden in grossen Summen gehandelt Russische Prioritäten still, aber fest und theilweise höher. Von amerikanischen Werthen zogen Arkansas-Texas abermals, und zwar um 1,30 pCt. an. Fremde Wechsel lagen in der Mehrzahl schwächer.

Berlin, 7. Novbr. **Productenbörse.** Neue Momente waren heute für eine Anregung wenig gegeben, aber im hiesigen Verkehr spielt eine solche augenblicklich keine Rolle; seine innere Disposition neigt offenbar gegenwärtig mehr nach oben, und diese Neigung kam heute weiter kräftig zum Ausdruck. — Loco Weizen fest. Termine setzten mit reger Kauflust gleich höher ein, als sie gestern geschlossen, und behielten ihre aufstrebende Richtung bei, weil Abgaben sich recht knapp machten. Nachdem die Course circa 2 Mark gestiegen, kamen Abgaben indessen mehr in den Markt, welcher in Folge dessen einigermaassen abgeschwächt schloss; trotz der wesentlich kleineren Zahl von Kündigungen ist der Report nur vorübergehend etwas kleiner gewesen. — Loco Roggen fest. Vom Lager sollen verschiedene Partien zum Versand gekommen sein. Der Terminhandel nahm einen äusserst lebhaften Verlauf; in der oft geschilderten Lage der Dinge hat sich nichts geändert; die Speculation nimmt sich des Artikels mit Macht an, und es ist nicht allein die Platzspeculation, sondern es sind auch die Commissionäre, welche mit umfangreichen Ankäufen fortfahren. Das Material für diese wurde heute in der Hauptsache aus Anschaffungen südrussischer respective Donau- und Türken-Dampfern geliefert, welche in grösserer Anzahl, man sprach von 5—6, gehandelt sein sollen. Nach einer Steigerung von etwa 1½ M. für nahe und 2 M. für spätere Sichten war der Schluss etwas schwächer. — Loco Hafer recht fest. Termine lebhaft gefragt und steigend, am Schlusse 1½ bis 2 Mark höher. — Roggenmehl 15—20 Pf. theurer. — Mais höher. — Rüböl bei mässigem Geschäft wenig verändert und schliesslich in diesjährigen Sichten gut behauptet, per Frühjahr weniger. — Spiritus profitirte neuerdings von der Hausse in Getreide, bei ziemlich regem Handel zogen die Preise um 20—30 Pf. an und schlossen fest.

Posen, 7. Novbr. Spiritus loco ohne Fass 50er 50,40, 70er 30,80. Tendenz: Still. Wetter: Trübe.

Hamburg, 7. Nov. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per November 80, per December 80, per März 76¼, per Mai 75½. Tendenz: Ruhig.

Amsterdam, 7. Nov. Java-Kaffee good ordinary 52.

Havre, 7. Novbr., Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler u. Co.) **Kaffee.** Good average Santos per December 96,75, per März 93,25, per Mai 93,00. — Kaum behauptet.

Zuckermarkt. Hamburg, 7. November, 7 Uhr 6 Min. Abends. [Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.] Novbr. 11,72, December 11,97, März 1890 12,47, Mai 1890 12,67, August 1890 13,00. — Tendenz: Geschäftslos.

Paris, 7. Novbr. **Zuckerbörse.** Anfang. Rohzucker 88° ruhig, loco 28,50, weisser Zucker ruhig, per November 32,30, per December 32,60, per Januar-April 33,50, März-Juni 34,25.

Paris, 7. Novbr. **Zuckerbörse.** Schluss. Rohzucker 88° ruhig, loco 28,50, weisser Zucker behauptet, per November 32,50, per Decbr. 32,75, per Januar-April 33,75, per März-Juni 34,30.

London, 7. Nov. 12 Uhr 14 Min. **Zuckerbörse.** Ruhig. Bas. 88% per November 11, 7½, per Decbr. 11, 3¼, per Januar-März 12, 2¼, per März-Mai 12, 6.

London, 7. November, 4 Uhr 47 Min. **Zuckerbörse.** Ruhig Bas. 88% per Novbr. 11, 7½, per December 11, 10½, per Januar-März 12, 2¼, per März-Mai 12, 6.

London, 7. Nov. **Zuckerbörse.** 96% Javazucker 14¼, ruhig, Rüben-Rohzucker 11⅝, ruhig. Centrifugal Cuba 14.

Newyork, 6. November. **Zuckerbörse.** Centrifugals 96% werden zu 5⅝ s. angeboten und sind zu 5½ s. gefragt; Granulated 6⅞ s., £ st; Offerten in Bas. 88° sind zu 12 s. verkäuflich.

Glasgow, 7. November. **Roheisen.** (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants	6. Novbr.	7. Novbr.
	58 Sh. 11 D.	59 Sh. 5 D.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 7. Novbr. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.

Cours vom	6.	7.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Galiz. Carl-Ludw.-B.	80 90	81 40
Gotthardt-Bahn ult.	176 70	176 10
Lübeck-Büchen	197 40	196 50
Mainz-Ludwigshaf. .	126 20	126 20
Mecklenburger	164 10	— —
Mittelmeerbahn ult.	— —	117 —
Warschau-Wien ult.	189 50	190 —
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau . .	66 —	65 75
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank.	114 60	114 40
do. Wechslerbank	111 —	111 50
Deutsche Bank.....	172 50	172 —
Disc.-Command. ult.	239 —	237 50
Oest. Cred.-Anst. ult.	168 10	167 50
Schles. Bankverein.	140 —	140 40
Industrie-Gesellschaften.		
Archimedes	146 50	146 —
Bismarckhütte	228 20	228 20
Bochum. Gussstahl. .	234 —	234 —
Brsl. Bierbr. Wiesner	— —	48 —
do. Eisenb. Wagenb.	183 —	183 90
do. Pferdebahn. . .	148 —	148 —
do. verein. Oelfabr.	94 50	95 50
Cement Giesel.....	148 75	151 —
Donnersmarckh. ...	87 50	87 60
Dortm. Union St.-Pr.	129 —	128 50
Erdmannsdrf. Spinn.	115 —	115 80
Fraust. Zuckerfabrik	169 —	170 —
Görl Eis.-Bd. (Lüders)	179 40	176 50
Hofm. Waggonfabrik	183 50	184 10
Kramsta Leinen-Ind.	138 50	138 —
Laurahütte	169 10	168 80
Nobel Dyn. Tr.-C. ult.	165 75	164 37
Obschl. Chamotte-F.	143 70	— —
do. Eisb.-Bed.	117 10	117 60
do. Eisen-Ind.	210 75	209 —
do. Portl.-Cem.	135 50	141 —
Oppeln. Portl.-Cemt.	126 70	130 —
Redenhütte St.-Pr. .	143 10	142 —
do. Oblig...	115 40	115 50
Schlesischer Cement	200 —	206 —
do. Dampf.-Comp.	121 40	121 —
do. Feuerversich.	— —	— —
do. Zinkh. St.-Act.	201 90	201 10
do. St.-Pr.-A.	201 20	201 —
Tarnowitzer Act....	— —	— —
do. St.-Pr..	114 —	— —

Cours vom	6.	7.
Inländische Fonds.		
D. Reichs-Anl. 4%	108 —	107 90
do. do. 3½%	102 80	102 70
Posener Pfandbr. 4%	100 70	100 70
do. do. 3½%	100 10	100 20
Preuss. 4% cons Anl.	106 70	106 60
do. 3½% dto.	103 40	103 20
do. Pr.-Anl. de 55	157 50	157 —
do 3½% St.-Schldsch	100 40	100 20
Schl. 3½% Pfdbr. L.A	100 30	100 30
do. Rentenbriefe. .	104 40	104 20
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Oberschl. 3½% Lit. E.	— —	100 70
do. 4½% 1879	102 90	— —
R.-O.-U.-Bahn 4% . .	102 60	— —
Ausländische Fonds.		
Egypter 4%	93 20	93 20
Italienische Rente. .	93 60	93 90
do. Eisenb.-Oblig.	58 20	58 20
Mexikaner	96 20	96 20
Oest. 4% Goldrente	94 —	93 80
do. 4⅕% Papierr.	— —	73 40
do. 4⅕% Silberr.	73 60	73 40
do. 1860er Loose.	124 30	124 10
Poln. 5% Pfandbr..	62 40	62 40
do. Liqu.-Pfandbr.	57 20	57 20
Rum. 5% Staats-Obl.	96 70	96 50
do. 6% do. do.	106 80	106 80
Russ. 1880er Anleihe	93 —	93 10
do. 1889er do.	92 50	92 40
do. 4½ B.-Cr.-Pfbr.	97 50	97 70
do. Orient-Anl. II.	64 80	64 70
Serb. amort. Rente	84 60	84 70
Türkische Anleihe.	17 20	17 40
do. Loose........	82 20	82 60
do. Tabaks-Actien	103 70	103 50
Ung. 4% Goldrente	86 70	86 60
do. Papierrente . .	83 40	83 10
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	171 55	171 70
Russ. Bankn. 100 SR.	212 40	213 —
Wechsel.		
Amsterdam 8 T....	— —	168 60
London 1 Lstrl. 8 T.	— —	20 37
do. 1 „ 3 M.	— —	20 19½
Paris 100 Frcs. 8 T.	— —	80 80
Wien 100 Fl. 8 T.	171 45	171 60
do. 100 Fl. 2 M.	170 20	170 30
Warschau 100 SR 8 T.	211 90	211 25

Privat-Discont 4¾%.

Berlin, 7. Novbr., 3 Uhr 30 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Matt.

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
Berl. Handelsges. ult.	195 25	194 50	Ostpr. Südb.-Act. ult.	93 37	94 75
Disc.-Command. ult.	239 25	237 62	Drtm. Union St. Pr. ult.	129 50	128 —
Oesterr. Credit. . ult.	168 12	167 37	Laurahütte .....ult.	170 37	169 —
Franzosen ......ult.	103 62	102 62	Egypter ....ult.	93 25	93 12
Galizier ....ult.	81 25	81 50	Italiener........ult.	93 67	93 75
Lombarden .....ult.	55 87	56 75	Russ. 1880er Anl. ult.	93 —	93 —
Lübeck-Büchen ult.	197 12	196 87	Türkenloose ....ult.	82 50	83 25
Mainz-Ludwigsh. ult.	126 25	126 37	Russ. II. Orient-A. ult.	64 75	64 75
Marienb.-Mlawka ult.	65 25	65 25	Russ. Banknoten. ult.	211 50	211 50
Dux-Bodenbach ult.	232 —	231 50	Ungar. Goldrente ult	86 62	86 50
Schweiz. Nrdostb. ult.	134 —	133 50	Warschau-Wien. ult.	190 50	191 —

Berlin, 7. November. [Schlussbericht.]

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
Weizen p. 1000 Kg. Höher.			Rüböl pr. 100 Kgr. Belebt.		
Novbr.-Decbr....	183 —	184 25	November	70 10	70 10
April-Mai.......	191 75	193 25	April-Mai.........	64 20	64 —
Roggen p. 1000 Kg. Höher.			Spiritus pr. 10000 L.-pCt. Besser.		
Novbr.-Decbr. ...	167 50	168 75	Loco 70er	32 20	32 30
April-Mai	168 75	170 50	November ... 70er	31 40	31 70
Mai-Juni	168 50	170 25	Novbr.-Decbr. 70er	30 90	31 20
Hafer pr. 1000 Kgr.			April-Mai.... 70er	32 —	32 30
Novbr.-Decbr. ...	159 25	161 —	Loco......... 50er	51 60	51 70
April-Mai	157 75	159 50	November ... 50er	— —	— —

Stettin, 7. November. — Uhr — Min.

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
Weizen p. 1000 Kg. Fest.			Rüböl pr. 100 Kgr. Höher.		
Novbr.-Decbr. ...	181 50	182 —	November.......	69 50	70 —
April-Mai	187 —	188 —	April-Mai	64 —	64 —
Mai-Juni	187 50	188 50	Spiritus pr. 10000 L.-pCt.		
Roggen p. 1000 Kg. Fest.			Loco........ 50er	50 60	50 60
Novbr.-Decbr. ...	162 —	163 —	Loco........ 70er	31 —	31 10
April-Mai	164 —	166 —	November ... 70er	30 40	30 40
Mai-Juni	164 50	166 —	Novbr.-Decbr. 70er	30 20	30 20
Petroleum loco ..	12 10	12 15	April-Mai 70er	31 40	31 50

Wien, 7. November. [Schluss-Course.] Schwach.

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
Credit-Actien. .	313 75	313 25	Marknoten	58 30	58 25
St.-Eis.-A.-Cert.	239 —	240 25	4% ung. Goldrente.	101 40	101 40
Lomb. Eisenb..	129 65	132 25	Silberrente	85 80	86 —
Galizier	189 50	190 —	London	118 85	118 70
Napoleonsd'or .	9 5½	9 45	Ungar. Papierrente .	97 50	97 55

Paris, 7. November. [Anfangs-Course.] 3% Rente 87, 25. Neueste Anleihe 1879 105, —. Italiener 94, 65. Staatsbahn 530, —. Lombarden —, —. Egypter 464, 37 excl. Fest.

Paris, 7. Nov., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Träge.

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
3proc. Rente	87 10	87 15	Türken neue cons..	17 22	17 40
Neue Anl. v. 1886 .	— —	— —	Türkische Loose . .	73 30	73 50
5proc. Anl. v. 1872.	104 95	104 95	Goldrente, österr. .	— —	— —
Ital. 5proc. Rente .	94 50	94 60	do. ungar. .	87 43	87 43
Oesterr. St.-E.-A. .	530 —	527 50	Egypter	474 37	463 75 ex
Lombard. Eisenb.-A.	290 —	290 —	Compt. d'Esc. neue	642 —	650 —

London. 7. November. Consols 97, 07. 4% Russen von 1888 Ser. II 92, 25. Egypter 91, 75. Schön.

London, 7. Novbr., Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont $3^{15}/_{16}$ pCt. — Bankeinzahl. —. Bankauszahl. — Pfd. Ruhig.

Cours vom	6.	7.	Cours vom	6.	7.
Consols p. October	97 07	97⅜	Silberrente	73 —	73 —
Preussische Consols	106 —	106 —	Ungar. Goldr.	86¾	86¾
Ital. 5proc. Rente...	93½	93⅝	Berlin	— —	20 67
Lombarden	11½	$11^{11}/_{16}$	Hamburg..........	— —	20 67
4% Russ. II. Ser. 1889	92¼	92¼	Frankfurt a. M.	— —	20 67
Silber	— —	— —	Wien	— —	12 06
Türk. Anl., convert.	17⅛	17¼	Paris	— —	25 46
Unificirte Egypter..	91⅝	91½	Petersburg	— —	25 07

Frankfurt a. M., 7. November. Mittags. Credit-Actien 267,37, Staatsbahn 205. —. Lombarden —, —. Galizier 162, 75. Ungarische Goldrente 86, 70. Egypter 93, 20. Laura —, —. Ziemlich fest.

Köln, 7. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Novbr. 19, 45, per März 19, 80. — Roggen loco —, per November 16, 30, per März 16, 80. — Rüböl loco 72, per Mai 66, 40. — Hafer loco 13, 75.

Hamburg, 7. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco fest, aber ruhig, neuer 175—182, Roggen loco fest, aber ruhig, mecklenburg. neuer 170—175, russischer fest, loco 110—116. — Rüböl fest, loco 70. — Spiritus behauptet, per November-December 21½, per Decbr.-Januar 21, per April-Mai 21, per Mai-Juni 21¼. — Wetter: Regnerisch.

Amsterdam, 7. Novbr. [Schlussbericht.] Weizen loco —, per November —, per März 197. Roggen loco —, per März 144, per Mai 144.

Paris, 7. Novbr. [Getreidemarkt.] (Anfangsbericht.) Weizen ruhig, per November 22, 10, per December 22, 30, per Januar-April 22, 60, März-Juni 23, —. Mehl ruhig, per November 50, 75, per Decbr. 51, —, per Januar-April 51, 60, per März-Juni 52, 10. Rüböl fest, per Novbr. 73, 50, per December 74, 25, per Januar-April 75, —, per März-Juni 72, 25. Spiritus ruhig, per November 36, 75, per December 37, —, per Januar-April 38, 25, per Mai-Aug. 40, —. Wetter: Schön.

Liverpool, 7. Novbr. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen.

Wien, 7. Novbr., Abends 5 Uhr 45 Min. Oesterr. Credit-Actien 312, 35. Marknoten 58, 30. 4% Ungar. Goldrente 101, 25. Galizier 189, 50. — Ruhig.

Frankfurt a. M., 7. Novbr., Abends 7 Uhr 10 Min. Credit-Actien 266, 50, Staatsbahn 203, 75, Lombarden 111, 75, Laura 168, 70, Ung. Goldrente 86, 60, Egypter 93, 15, Türkenloose 25, 95. Ruhig.

Hamburg, 7. November, 8 Uhr 43 Min. Abends. Credit-Actien 266,30, Staatsbahn 510,—, Lombarden 280,50, Ostpreussen 94,75, Lübeck-Büchener 196,50, Disconto-Gesellschaft 237,75, Deutsche Bank 172,50, Laurahütte 168,50, Nobel Dynamite Trust 155,60, Russ. Noten 211,50. Tendenz: Behauptet.

Marktberichte.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Marktbericht vom 6. Nov. 1889. Der Auftrieb betrug: 1) 173 Stück Rindvieh, darunter 63 Ochsen, 110 Kühe. Da der Auftrieb von Rindvieh so gering war, war das Geschäft ziemlich gut. Der Auftrieb wurde schlank ausverkauft. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer: Prima-Waare 52—56 Mark, II. Qualität 48—52 M., geringere 38—42 Mark. 2) 508 Stück Schweine. Zu Anfang des Marktes entwickelte sich das Geschäft ziemlich lebhaft, es schwächte sich jedoch bald ab, weil die Zufuhr grösser war als der Bedarf. Man zahlte für 50 Klgr. Fleischgewicht: beste feinste Waare 58 bis 62 Mark, mittlere Waare 50 bis 56 Mark. 3) 424 Stück Schafvieh. Langsames Geschäft. Gezahlt wurde für 20 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer: Prima-Waare 18—22 M., geringste Qualität 16—18 Mark. 4) 359 Stück Kälber erzielten Mittelpreise. — Bestand: 22 Schweine, 104 Hammel, 4 Kälber.

—ck.— **Berliner Bericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke** vom 30. October bis 6. November. Für Kartoffelstärke und Mehl war der Absatz wiederum ein sehr befriedigender. Bezahlt wurde für übliche Prima-Qualität 15,75—16 M. franco Stettin und 16—16,50 M. franco Hamburg. Feuchte Stärke war etwas billiger zu kaufen. In den fertigen Fabrikaten ist die Tendenz unverändert geblieben. — Wir notiren ab hier: Kartoffelstärke, feuchte, reingewaschene 7,75 Mark, November-December do. Ia auf Horden prompt 15,70—16,25 Mark, do. ohne Centrifuge prompt 15,25 M., do. IIa prompt 14,00—15,00 M. Kartoffelmehl, hochfeines prompt 17,00—17,50 M., do. Ia 16,00—16,50 M., do. IIa 14,00—15,50 Mark. Kartoffelsyrup, Ia weiss, prompt 17,50 M., do. zum Export prompt 18,00 M., do. Ia gelb, prompt 16,00—16,50 M., Kartoffelzucker Ia weiss 17,50 Mark, do. Ia gelb 17,00 M. Dextrin Ia gelb und weiss, prompt 26,00—26,50 M. — Weizen- und Reisstärke begehr.

neten normaler Nachfrage. Wir notiren: Ia grossstückige, Hallesche und Pasewalker 42—43 Mark, do. do. kleinstückige 38—40 Mark, do. Schabe- 32—35 M., Reisstückenstärke 44—45 M., Reis-Strahlenstärke 46—47 Mark. Preise per 100 Kilo frei Berlin für Posten nicht unter 10 000 Kilo.

—ck— **Berliner Bergwerksproductenbericht** vom 30. October bis 6. November 1889. Die Stimmung in unserem Metallmarkte ist insofern eine etwas günstigere geworden, als sich neben andauernd fester Tendenz für einzelne Artikel eine erhebliche Zunahme des Begehrs herausbildete. — Kupfer stellte sich im Werthe besonders in englischen Marken zu Gunsten der Abgeber: Ia Mansfelder A-Raffinade 106 bis 110 Mark, englische Marken 98,50—106 M., Bruchkupfer 78—85 Mark. — Zinn wurde im Anschlusse an die Meldungen aus Amsterdam wesentlich höher bezahlt: Banca 206—215 M., Ia englisch Lammzinn 206 bis 214 M., Bruchzinn 145—155 M. — Rohzink hielt sich fest auf seinem letzten Preisstand: W. H. G. von Giesche's Erben 49—50 M., geringere schlesische Marken 47,50—48,50 Mark; neue Zinkblechabfälle 29—30 M., altes Bruchzink 26—27 M. — Weichblei verkehrte in ruhiger Haltung: Clausthaler raffinirtes Harzblei 29,50—30 Mark, Saxonia und Tarnowitzer 28,50 bis 29 Mark, spanisches Blei „Rein u. Co." 34—35 Mark. — Antimonium regulus etwas theurer: englische Ia Qualitäten 146 bis 150 M. — Walzeisen gleichfalls besser bewerthet: gute oberschlesische Marken Grundpreis 17,50 Mark, Brucheisen 5,50 bis 6,50 M. Preise per 100 Kilo Netto Kasse frei Berlin für Posten, en détail entsprechend theurer. — Westfälischer Schmelzkoaks ist in den letzten Tagen wieder im Preise gestiegen und sind Lieferungen pro 1890 seitens grösserer Werke auch bereits auf diesem erhöhten Niveau gethätigt. Gewaschene Schmiedekohlen andauernd sehr knapp. Tagespreise sind per Tonne = 1000 Kilo frei Berlin für Ia Giesserei-Schmelzkoaks 33,50—34,50 M., Hochofenkoaks 31,50 bis 32,50 Mark, Ia gebrochener Schmelzkoaks 34,50—36 Mark, Schmiedenusskohlen 21,80—24 M.

§ **Frankenstein,** 6. Novbr. [Marktbericht.] Nach den amtlichen Ermittelungen wurden auf dem heute stattgehabten Wochenmarkte bezahlt pro 100 Klgr.: Weizen 18,90—18,40—17,40 M., Roggen 18,00—17,40—17,00 Mark, Gerste 16,70—16,00—15,30 M., Hafer 16,10 bis 15,30—14,80 M., Erbsen 15,20 M., Kartoffeln 4,00 M., Heu 7,00 M., Stroh 4,75 Mark, Butter (1 Klgr.) 1,80 M., Eier (Schock) 2,80 M.

Ratibor, .. Novbr. [Marktbericht von E. Lustig.] Der heutige Wochenmarkt war stark besucht. Am meisten wurden Kartoffeln zugeführt, Getreide wurde wenig zu Markt gebracht. Es wurde gezahlt: Weizen 17,65—18,15 Mark, Roggen 16,40—16,75 Mark, Gerste 14,50—16,50 Mark, Hafer 15,00—16,00 Mark. Alles per 100 Klgr.

Vom Standesamte. 6./7. November.

Aufgebote.

Standesamt I. **Hedrich,** Robert, Arbeiter, k., Roßgasse 4, geschiedene **Beutel,** Christiane, geb. Skeyde, ev., Schweidnitzerstr. 16. — **Freyberger,** Hermann, Tapezierer, ev., Salzstraße 27, **Kropf,** Agnes, k., ebenda. — **Jauernik,** Gottlob, Arbeiter, ev., Hintergasse 4, verw. **Schubert,** Louise, geb. Ludwig, ev., ebenda. — **Arlt,** Paul, Arbeiter, ev., Dreilindenplatz 11, **Scharte,** Anna, ev., Am Wäldchen 15. — **Barth,** Franz, Koch, k., Albrechtsstr. 12, **Kuska,** Louise, ev., Altbüßerstr. 17. — **Dziallas,** Karl, Arbeiter, k., Rosenstr. 16, **Scholz,** Anna, ev., ebenda. — **Weise,** Traugott, Steinmetz, k., Hirschstr. 61, **Tietze,** Hedwig, k., ebenda. — **Kokot,** Franz, Arbeiter, k., Hummerei 21, **Weiß,** Franziska, k., Hummerei 12.

Standesamt II. **Leschziner,** Max, Kaufmann, mos., Neudorfstr. 25, **Leschziner,** Euphemie, mos., Beuthen OS. — **Rettenbach,** Franz, Constabler, ev., Hamburg, **Oberfeld,** Martha, ev., Posenerstr. 3. — **Liedtke,** Otto, Schmied, ev., Gräbschenerstr. 6, **Jung,** Mar., k., Holteistraße 10.

Sterbefälle.

Standesamt I. **Zedler,** Anna, geb. Fischotter, Maurerfrau, 39 J. — **Zech,** Bernhard, Buchhalter, 67 J. — **Gase,** Bertha, T. d. Arbeiters Johann, 7 M. — **Pusch,** Alfred, S. d. Sattlermeisters Paul, 1 J. — **Grabisch,** Agnes, geb. Koperlik, Hilfsbremserfrau, 27 J. — **Kügler,** Carl, Tischlermeister, 54 J. — **Brunke,** Martha, T. d. Haush. Robert, 7 M. — **Riedt,** Georg, S. d. Ausschänkers Engelhard, 9 M. — **Klose,** Bertha, T. d. Arbeiters Moritz, 2 J. — **Beer,** Barbara, geb. Launer, Arbeiterwittwe, 67 J. — **Thomas,** Elise, T. d. Kutschers Franz, 2 J. — **Fröhlich,** Martha, T. d. Arb. Gustav, 1 J. — **Kotzorke,** Josef, Bäckermeister, 41 J. — **Bartsch,** Carl, S. d. Tischlers Gottlieb, 1 J. — **John,** Hermann, S. d. Arb. Hermann, 12 T. — **Zarte,** Martin, S. d. Weißgerbergesellen Franz, 7 J. — **Wilk,** Martha, T. d. Arb. Johann, 1 J. — **Kosche,** August, Sattlermeister, 71 J. — **Bleil,** Helene, geb. Jsländer, Stellenbesitzerwittwe, 88 J. — **Richter,** Rosina, geb. Schubert, Tischlermeisterfrau, 70 J.

Standesamt II. **Schneider,** Friederike, Particulière, 86 J. — **Lipski,** Berthold, S. d. Droschkenbesitzers Gottlieb, 9 W. — **Monschke,** Rudolf, Conditor, 56 J. — **Lindenthal,** Selma, Plätterin, 32 J. — **Standke,** Auguste, Näherin, 28 J. — **Fogler,** Joh., Arbeiter, 36 J. — **Menzel,** Selma, T. d. Milchhändlers Friedrich, 4 J. — **Meinberg,** Ida, T. d. Maschinenbauers Friedrich, 1 J. — **Wenger,** Richard, S. d. Sattlers Emil, 11 W. — **Neumann,** Georg, Seminarist, 19 J. — **Seiffert,** August, Particulier, 69 J. — **Becker,** Caroline, geb. Reinsch, Arbeiterfrau, 34 J. — **Kelch,** Julius, S. d. Cigarrenmachers Eugen, 2 J. — **Klemeck,** Paul, Bahnwächter, 47 J.

Die Verlobung unserer Tochter **Mathilde** mit Herrn Gerichtsassessor **Konrad Keil** zu Neumarkt i. Schl. beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Breslau, November 1889.

Civil-Ingenieur **H. Lezius** und Frau
Mathilde, geb. **Petzold.**

Meine Verlobung mit Fräulein **Mathilde Lezius,** Tochter des Herrn Civil-Ingenieur **H. Lezius** zu Breslau und seiner Gemahlin **Mathilde,** geb. **Petzold,** beehre mich ergebenst anzuzeigen. [6332]

Neumarkt i. Schl., November 1889.

Konrad Keil, Gerichtsassessor.

Statt jeder besonderen Meldung.

Hierdurch gebe ich Verwandten und Freunden Kenntniss von der heut erfolgten Verlobung meiner ältesten Tochter **Flora** mit Herrn Ingenieur **Berliner** aus **Gleiwitz.**

Königshütte, den 1. November 1889.

S. Huldschinsky.

Meine Verlobung mit Fräulein **Flora Huldschinsky,** Tochter des Herrn **Siegfried Huldschinsky** und seiner verstorbenen Gemahlin **Bertha,** geb. **Ring,** zeige ich hiermit ergebenst an.

[5251] **Ignaz Berliner.**

Jennie Lewy,
Simon Türk,
Verlobte. [6322]
Auburn N.-Y. Hornellsville N.-Y.

Die glücklich erfolgte Entbindung meiner geliebten Frau **Emilie,** geb. **Kohn,** von einem strammen Jungen zeige hocherfreut an. [6346]

Breslau, 7. November 1889.

Leopold Heilborn.

Albert Treumann,
Hedwig Treumann,
geb. **Werner,** [6340]
Vermählte.
Oels, 3. November 1889.

Durch die glückliche Geburt einer munteren Tochter wurden hocherfreut
A. Levy und Frau
Margarethe, geb. **Falk.**
Liegnitz, 6. November 1889.

Nach kurzem Krankenlager starb heut unser hochverehrtes Mitglied, der Apotheker

Herr Paul Schmidt

im 55. Lebensjahre.

Sein biederer Charakter, seine Liebe am Gesange und seine hingebende Freundschaft sichern ihm in unserm Vereine ein bleibendes Andenken. [5244]

Ohlau, den 5. Novbr. 1889.

Der Männer-Gesang-Verein.

Am Dinstag Morgen 4½ Uhr endete ein sanfter Tod das thätige Leben meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres theuren Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Kaufmanns

Herrmann Voss,

im 53. Lebensjahre.

Berlin, den 5. November 1889. [1441]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme, die uns von Nah und Fern bei dem schweren Verlust unseres geliebten Vaters zu Theil geworden sind, sagt hierdurch den besten Dank im Namen der Hinterbliebenen [2214]

Schmarse. **Hermann Grove.**

Beginn des Gottesdienstes
in den beiden Gemeinde-Synagogen:
Freitag, d. 8. Nov., Abends 4½ Uhr.
Sonnabend, d. 9. Nov., Morg. 8¾ „
Predigt in d. Neuen Synagoge 9¾ „
An den Wochentagen:
Morgens 6½ Uhr, Abends 4½ Uhr.

Für eine Seminaristin **wird** sofort eine **Pension** in der Nähe des Lindner'schen Semin. in guter Fam. **gesucht.** Offerten mit Preisangabe **A. Z. postlagernd Schebitz** erbeten.

Stadt-Theater.

Freitag. (Kleine Preise.) „**Reif-Reiflingen.**“ Schwank in fünf Acten von G. von Moser.
Sonnabend. „**Undine.**“ Romantische Zauberoper mit Tanz in 4 Aufzügen von A. Lortzing. (Undine: Margarethe Brandes, als erstes Debut.)

Lobe-Theater. 5246

Freitag. Zum letzten Male: „**Der Salontyroler.**“
Sonnabend. Zum 1. Male: „**Der rechte Schlüssel.**“ Volksstück mit Gesang in 4 Acten von Francis Stahl.
Sonntag, Nachmittag 4 Uhr. Ermäßigte Preise: „**Die Grille.**“ Ländliches Gemälde in 5 Acten. Abends 7¼ Uhr. Zum 2. Male: „**Der rechte Schlüssel.**“

Residenz-Theater. 5247

Freitag: „**Die junge Garde.**“

Stadttheater in Schweidnitz.

Luther

(Dr. Martin Luthers Leben und Wirken)
von **Hans Herrig.**
Ein Festspiel, dargestellt von Freunden der Dichtung zum Besten der in Schweidnitz zu errichtenden Herberge zur Heimath.

Aufführungen:

Sonnabend	9. Nov.	Ab. 8	U.
Sonntag	10. Nov.	8	"
Mittwoch	13. Nov.	4½	"
Donnerstag	14. Nov.	8	"
Sonnabend	16. Nov.	8	"
Sonntag	17. Nov.	4½	"

Die Aufführung (ohne Pausen) dauert zwei Stunden und beginnt durchaus pünktlich. Nach Beginn derselben wird kein Zutritt mehr gestattet. [5235]

Preise der Plätze:

Loge	3,— Mk.
1. Nummer. Parquet	2,— Mk.
2. Nummer. Parquet	1,25 Mk.
Steh-Parterre	1,— Mk.
Gallerie	—,50 Mk.

Kasseneröffnung eine Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Vorverkauf der Billets bei **J. E. Runge,** Papierhandlung, **Buttermarkt,** wo auch Vorbestellungen auf reservirte Billets angenommen werden. Die Letzteren müssen aber am Tage der Vorstellung bis Vormittags 11 Uhr eingelöst werden, widrigenfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Singacademie.

Dinstag, 12. Novbr., Abends 7 Uhr, im Concerthause:
I. Abonnement-Concert.

Elias,

Oratorium von **Mendelssohn.**
Die 4 Hauptsolopartien werden von Frau **Schmitt-Csányi,** Fräulein **Fuhrmann,** Herrn **Litzinger** aus Düsseldorf und Herrn **Perron** vom Leipziger Stadttheater, die Nebensoli von Mitgliedern der Singakademie gesungen. [5081]
Billets zu **3, 2** und **1** Mark sind in der **Schletter**'schen **Buchhandlung** zu haben.

Kaiser-Panorama

Ohlauerstraße 7, I. blauer Hirsch.
Sensationell! Die 5 bairischen **Königsschlösser.**

Victoria-Theater.

(Simmenauer Garten.)
Direction **C. F. Slawinski.**
II. Ensemble. Neues Programm.
Täglich Auftreten
von Frl. **Anna Orlanda,** Concertsängerin, Herrn **Anton Mathes,** Docent der Mnemotechnik, **C. Ballazza,** Champion-Athlet, Westdeutschlands **stärkster Mann,** sowie von Frl. **Mirzl Merli,** Frl. **Therese Schmith, Miss Clara,** Kopf-Equilibristen, unter Assistenz von **Mr. Walton, Brothers Bill Will,** akrob. Clowns, **Geschwister Milanollo,** berühmte Violin-Virtuosinnen, **Ed. Egberts,** Komiker. 5143
Anfang 7½ Uhr,
Sonntags Anfang 7 Uhr.
Dekaden-Billets. Vorverkauf.

Die weltberühmten
Violin-Virtuosinnen

Geschwister Milanollo

treten nur noch bis 15. Novbr. cr. im **Victoria-Theater** (Simmenauer Garten) auf. Es versäume Niemand, dieses **einzig dastehende Violin-Virtuosen-Duo** anzuhören. [5019]

Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr:
im **Musiksaale** der **Kgl. Universität**

Vorspielabend

auf **Paul v. Janko's Neuclaviatur**
von

Agnes Zeeh.

Mitwirkende: Fräulein **Alwine Bacher** (Sopranistin); die Herren Concertmeister **Sobotka** (Violine), **Arlt** (Viola) und **Heyer** (Cello).
Programm der Neuclaviatur ist: **Es-dur-Quartett** von **Schumann,** „**Der Wanderer**“ von **Schubert-Liszt, C-dur-Etude** von **Rubinstein** etc. [6341]
Als Eintrittskarten gelten die Programme, welche für numerirte Plätze à 1,50 M. und nichtnumerirte Sitze à 1 M. in der Musikalienhandlung von **Lichtenberg** und Abends an der Kasse zu haben sind.

Zeltgarten. 5135

Auftreten
von **Mlle. Bianca Bertoletti,** Equilibristin, besitzt das Schönheits-Diplom v. Rom u. Florenz. Herrn **Carl Hertz,** engl. Illusionist, **Mr. Clemolo** mit seinen dress. Affen und Hund, Hrn. **Penzelly,** Damendarsteller, Mssrs. **Fredericks, Gloss** u. **La Bal,** Leiter-Athleten, Hrn. **Kröning & Schneider,** Duettisten, Herrn **René,** Gesangs-Humorist, Frl. **Conrad,** Sängerin.
Anfang 7½ Uhr.
Entree 60 Pf.
Neuestes Experiment: Verbrennen und Wiedererscheinen einer Dame auf offener Scene durch **Mr. Hertz.**

Liebich's Etablissement.

Heute und folgende Tage: [5145]
Große humoristische Soirée der Leipziger Sänger.
Direction **Gebr. Lipart.**
Gast
Albert Ohaus.
Gast
Leo Grassé.
Reichhaltiges Programm, unter Anderem **neu! neu:**

Der Zukunfts-Automat.

Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Billets à **40 Pf.** im Vorverkauf.
Kasseneröffnung 6½ Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Conservatoristin wünscht noch einige **Clavierst.** z. erth. **Schillerstr. 9,** I. r.

Kaiser-Panorama.
Taschenstraße 21, I.
Entrée 30, Kinder 15 Pf.
Nur diese Woche
III. Abtheil.: **Afrika.**
Edison-Phonograph.

Ich habe mich in **Waldenburg i. Schl.** als

Rechtsanwalt

niedergelassen. [2207]
Waldenburg i. Schl., 6. November 1889.

M. Steiner,

Rechtsanwalt.

Möbel-Plüsch. (Dauerhafter Möbelbezug.)

Hochflorig. Mohair-Plüsch, dauerhafte Qualität in bordeaux, oliv, braun, pfauengrün, 60 cm br., ... Meter **3,50** ℳ
Hochfloriger Mohair-Plüsch, Edelqualität in kupfer, bordeaux, grenat, hell- und dunkeloliv, pfauenblau, bronce etc., 60 cm br., ... Meter **5,—** ℳ
Damastartig gepresst. hochflorig. Mohair-Plüsch, von hocheleg. Wirkung in bordeaux, oliv, kupfer, pfauenblau, kaiserbl. etc.. 60 cm br., Meter **3,75** ℳ
Gemustert. Mohair-Kräusel-Plüsch (Velour frisé), sehr elegant in bordeaux, oliv, kupfer, 60 cm br., ... Meter **6,—** ℳ
Gemustert. Mohair-Kräusel-Plüsch (Velour frisé), hocheleganteste Kräusel-Muster in hochflorig. Plüsch eingewebt, in grün, pfauenblau, bordeaux, kupfer, helloliv, 60 cm br., Meter **7,50** ℳ
Velour noblesse (Leinen-Plüsch) für Decorationen, Uebergardinen etc. in allen neuen Farb., 60 cm br., . . . Meter **3,—** ℳ
130 cm br., . . . Meter **6,—** ℳ
Seidene Möbelplüsche, beste Qualität, grosse Farbenauswahl, 60 cm br., Meter **6,—** u. **7,50** ℳ
Muster und Waaren im Betrage von 20 Mark an franco im ganzen Reichspostgebiet. [5232]
Julius Henel, vorm. **C. Fuchs,**
k. k. u. k. Hoflieferant,
BRESLAU, am Rathhause 26.

כשר **A. Brauer,** כשר
Wurst-Fabrikant aus Gleiwitz,
jetzt: **Breslau, Oderstr. 25,**
empfiehlt seine anerkannt vorzüglichen
Fleisch- u. Wurst-Waaren, streng rituell.
Alleiniger Verkauf
von [2180]
Lundenburger Fettgänsen, per Pfund 68 Pfg.

Pianinos für Studium und Unterricht bes. geeignet, kreuzs. Eisenbau, höchste Tonfülle. Frachtfrei auf Probe. Preisverz. franco. Baar oder 15—20 Mk. monatl. **Berlin,** Dresdenerstr. 38. **Friedrich Bornemann & Sohn,** Pianino-Fabr.

Vorträge

zu Gunsten der ärztlichen Hilfskasse.

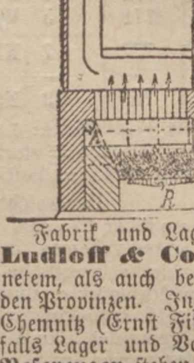
Eintrittskarten sind in den Buchhandlungen von **Franck & Weigert,** Schweidnitzerstr. 16/18, **Jünger & Preuss,** Schmiedebrücke 29a, **Nessel,** Neue Schweidnitzerstr. 1, **P. Schweitzer,** Neue Schweidnitzerstrasse 3, **Hainauer,** Schweidnitzerstr. 52, **Maruschke & Berendt,** Ring 8, **Max & Comp.,** Ring 11, **Trewendt & Granier,** Albrechtsstr. 35/36, in der Kunsthandlung von **Lichtenberg,** Zwingerplatz 2, und bei dem Oberpedell Herrn **Bühning,** Universität, zu kaufen. [5223]
Die Vorträge beginnen **Sonntag, den 10. November, 11 Uhr Vormittags.**
Das Comité.

Vortrag zu Gunsten der ärztlichen Hilfskasse.

Sonntag, den 10. November, Vormittag 11 Uhr, im Musiksaal der Universität:
Herr Geheimer Sanit.-Rath **Dr. Grempler:**
Das Maharremfest in Stambul.
Das Comité. [5150]

Rauchverbrennungsanlagen

mit Absaugung verdorbener heisser Luft, schädlicher Dämpfe, Dünste u. s. w.



Deutsches Reichspatent **H. Th. Klose** Nr. 7079 und Oesterreichisches Patent angemeldet. **Hochwichtig** für die Herren Aerzte, Anstaltsvorsteher, für Schulen, Fabriken, für **jede Haushaltung** in **sanitärer** und **ökonomischer Hinsicht.** Vom Unterzeichneten ermittelt aus 30jährigen praktischen Erfahrungen in eigener Fabrik und Haushaltung und bei jetzt vielfacher Beurtheilung oft recht unvollkommener Feuerstellen. Die Rauchverbrennungsanlage aus feuerbeständigstem Chamotte ist von jedem Ofenverständigen in ca. 2 Stunden in den betreffenden Zug, **ohne** Demolirung der Heizkörper eingesetzt. **Betrag für Heerd ca. 5 Mk., für Ofen 5 bis 15 Mk.,** bei größeren Entnahmen billiger. **Große Kohlenersparniß.**
Fabrik und Lager bei der **Berliner Porzellan-Manufactur M. Ludloff & Co., Berlin-Martinickenfelde,** Lager bei Unterzeichnetem, als auch bei renommirten Ofenfabriken und Töpfern hier und in den Provinzen. In Dresden (Ernst Fischer), Leipzig (Ernst Fischer), Halle, Chemnitz (Ernst Fischer), Magdeburg, Breslau, Wien, Prag sind ebenfalls Lager und Vertreter. — **Lizenzen werden vergeben. Erste Referenzen** stehen zur gefälligen Verfügung. [2206]
Berlin NW., Dreysestr. 3. H. Th. Klose, Civilingenieur.
Technische Auskunft für Central-Heizungs-, Beleuchtungs-, Ventilations-, Wasseranlagen.
Gegründet 1855.

Special-Ausschank der kgl. bayer. Staatsbrauerei

Weihenstephan,

Tauentzienplatz, Tauentzienstraßen-Ecke.

Eröffnet den 9. November.

2213

Am Donnerstag, den 14. Novbr. 1889

unwiderruflich Ziehung der Grossen Kölner Lotterie.
[4964] **100 000 Loose mit 2008 Gewinnen.**
Hauptgewinne Werth: **10 000, 5000, 3000** Mark etc.
Loose à 1 Mark (11 Loose für 10 Mark) auch gegen Briefmarken empfiehlt und versendet

Carl Heintze, Loose-General-Debit

Berlin W., Unter den Linden 3.
Jeder Bestellung sind 20 Pfg. für Porto und Gewinnliste beizufügen.
Hauptgewinn Werth Mark **10 000.**

Aufbronziren

von Kronleuchtern, Lampen 2c. jeder Art, Vergoldung und Versilberung, Reparat. billigst bei **Carl Fey,** Gürtlermeister, **Ohlauerstr. 35.**

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist bei der unter Nr. 11 eingetragenen Firma [5243]
Leopold Ulbrich et Sohn
zu Groß-Wierau heut nachstehende Eintragung erfolgt:
„Die Gesellschaft ist aufgelöst.“
Schweidnitz, den 2. Novbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 734 die Firma: [2209]
„R. Künzel zu Altwasser“
und als deren Inhaber der Hausbesitzer und Getreidehändler **Robert Künzel** zu Altwasser heut eingetragen worden.
Waldenburg, den 2. Novbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Eingetragen im Gesellschafts-Register und in der Tabelle:
Spalte 1: Nr. 54.
Spalte 2:
Jonas Schlesinger.
Spalte 3:
Thanndorf, Kreis Habelschwerdt.
Spalte 4:
Die Gesellschafter sind:
1) Die Kauffrau Wittwe **Dorothea Schlesinger,** geb. **Durra,** zu Berlin, Mittelstraße 45, wohnhaft,
2) der Kaufmann **Leopold Durra** zu Berlin, Mittelstraße 45, wohnhaft.
Die Gesellschaft hat am 8. Mai 1883 begonnen und ist eine Zweigniederlassung der offenen Handelsgesellschaft
„Jonas Schlesinger“
zu Berlin. [5197]
Zur Vertretung der Gesellschaft ist ein jeder Gesellschafter für sich allein berechtigt.
Eingetragen zufolge Verfügung vom 28. October 1889 am 29. October 1889.
Acten über das Gesellschafts-Register III. XIV. 3. Band VII. Blatt.
Habelschwerdt, den 28. Octbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Einzutragen im Gesellschafts-Register und in der Tabelle:
Spalte 1: Nr. 55.
Spalte 2:
Habelschwerdter Holzstoff-fabrik.
Spalte 3:
Habelschwerdt.
Spalte 4:
Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat begonnen am 1. October 1889.
Die Gesellschafter sind:
1) die verwittwete Frau Mühlenbesitzer **Antonie Teichmann,** geb. **Veith,** zu Krotenpfuhl;
2) Frau Hotelier **Antonie Hoffmann,** geb. **Teichmann,** zu Habelschwerdt;
3) der Kaufmann **Carl Teichmann** zu Krotenpfuhl;
4) der Kunstgärtner **Hugo Teichmann** zu Dresden;
5) der Brauer **Paul Teichmann,** zur Zeit in Neuwied am Rhein.
Zur Zeichnung der Gesellschaft ist der Kaufmann **Carl Teichmann** zu Krotenpfuhl selbstständig berechtigt.
Eingetragen zufolge Verfügung vom 28. October 1889 am 29. October 1889. [5196]
Acten über das Gesellschafts-Register III. XIV. 3. Band VII. Blatt.
Habelschwerdt, den 28. Octbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Concursverfahren.

Ueber den Nachlaß des in Schweidnitz am 28. October d. J. verstorbenen Uhrmacher
Fritz Köhler
wird heute,
am 6. November 1889, Mittags 12 Uhr,
das Concursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **F. A. Schmidt** hierselbst wird zum Concursverwalter ernannt.
Concursforderungen sind
bis zum 10. December 1889
bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände
auf den 20. November 1889, Vormittags 11½ Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen
auf den 19. December 1889, Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte, im Zimmer Nr. 38, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Erben des Gemeinschuldners zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter
bis zum 1. December 1889
Anzeige zu machen. [5255]
Schweidnitz, den 6. Novbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 165 des Reichs-Gesetzes vom 1. Mai 1889 und § 36 der Bekanntmachung vom 11. Juli 1889 ist bei der in unserem Genossenschaftsregister unter Nr. 1 eingetragenen Genossenschaft:
„Consum- und Sparverein Borsigwerk, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“
die Liste der Genossen berichtigt, bezw. neu angelegt worden, und ist die Einsicht derselben in Gerichtsschreiberei I gestattet. Es werden nunmehr die in der Liste aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie am 1. October 1889 nicht Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, oder daß ihr Ausscheiden nicht richtig in die Liste eingetragen ist, sowie die in derselben nicht aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie an dem bezeichneten Tage Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, aufgefordert, ihren Widerspruch gegen die Liste bis zum Ablauf einer Ausschlußfrist von einem Monate schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers zu erklären, widrigenfalls für die Mitgliedschaft am 1. October 1889 und für das Ausscheiden in Folge vorher geschehener Aufkündigung oder Ausschließung der Inhalt der Liste dergestalt maßgebend ist, daß spätere Widersprüche nur berücksichtigt werden können, wenn der Widersprechende ohne sein Verschulden an Einhaltung der Frist verhindert war und binnen einem Monat nach Beseitigung des Hindernisses den Widerspruch schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt. [5242]
Zabrze, den 4. November 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register sind heut folgende Eintragungen erfolgt:
1) unter Nr. 728 die Firma:
G. Mende
zu **Hartau** und als deren Inhaber der Brauereibesitzer **Gottlieb Mende** daselbst;
2) unter Nr. 729 die Firma:
Paul Sachse
zu **Görbersdorf** und als deren Inhaber der Kaufmann **Paul Sachse** daselbst; [2210]
3) bei der unter Nr. 509 eingetragenen Firma:
Hermann Keller
zu **Altwasser** in Spalte 6:
Eine Zweigniederlassung ist in **Waldenburg** errichtet.
Waldenburg, den 25. Oct. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Genossenschafts-Register ist bei der unter Nr. 1 eingetragenen Genossenschaft: [5252]
Vorschuss-Verein zu Ruhland, eingetragene Genossenschaft,
folgende Eintragung erfolgt:
Die Firma lautet seit dem 1. October 1889:
Vorschuss-Verein zu Ruhland, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Ruhland, den 4. November 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute bei der unter Nr. 1 eingetragenen Genossenschaft
Vorschuss-Verein zu Creutzburg OS.
eingetragen worden:
In Spalte 2. Die Firma der Genossenschaft lautet fortan:
Vorschuss-Verein zu Kreuzburg OS., eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
In Spalte 4. Zufolge Beschlusses der General-Versammlung vom 29. September 1889 ist das Statut nach Maßgabe des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 abgeändert und insbesondere festgesetzt worden, daß zwei Vorstandsmitglieder in der vorschriftsmäßigen Form für die Genossenschaft rechtsverbindlich zeichnen und Erklärungen abgeben können.

Die Liste der Mitglieder der vorbezeichneten Genossenschaft ist eingegangen und liegt in der Gerichtsschreiberei Ib während der Dienststunden zur Einsicht aus.
Es werden hiermit alle diejenigen in der Liste aufgeführten Personen, welche behaupten sollten, daß sie am 1. October 1889 nicht Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, oder, daß ihr Ausscheiden nicht richtig in die Liste eingetragen ist, sowie die in derselben nicht aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie an dem bezeichneten Tage Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, aufgefordert, ihren Widerspruch gegen die Liste bis zum Ablaufe einer Ausschlußfrist von einem Monat schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers zu erklären. Nach Ablauf der Ausschlußfrist ist der Inhalt der Liste maßgebend, soweit nicht einzelne Personen ohne Verschulden an rechtzeitiger Erklärung des Widerspruchs verhindert gewesen sind und binnen einem Monat nach Beseitigung des Hindernisses die Säumniß nachgeholt haben. [5208]
Kreuzburg OS., d. 29. Octbr. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

SCHERING'S REINES MALZ-EXTRACT

ist ein ausgezeichnetes Hausmittel zur **Kräftigung** für **Kranke und Reconvalescenten** und bewährt sich vorzüglich als **Linderung** bei **Reizzuständen** der **Athmungsorgane**, bei Katarrh, Keuchhusten 2c. Flasche 75 Pf.

Malz-Extract mit Eisen gehört zu den am leichtesten verdaulichen, die Zähne nicht angreifenden Eisenmitteln, welche bei **Blutarmuth (Bleichsucht)** 2c. verordnet werden. Preis pro Flasche 1 Mk.

Malz-Extract mit Kalk. Dieses Präparat wird mit großem Erfolge gegen **Rachitis** (sogenannte **englische Krankheit**) gegeben und unterstützt wesentlich die **Knochenbildung** bei Kindern. Preis: Fl. 1 Mk.

Fernsprech-anschluß. **Schering's Grüne Apotheke, Berlin N.** Chaussee-Straße 19

Niederlagen in fast sämmtlichen **Apotheken** und größeren Droguenhandlungen.

[0158]

Aus einer Concursmasse

habe ich einen Posten **echt französ. Champagner** übernommen, den ich zu **2 M. 50 Pf.** per Fl. gegen Kasse, so lange Vorrath reicht, verkaufe, Werth das Doppelte; ebenso guten **Rheinwein** à Fl. **60 Pf.** excl. Glas.

Eugen Hoffmann, Tauentzienstr. 9.

Zur Aufklärung. Nächst den Augen und den Athmungsorganen wird wohl kein menschlicher Körpertheil in solcher Weise vernachlässigt und mißhandelt, als die Zähne, und doch strafen sich hier kaum minder schwer und nachhaltig als in anderen Fällen Begehungs- und Unterlassungssünden. Häufige Zahnschmerzen und übler Mundgeruch sind bei Weitem noch nicht die härtesten der Bußen, es leidet durch ungenügendes Kauen nämlich auch die Verdauung und dadurch die Ernährung, das ganze Blut- und Nervenleben, kurzum der leibliche und geistige Mensch. Mit Frische und Wohlbehagen wird man dagegen an die Erfüllung seiner Tagespflichten gehen können, wenn man in dem für M. 1.25 (Doppelflacon M. 2.—) aus jeder Apotheke zu beziehenden Zahnreinigungsmittel unter dem Namen „Ilodin" dem Zahnfleische eine größere Festigkeit und Härte verleiht, welcher es widerstandsfähiger macht und dadurch auch das Weiterfaulen der Zähne möglichst verhindern läßt. Die Erhaltung eines guten Gebisses wird auf diese Weise leicht und mühelos. Niederlage: **Kränzelmarkt-Apotheke,** Hintermarkt 4, Droguerie **Umbach & Kahl,** Taschenstraße Nr. 21, Hoflieferant **Ermler,** Schweidnitzerstraße 5. [2205]

Frauen-Schönheit!!

Leberflecke, Mitesser, Gesichtsröthe, sowie **Sommersprossen** und **alle Unreinheiten des Teints** werden durch

EAU DE LYS DE LOHSE

radical beseitigt und die **rauheste, sprödeste Haut** wird **über Nacht weich, weiss und zart.**

à Original-Flacon 1,50 und 3 Mark.

LOHSE's Lilienmilch-Seife, die mildeste Toiletten-Seife, frei von jeder **Schärfe,** welche nur zu oft die alleinige Ursache eines unreinen Teints ist, à Stück 75 Pf. [0158]

Beim Ankauf meiner Fabrikate achte man stets auf die Firma

GUSTAV LOHSE, 46 Jägerstrasse, BERLIN,

Fabrik feiner Parfümerien und Toilette-Seifen.

Zu haben in allen guten Parfümerien, Droguerien etc.

Sämmtliche Parfümerien und Seifen

von **Gustav Lohse, Berlin,** empfiehlt billigst

Umbach & Kahl, Taschenstr. 21. [034]

Für Capitalisten.

Zur Vergrößerung eines nachweislich gut gehenden Detail-Geschäfts mit großer auswärtiger Kundschaft werden einige Tausend Mark gegen Sicherheit und Gewinn-Antheil zu leihen gesucht. — Offerten unter **V. E. 8** an die Exped. der Breslauer Zeitung. [6329]

In der Kaufmann **Franz Burczik**'schen **Concurssache** von **Loslau** sind bei der vorzunehmenden Abschlagsvertheilung **116572 Mk. 81 Pf.** nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen und **30000 Mark** verfügbar.

Loslau, 6. November 1889.

Rechtsanwalt **Kozlowski,** Verwalter. [5239]

Bekanntmachung.

In hiesiger Strafanstalt werden die nachstehenden Theile einer Mehl-Mühlen-Einrichtung zum Verkaufe einzeln oder im Ganzen hiermit ausgeboten:

1) Eine vollständige Dampfmaschine von zehn Pferdekräften mit Regulator und Schwungrad.
2) Ein Mahlgang, bestehend aus zwei franz. Mühlsteinen, Mühleisen, Hebe-Vorrichtung mit Spurkasten und Antriebs-Vorgelege.
3) Ein Spitzgang mit 2 Sandsteinen.
4) Verschiedene Riemen-Scheiben, lager, Lagerböcke, messingene Lagerschalen und Zahnräder.
5) 12 lauf. m Transmissions-Wellen.
6) Ein Krahn zum Heben der Mühlsteine.
7) 13 m fast neuen Excelsior-Haar-Treibriemen.
8) Eine Reinigungs-Cylinder-Trommel.
9) Eine Getreide-Reinigungs-Maschine.
10) 40 m Elevatur-Riemen mit Getreidekännchen und 2 Stück Mehl-Cylinder-Ueberzüge.

Schriftliche Angebote mit genauer Preis-Angabe sind an die unterzeichnete Direction bis zum **23. November d. J.** einzureichen.

Die ausgebotenen Gegenstände können täglich zwischen 8 u. 12 Uhr Vormittags und 2 bis 5 Uhr Nachmittags besichtigt werden. [5241]

Brieg, den 4. November 1889.

Kgl. Direction der Strafanstalt.

Ein sehr rentables u. in bestem Gange befindliches [2194]

Speditionsgeschäft

ist besond. Umstände wegen bald **zu verkaufen.** Erford. ca. 15 000 bis 20 000 **M.** Nur Selbstrefl. bel. Off. u. **Q. 2033** bei **Rudolf Mosse, Breslau,** niederzulegen.

Ein Lehrer, 34 Jahr alt, **kath.,** mit einem **disponiblen Vermögen von 24 000 Mark, will sein Fach aufgeben u. als Beamter, ev. bei Sicherstellung seines Kapitals als stiller oder thätiger Socius in einem Geschäft besseres Fortkommen finden; auch ist derselbe nicht abgeneigt, eine Buchhandlung zu übernehmen. Gefl. Offerten erbeten unter J. G. 195 Exped. der Bresl. Ztg.** [5245]

Für eine der bedeutendsten Lebensversicherungs-Gesellschaft. wird für Breslau ein [6331]

Haupt-Vertreter

gegen hohe Bezüge gesucht.

Gefl. Offerten sub M. K. 7 Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

Eingetretener Verhältnisse

wegen ein seit Jahren bestrenommirtes

Atelier für feinste Damenschneiderei mit Waarenbeständen

baldigst zu verkaufen. [6290]

Nähere Auskunft ertheilt

Auguste Blumenau, Elbing, Stadthofstr. 7a.

Todesfalls wegen eine

Conditorei

mit Fein-Bäckerei u. gut. Ausschank unter günst. Beding. sof. zu verk. Off. unter C. S. 4529 Annonc.-Exped. **E. Schoenwald, Görlitz.** [5127]

Epilepsie

(Fallsucht, fallende Krämpfe).

Das wirksamste bis jetzt bekannte Mittel gegen obige Krankheit ist **Bromkalium in chemisch reinster Beschaffenheit.** Als Lieferant für **die hiesige epileptische Anstalt,** die größte Deutschlands, versende ich obiges Mittel auch auswärts. [0218]

Wenig Bemittelte zahlen sehr geringe Preise. Man wende sich an die **Apotheke zum rothen Kreuz in Gadderbaum-Bielefeld.**

A. Leggemann.

Lebende und gekochte

Hummern,

englische und holländische

Austern,

frische, fette

Puten,

Enten, Hasen, Fasanen, Rehrücken und Keulen

empfehlen [5254]

Schindler & Gude,

9, Schweidnitzerstrasse 9.

Frische Schellfische,

à Pfund 25 Pfg.,

frischen Zand,

frisch geschossene

Hasen,

Stück 3 Mk. 50 Pfg.,

Reh, Fasanen, junge Perlhühner,

Stück 2 Mark 50 Pfg.,

junge fette Gänse, Kapaunen, Poularden,

allerfeinsten heilgrauen

Astrach. Caviar, Pa. holl. Austern,

Dtzd. 1 Mark 75 Pfg.,

garantirt reines

Gänseschmalz,

à Pfund 95 Pfg.,

Strassb. Gänseleber-Pasteten

empfiehlt [6350]

Traugott Geppert

Kaiser Wilhelmstr. 13.

Lebende

Oder-Zander,

Back- und Schüssel-Hechte,

prachtvolle Spiegel-Lachs- und Schuppen-,

Karpfen, Aale, Hummern,

frische

Zander,

Hechte, Cabeljau, Schellfische, Seezungen,

Steinbutten, Lachs

empfiehlt [6342]

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 21.

Filiale: Neue Schweidnitzerstr. 12.

Frische starke Hasen,

St. 2,80 M., **halbe Hasen, Rehwild, Fasanen** bei **L. Adler,** Wildhandl., **Oderstr. 36** i. Laden.

Eine Brückenwaage,

20 Ctr. Tragfäh., bill. zu **verkaufen Antonienstr. 34,** 1 Tr., i. Compt.

Zwei gute, noch im Betriebe befindliche [5240]

Dampf-Kessel,

die Oberkessel 7,4 Mtr. lang, die Unterkessel 5,5 Mtr. lang, 1,1 Mtr. Dmtr., zu $4^1/_2$ Atmosph. Ueberdruck und je 35 □Mtr. Heizfläche, mit completter Armatur, **sind billig abzugeben.**

Näh. sub **A. B. postl. Ratibor.**

Grubenholz

in guten Beständen

suche ich bei beliebiger Anzahlung **zu kaufen.** Näheres unter **J. 2026** durch **Rudolf Mosse, Breslau.** 2175

---

100 Stück gesunde, zur Mast geeignete [5193]

Hammel

werden zu kaufen gesucht und erbittet Offerten

Dominium Krieblowitz bei Canth.

SR. MAJESTÄT DES KAISERS UND KÖNIGS — IHRER KGL. HOH. D. FRAU GROSSH. V. SACHSEN

Frische Ostender

Steinbutte, Seezungen, Lachs, Zander,

Hechte, Schellfische,

Hummern,

feinste Whitstables,

Natives

und grosse fette

Holl. Austern,

feinsten mildges. graukörn.

Astrachaner Perl-Caviar

vom October-Fang

in Original-Fässern u. ausgewogen,

frische

Brüsseler u. Böhm.

Poularden,

Capaunen, junge Hühner, Hamb. Enten, Puten,

Perlhühner, Waldschnepfen, Fasanen, Rehe,

ganz und zerlegt,

starke Hasen,

empfehlen [5250]

Erich & Carl Schneider,

Schweidnitzerstr. 13—15,

Erich Schneider, Liegnitz,

Hoflieferanten.

Frisch geschossene

Hasen, Fasanen u. Rehwild

abzugeben bei [2211]

Chr. Hansen.

Gorgonzola, Victoria Chester, Org. Liptauer Brinse

soeben frisch eingetroffen.

Carl Jos. Kessler,

Ohlauerstr. 82, n. d. Schuhbrücke. 2212

Kronleuchter

z. Gas b. z. verk. Ohlauerstr. 35. **Carl Fey.**

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Trompenau, Wie bewirbt man sich geschickt u. mit Erfolg um **offene Stellen** ist jedem Stellungsuchenden äusserst nützlich. Fco. gegen 90 Pfg. in Marken von Gustav Weigel's Buchhdlg., Leipzig.

Per 2. Januar 1890 suche für mein **Putzatelier** eine tüchtige

Directrice.

Eduard Doctor, Liegnitz. [5005]

Tüchtige Verkäuferin

von der Delicateßbranche **gesucht. S. Sternberg, Reuschestr. 63.**

Für mein **Destillations-Geschäft suche** ich ein anständ. **jüdisches Mädchen,** das bereits in einem solchen Geschäft thätig war und der poln. Sprache mächtig ist, per ersten December oder 1. Januar. [2208]

J. Böhm, Ratibor, Neuestraße.

Ein jüd. Fräulein wird sofort **engagirt,** die bereits i. einem Kurz- und Weißwaaren-Geschäfte thätig war, sowie im Nähen mit der Maschine, als auch der polnischen Sprache bewandert ist, bei [6335]

S. Bellak, Mähr. Ostrau.

Ein jüdisches Mädchen sucht Stell. im Schank u. Wirthschaft, oder auch als Wirthsch. z. ein. einz. Herrn; auch ist dieselbe in Handarb. bewand. Off. erb. b. z. 15. d. Mts. u. **M. T. 1** postl. **Pschow** per Zernitz.

Köch., Stubenm. in f. H., Mädch. f. A. u. Landm. f. b. **Gaber,** Gartenstr. 40.

Gegen einen jährlichen Gehalt bis zu 5000 Mk. wird ein Weinreisender gesucht. Derselbe muß Beweise seiner Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit beibringen und sich eignen, die feine Privatkundschaft zu besuchen. Bewerb. ohne Aufgabe v. Personalien und Referenzen werden nicht berücksichtigt. Näheres bei **L. Strauss in Mainz.** [6337]

Reisestelle-Gesuch.

Ein junger Mann, der viele Jahre die **Rheinprovinz, Westfalen** und **Holland** in der **Strohhut- u. Putzbranche** bereist u. daselbst gut eingeführt ist, **sucht,** gestützt auf Ia. Ref., per 1. Januar, event. auch früher, anderw. **Engagement.** Gefl. Off erb. unter G. E. 9 an die Exp. d. Bresl. Ztg.

Ein Reisender

bei **hohem Salair und Umsatz-Provision,** Bedingung: **unbedingte Kenntniß der Seidenband- u. Weißwaar.-Branche,** sowie **Kundschaft** von **Schlesien und Posen, gesucht.** Meldungen erbeten unter **H. 25405** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.** [2171]

Stadtreisender

für Wäsche und Weißw., mit Branche und Kundsch. bekannt, **wird** per Neujahr **gesucht.** [6347]

Off. sub St. R. 11 Exp. d. Bresl. Ztg.

Für mein **Destillationsgeschäft** suche per sofort einen

Commis.

Anfangsgehalt bei freier Station 250 Mark pro anno. [5163]

David Guttmann, Kempen, Reg.-Bez. **Posen.**

Für mein **Colonialwaaren-Geschäft** suche per 15. d. Mts. einen der einf. Buchführung und poln. Sprache mächtigen [5194]

Commis.

Cosel. M. Koslowsky.

Für mein **Modewaaren- und Confections-Geschäft** suche ich einen tüchtigen

Commis,

der mit der Landkundschaft umzugehen versteht. [5238]

L. Kayser, Guben.

Für mein Specerei- u. Schnittwaaren-Geschäft suche ich per bald eventl. 1. Januar 1890 **einen tüchtigen Speceristen,** der seine Lehrzeit erst beendet hat. [5185]

Leopold Katz, Zaborze OS.

---

2 tüchtige **Speceristen suche** zum Antritt per **15. Nov. cr.** Gef. Off. u. **Z. Z. 99 m. Zeugnißabschr.** bis 10. Novbr. **postlag. Kattowitz.**

Ein Destillateur,

welcher selbständig arbeitet u. kleinere Reisen übernehmen kann, wird unter günstigen Bedingungen p. 1. Januar zu engagiren **gewünscht.**

Zeugnißabschr. sind den Offerten beizufügen. [6330]

Freimarken verbeten.

A. Wendriner, Brieg.

Für ein Manufactur-, Modewaar.- und Herrengarderobengeschäft in einer Stadt Schlesiens **wird** p. sof.

ein junger Mann,

christlicher Confession, unter günstigen Bedingungen **gesucht.** Offert. sub L. B. 6 a. d. Exped. d. Bresl. Ztg.

Für mein **Manufacturwaaren-Geschäft suche** per sofort einen erst kürzlich ausgelernten **jungen Mann,** der polnischen Spr. mächtig.

M. Wienskowitz Nchfl.

Eugen Berger, Gleiwitz. [5237]

Ein

junger Mann

mit allen ins

Putzfach

schlagenden Artikeln **betraut,** d. Posen u. Schlesien schon bereist hat, bei **gutem Salair gesucht.** [2197]

Offerten u. Beifügung v. Gehaltsanspr., Photogr. u. Zeugn. sub **H. 25 446** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.**

Für mein **Manuf.- und Herren-Garderobengeschäft suche** ich einen tüchtigen **jungen Mann** per 1. Januar 1890. [6324]

Jacob Dombrowsky, Beuthen OS.

Ein j. Mann, Specerist, der z. 1. Jan. seine Lehrz. beend., **sucht** anderw. **Stell.** Off. u. B. 100 postl. **Guttentag.**

Ein junger, verheiratheter und nüchterner **Obermüller,** welcher in Holzarbeiten firm, mit der neuen Müllerei vertraut ist, Kenntnisse von Dampfmaschinen hat, findet bei mir dauerndes Engagement. Den Bewerbungsgesuchen sind Zeugniß-Abschriften beizufügen. [5231]

Simon Hamburger, Zabrze OS.

---

1 Kellner u. zuverl. **Haush.** nach auswärts f. bald **Gaber,** Gartenstr. 40.

Ein junger Mann, im Besitze des Einj.-Freiw.-Zeugnisses und mit schöner Handschrift, **wird** für ein hiesiges Hanf- u. Producten-Engros-Geschäft als **Lehrling** zum baldigen Antritt **gesucht.** Off. sub E. M. 5 Brieff. der Bresl. Ztg. [6327]

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Gesucht eine Wohnung,

ungefähr 7 Zimmer, 1. oder 2. St., innerhalb Stadtgraben, per **sofort** oder Januar. Offerten mit Angabe des Preises unter G. W. 10 in den Brieff. der Bresl. Ztg. [6349]

Alte Sandstr. 15,

1. Etage, viel Beigelaß u. freundlich,

Mittel-Wohnungen,

alle fein **renovirt,** zu **vermiethen.** Sprechstunden **nur** von 2 Uhr ab.

Für Rechtsanwälte, Versicher.-Bureaux 2c.

Wohnung nebst Zub. Prima-Lage, per Weihnachten oder Ostern zu vermiethen. Offerten unter **P. G. 12** an die Exped. der Bresl. Ztg.

Telegraphische Witterungsberichte vom 7. November.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore	769	12	SSW 5	Regen.	
Aberdeen	763	15	SW 2	h. bedeckt.	
Christiansund	759	5	SW 4	wolkig.	
Kopenhagen	764	8	WNW 4	Regen.	
Stockholm	756	4	N 4	bedeckt.	
Haparanda	754	3	O 2	bedeckt.	
Petersburg	761	4	SO 1	Nebel.	
Moskau	770	2	S 1	Regen.	
Cork, Queenst.	774	12	WSW 3	wolkig.	
Cherbourg	764	11	WSW 1	h. bedeckt.	
Helder	771	10	SW 3	wolkig.	
Sylt	766	9	W 2	Regen.	
Hamburg	769	7	WSW 3	bedeckt.	
Swinemünde	767	7	WSW 5	bedeckt.	
Neufahrwasser	763	7	WSW 3	bedeckt.	
Memel	761	7	SO 6	Regen.	
Paris	776	—1	NNW 1	Dunst.	
Münster	773	5	WSW 3	h. bedeckt.	
Karlsruhe	775	7	NW 5	bedeckt.	
Wiesbaden	774	6	NW 1	bedeckt.	
München	775	4	NW 1	Nebel.	
Chemnitz	774	5	WSW 2	bedeckt.	
Berlin	771	6	WNW 5	bedeckt.	
Wien	772	9	NW 2	bedeckt.	
Breslau	771	5	W 5	bedeckt.	
Isle d'Aix	777	7	NNO 4	wolkenlos.	
Nizza	—	—	—	—	
Triest	769	13	NO 3	h. bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein Maximum über 775 mm liegt über der Nordhälfte Frankreichs, ein Minimum unter 755 mm bei Wisby. An der deutschen Küste wehen meist frische westliche und südwestliche Winde. Vereinzelt meldet Rügenwaldermünde stürmischen Südwest. In Central-Europa ist das Wetter mild, trübe und vielfach neblig, erhebliche Niederschläge werden nicht gemeldet. In Deutschland liegt die Temperatur bis zu 4 Grad über der normalen.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.